

Altenpflege in Deutschland

Zahlen – Daten – Fakten



FÜR EIN GESUNDES BERUFSLEBEN



BGW

Berufsgenossenschaft
für Gesundheitsdienst
und Wohlfahrtspflege



Altenpflege in Deutschland

Zahlen – Daten – Fakten

Impressum

Altenpflege in Deutschland

Zahlen – Daten – Fakten

Stand 07/2015

© 2015 Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst
und Wohlfahrtspflege (BGW)

Herausgegeben von

Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst
und Wohlfahrtspflege (BGW)
Hauptverwaltung
Pappelallee 33/35/37
22089 Hamburg

Telefon: (040) 202 07 - 0

Telefax: (040) 202 07 - 24 95

www.bgw-online.de

Autorinnen und Autoren

Kathrin-Rika Freifrau von Hirschberg, Dipl.-Soz., Five Elements GmbH
Dr. Madeleine Dulon, BGW-Grundlagen der Prävention und Rehabilitation
Dana Wendeler, BGW-Grundlagen der Prävention und Rehabilitation
Hans-Peter Scheer, BGW-Reha-Koordination
Manfred Siliac, BGW-Reha-Koordination
Björn Kähler, BGW-Grundlagen der Prävention und Rehabilitation

Redaktion

Brigitte Löchelt, BGW-Kommunikation
Christa Stoeckler, BGW-Grundlagen der Prävention und Rehabilitation

Foto

BGW/Werner Bartsch, Hamburg

Druck

Bonifatius GmbH, Paderborn

Gedruckt auf Profisilk – chlorfrei, säurefrei, recyclingfähig, biologisch
abbaubar nach ISO-Norm 9706.

Inhalt

1	Vorwort	7
1.1	Kurzüberblick	8
2	Pflegebedürftige.....	11
2.1	Pflegebedürftige nach Art der Versorgung	11
2.2	Pflegebedürftige nach Geschlecht und Alter	12
2.3	Pflegebedürftige nach Pflegequote	13
2.4	Pflegebedürftige nach Pflegestufen	13
2.5	Pflegebedürftige im Ländervergleich.....	14
2.5.1	Pflegebedürftige nach Bundesländern	14
2.5.2	Pflegebedürftige nach Art der Versorgung und nach Bundesländern	16
2.5.3	Pflegebedürftige nach Pflegestufen und Bundesländern	16
3	Pflegeeinrichtungen und -dienste	18
3.1	Stationäre und teilstationäre Pflegeeinrichtungen	18
3.1.1	Pflegeeinrichtungen nach Trägerschaften.....	18
3.1.2	Pflegeeinrichtungen nach Organisationsstruktur.....	19
3.1.3	Pflegeeinrichtungen nach Größe	20
3.1.4	Pflegeeinrichtungen nach Art verfügbarer Plätze	21
3.1.5	Pflegeeinrichtungen nach Auslastung verfügbarer Pflegeplätze ..	22
3.1.6	Pflegeeinrichtungen im Ländervergleich	23
3.2	Ambulante Pflegedienste	31
3.2.1	Pflegedienste nach Trägerschaften.....	31
3.2.2	Pflegedienste nach Organisationsstruktur und Pflegeangebot.....	32
3.2.3	Pflegedienste nach Größe	33
3.2.4	Pflegedienste im Ländervergleich	34
4	Beschäftigte	42
4.1	Fachkräftebedarf in der Altenpflege	42
4.2	Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen und -diensten insgesamt	44
4.3	Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen	45
4.3.1	Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen nach Alter und Geschlecht ..	46
4.3.2	Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen nach Beschäftigungsverhältnis	47
4.3.3	Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen nach Tätigkeitsbereich	48
4.3.4	Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen nach Berufsabschluss	49
4.4	Beschäftigte in Pflegediensten.....	52
4.4.1	Beschäftigte in Pflegediensten nach Alter und Geschlecht	52
4.4.2	Beschäftigte in Pflegediensten nach Beschäftigungsverhältnis ...	53
4.4.3	Beschäftigte in Pflegediensten nach Tätigkeitsbereich	54

4.4.4	Beschäftigte in Pflegediensten nach Berufsabschluss	56
4.5	Arbeitslosigkeit in der Altenpflege	58
5	Ausbildungssituation.....	60
5.1	Entwicklung der Schüler/-innen-Zahlen in der Altenpflege	60
5.1.1	Schüler/-innen in der Ausbildung zur Altenpflegerin/ zum Altenpfleger nach Schuleintritt	62
5.1.2	Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege	62
5.2	Auszubildende und (Um-)Schüler/-innen in Pflegeeinrichtungen und ambulanten Pflegediensten	64
5.2.1	Auszubildende nach Ausbildungsjahr und angestrebtem Berufsabschluss	65
5.2.2	Auszubildende nach Alter	65
5.3	Umschulungen	66
6	BGW-Daten	67
6.1	Trends und Entwicklungen 2010–2014	67
6.2	Unfall- und Berufskrankheitengeschehen in der Altenpflege	68
6.3	Kurzüberblick.....	72
6.4	Arbeitsunfälle.....	73
6.4.1	Arbeitsunfälle nach der Dauer der Arbeitsunfähigkeit	74
6.4.2	Schnitt- und Stichverletzungen.....	75
6.5	Wegeunfälle	76
6.6	Wegeunfälle nach der Dauer der Arbeitsunfähigkeit	77
6.7	Berufskrankheiten in der Altenpflege.....	78
6.7.1	Infektionskrankheiten	80
6.7.2	Versicherungsrechtliche Entscheidungen über Berufskrankheiten	82
6.8	Unfallgeschehen.....	83
6.8.1	Unfalldiagnose.....	85
6.8.2	Unfallhergang	87
6.9	Tödliche Unfälle.....	95
6.10	Leistungsausgaben	96
7	Anhang.....	99
8	Glossar.....	100
9	Quellen und Literatur	108

1 Vorwort

Derzeit ist die deutsche Pflegelandschaft in Bewegung. „*Gute Pflege – darauf kommt es an!*“: Unter diesem Motto will das Bundesgesundheitsministerium umfassende Verbesserungen in der pflegerischen Versorgung umsetzen. Die Grundlage hierfür bilden die Pflegestärkungsgesetze I und II, aber auch die Einführung einer entbürokratisierten Pflegedokumentation.¹

Das seit 1. Januar 2015 aktivierte **Pflegestärkungsgesetz I**² steht für die Einrichtung eines Pflegevorsorgefonds, die Ausweitung der Leistungen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen sowie die Entlastung der Pflegefachkräfte durch den Einsatz zusätzlicher Betreuungskräfte.

Mit dem **Pflegestärkungsgesetz II**³, geplant noch in der laufenden Legislaturperiode, kündigt sich mit der Einführung und Umsetzung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs samt dazugehörigem Begutachtungsverfahren, welches sich nicht mehr wie bisher an den Defiziten, sondern am individuellen Unterstützungsbedarf pflegebedürftiger Menschen orientiert, ein von vielen lang ersehnter Paradigmenwechsel in der Pflege an.

Entwicklungen und Veränderungen, die in ihrer Multidimensionalität und vor dem Hintergrund bereits bestehender Anforderungen durch spürbare Auswirkungen des demografischen Wandels, wachsender Leistungs- und Qualitätsanforderungen und der Zunahme von Zeit- und Kostendruck die Pflegefachkräfte vor vielfältige Herausforderungen stellen.

Die Unterstützung der Fachkräfte bei der Bewältigung dieser Herausforderungen macht ein gemeinsames Handeln erforderlich, weil wir alle eine hohe Verantwortung für diejenigen Menschen tragen sollten, welche die Bereitschaft haben, den Pflegeberuf auszuüben.

Voraussetzung für die Entwicklung von unterstützenden Maßnahmen, Lösungsansätzen und Zukunftsprognosen ist jedoch eine Analyse der Ist-Situation auf Basis von Fakten mit verlässlicher Aussagekraft.

¹ Weiterführende Informationen: <https://www.ein-step.de/>

² Quelle: Bundesministerium für Gesundheit (BMG): <http://www.bmg.bund.de/pflege/pflegestaerkungsgesetze/pflegestaerkungsgesetz-i.html>

³ Quelle: Bundesministerium für Gesundheit (BMG): <http://www.bmg.bund.de/themen/pflege/pflegestaerkungsgesetze/pflegestaerkungsgesetz-ii.html>

Aus diesem Grund möchte die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) mit der vorliegenden zusammenfassenden Darstellung branchenspezifischer Daten im Sinne eines Informationsinstruments und Kompendiums einen Ein- und Überblick aktueller Entwicklungen in der Altenpflege bieten.

Der Datenbericht gliedert sich in zwei Teile.

Der erste Teil bildet die bundesdeutschen Entwicklungen in der Altenpflege und ihrer Beschäftigten statistisch auf Grundlage der Erhebungen des Statistischen Bundesamtes⁴ ab.

Im zweiten Teil werden die versicherungsspezifischen Daten der BGW für die Branche dargelegt, insbesondere zur Entwicklung der Leistungsausgaben, der Arbeits- und Wegeunfälle sowie der berufsbedingten Erkrankungen.

1.1 Kurzüberblick

Altenpflege Bundesdeutsche Daten 2013			
Kategorie	Insgesamt Anzahl	Veränderung zu 2011	Veränderung zu 2007
Pflegebedürftige			
Pflegebedürftige	2,63 Mio.	+5,0 %	+17,0 %
Alter: 85 Jahre und älter	958.670	+6,0 %	+23,6 %
Pflegestufe III	310.746	+1,9 %	+6,5 %
Versorgung vollstationär	764.431	+2,9 %	+11,4 %
Versorgung allein durch Angehörige	1.245.929	+5,4 %	+20,6 %
Versorgung durch Angehörige und ambulante Pflegedienste	615.846	+6,9 %	+22,1 %
Stationäre Pflegeeinrichtungen			
Pflegeheime	13.030	+5,5 %	+18,1 %
in freigemeinnütziger Trägerschaft	7.063	+5,1 %	+16,3 %
in privater Trägerschaft	5.349	+7,0 %	+23,8 %
in öffentlicher Trägerschaft	618	-2,7 %	-2,7 %
verfügbare Pflegeplätze	902.882	+3,1 %	+13 %
verfügbare Plätze Dauerpflege	847.705	+2,0 %	+10,7 %
verfügbare Plätze Kurzzeitpflege	11.051	+2,4 %	-2,0 %

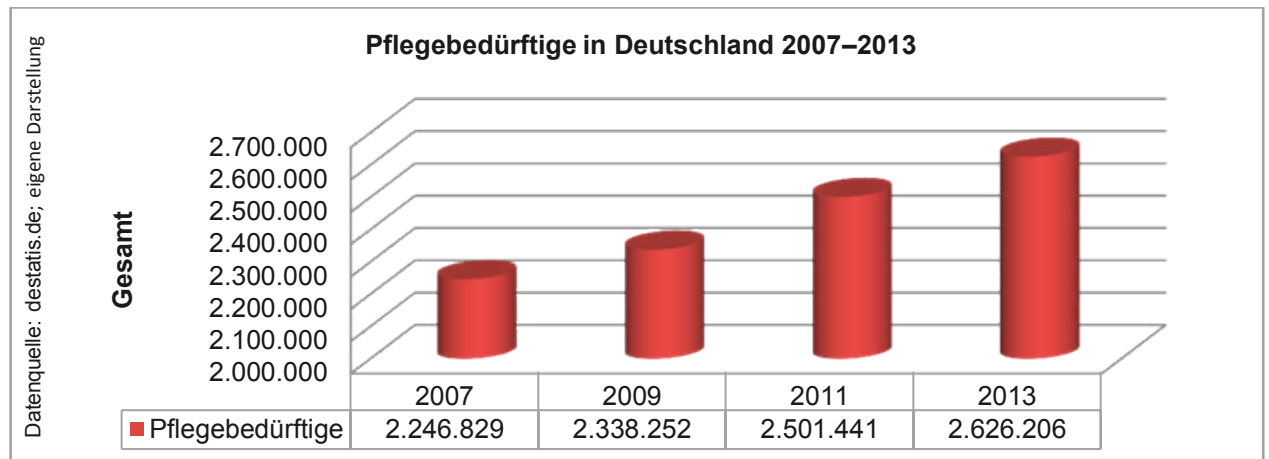
⁴ Datenquelle für alle Berechnungen und entsprechende Grafiken ist das Statistische Bundesamt (<http://www.destatis.de>), insbesondere der Pflegestatistiken 2013, 2011, 2009, 2007 sowie der Daten der Gesundheitsberichterstattung des Bundes (<http://www.gbe-bund.de>).

Altenpflege Bundesdeutsche Daten 2013			
Kategorie	Insgesamt Anzahl	Veränderung zu 2011	Veränderung zu 2007
Ambulante Pflegedienste			
Pflegedienste	12.745	+3,2 %	+10,5 %
in freigemeinnütziger Trägerschaft	4.422	+0,4 %	-0,3 %
in privater Trägerschaft	8.140	+4,7 %	+17,9 %
in öffentlicher Trägerschaft	183	+7,0 %	- 4,2 %
Anzahl der im Durchschnitt durch einen Pflegedienst betreuten Pflegebedürftige	48,3	+1,3	+4,6
Beschäftigte			
Beschäftigte in Pflegeheimen			
Beschäftigte	685.447	+3,7 %	+19,5 %
50 Jahre und älter	260.102	k.A. ²	+37,4 % ²
Teilzeitbeschäftigte	424.172	+4,7 %	+29,3 %
Tätigkeitsbereich „Pflege und Betreuung“	450.794	+3,7 %	+14,5 %
Tätigkeitsbereich „Verwaltung, Geschäftsführung“	36.418	+2,9 %	+14,7 %
Tätigkeitsbereich „Zusätzliche Betreuung“ (§ 87b SGB XI)	27.864	+13,5 %	+70,4 % (2009)
staatl. anerkannte/-r Altenpfleger/-innen	158.505	+6,7 %	+18,4 %
Auszubildende/(Um-)Schüler/-innen	48.320	k.A. ¹	k.A. ¹
Beschäftigte in ambulanten Pflegediensten			
Beschäftigte	320.077	+10,1 %	+35,5 %
50 Jahre und älter	36 %	k.A. ²	+50,0 % ²
Teilzeitbeschäftigte	223.343	+9,1 %	+33,4 %
Tätigkeitsbereich Grundpflege	219.401	+7,1 %	+34,1 %
Tätigkeitsbereich Pflegedienstleitung	16.849	+1,1 %	+13,4
staatl. anerkannte/-r Altenpfleger/-innen	68.649	+14,9 %	+52,6 %
Auszubildende/(Um-)Schüler/-innen	9.763	k.A. ¹	k.A. ¹
¹ 2007 und 2011 wurden Daten zusammengefasst in der Kategorie „ohne Berufsabschluss/noch in Ausbildung“ erhoben bzw. (Um-)Schüler/-innen wurden nicht erfasst, sodass kein eindeutiger Vergleichswert ermittelt werden konnte.			
² Daten zur Altersstruktur der Beschäftigten in ambulanten Pflegediensten wurden erstmalig 2013 erhoben, sodass noch keine Vergleichsdaten zur Verfügung stehen. Die dargelegte Entwicklung zwischen den Jahren 2007 und 2011 wurde auf Grundlage der Daten der Gesundheitspersonalberechnung (GPR) berechnet.			

Altenpflege Bundesdeutsche Daten			
Ausbildungssituation			
Kategorie	Insgesamt Schuljahr 2013/14	Veränderungen zu Schuljahr 2012/13	Veränderungen zu Schuljahr 2007/08
Schüler/-innen zum Altenpfleger/ zur Altenpflegerin ³	62.355	+5,0 %	+51,7 %
Arbeitsmarkt			
Kategorie	Insgesamt März 2015	Veränderungen zu März 2014	Veränderungen zu März 2013
arbeitslos gemeldete Altenpflegekräfte	37.231	-1,5 %	-1,5 %
gemeldete offene Stellen für Altenpflegekräfte	14.483	+7,0 %	+27,0 %
³ Die Zahlen beziehen sich ausschließlich auf Schüler zum Altenpfleger/Schülerinnen zur Altenpflegerin nach der Klassifikation der Berufe von 2010 (KldB): 82102; Datenquelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 11, Reihe 2			

2 Pflegebedürftige

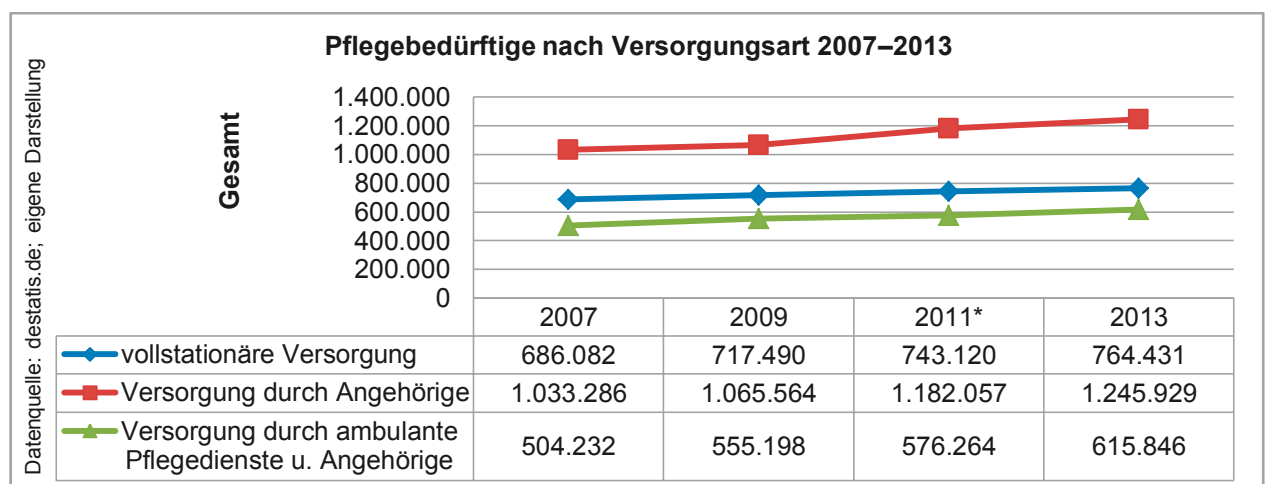
Die Anzahl pflegebedürftiger Menschen in Deutschland steigt stetig. Ende 2013 waren insgesamt 2,63 Millionen Menschen im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes (SGB XI) pflegebedürftig. Im Vergleich zum Jahr 2011 ein Anstieg um rund +5 % und im Vergleich zum Jahr 2007 um rund +17 % (379.377 Personen).



2.1 Pflegebedürftige nach Art der Versorgung

Die Mehrheit der Pflegebedürftigen, 71 % (1,86 Millionen Menschen), wurde 2013 zu Hause versorgt. Von diesen erhielten 1,25 Millionen ausschließlich Pflegegeld, was bedeutet, dass sie in der Regel allein durch Angehörige gepflegt wurden. Bei den verbleibenden 616.000 Pflegebedürftigen, die ebenfalls in Privathaushalten lebten, erfolgte die Pflege vollständig oder teilweise durch ambulante Pflegedienste.

29 % (764.000 Pflegebedürftige) wurden vollstationär in Pflegeheimen betreut.



* Die Vergleichbarkeit der Daten ab 2011 über die allein durch die Angehörigen versorgten Pflegebedürftigen zu den Vorjahren ist eingeschränkt – der Anstieg wird im bundesweiten Mittel zu hoch ausgewiesen. Diese Angaben basieren auf Datenlieferungen der Pflegekassen.

Die Zahl der ausschließlich durch Angehörige versorgten Pflegebedürftigen stieg im Vergleich zum Jahr 2011 um +5,4 % und im Vergleich zum Jahr 2007 um +20,6 %.

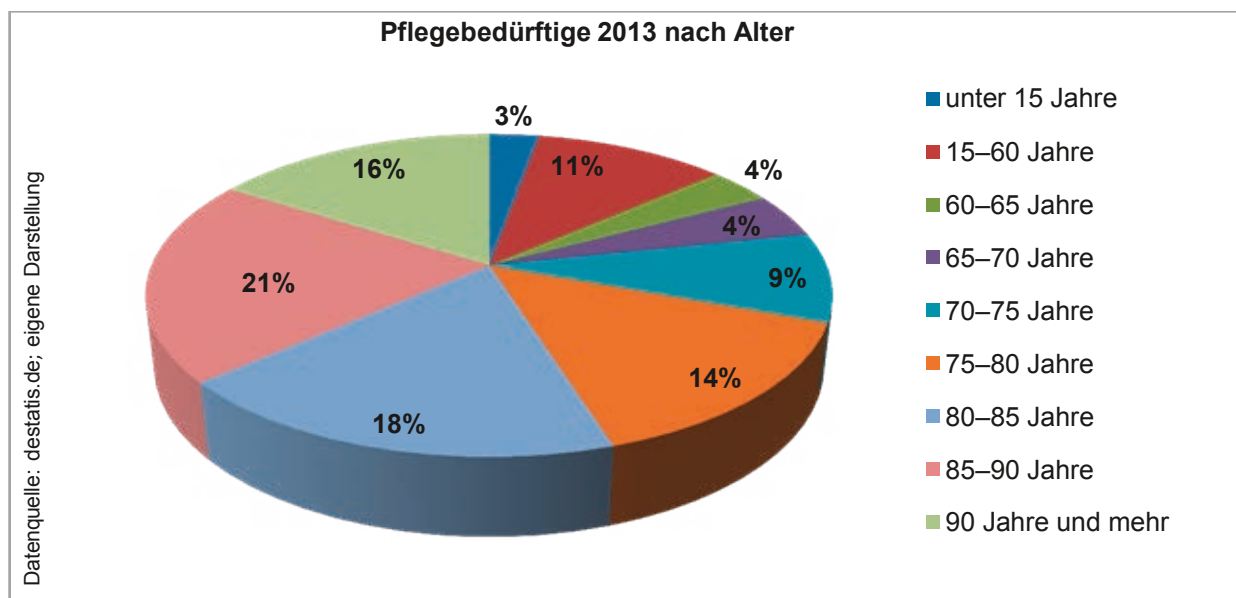
Bei der Zahl der Pflegebedürftigen, die zusammen oder vollständig durch ambulante Pflegedienste betreut wurden, ergab sich im Vergleich zum Jahr 2011 eine Zunahme um +6,9 % und im Vergleich zum Jahr 2007 um +22,1 %.

Die Zahl der in Heimen vollstationär versorgten Pflegebedürftigen stieg im Vergleich zum Jahr 2011 um +2,9 % und im Vergleich zum Jahr 2007 um +11,4 %.

2.2 Pflegebedürftige nach Geschlecht und Alter

Die Mehrheit (64,6 %) der Pflegebedürftigen war 2013 weiblich. An diesem mehrheitlichen Verhältnis hat sich im Beobachtungszeitraum (seit 2007) nichts Grundlegendes verändert: 2007 waren 67,6 % und 2011 65,5 % der Pflegebedürftigen weiblich.

Mehr als ein Drittel (37 %) der Pflegebedürftigen war 2013 über 85 Jahre alt. Ihre Zahl stieg im Vergleich zu 2011 um +6 % (54.558 Personen) und im Vergleich zu 2007 um +23,6 % (183.309 Personen).

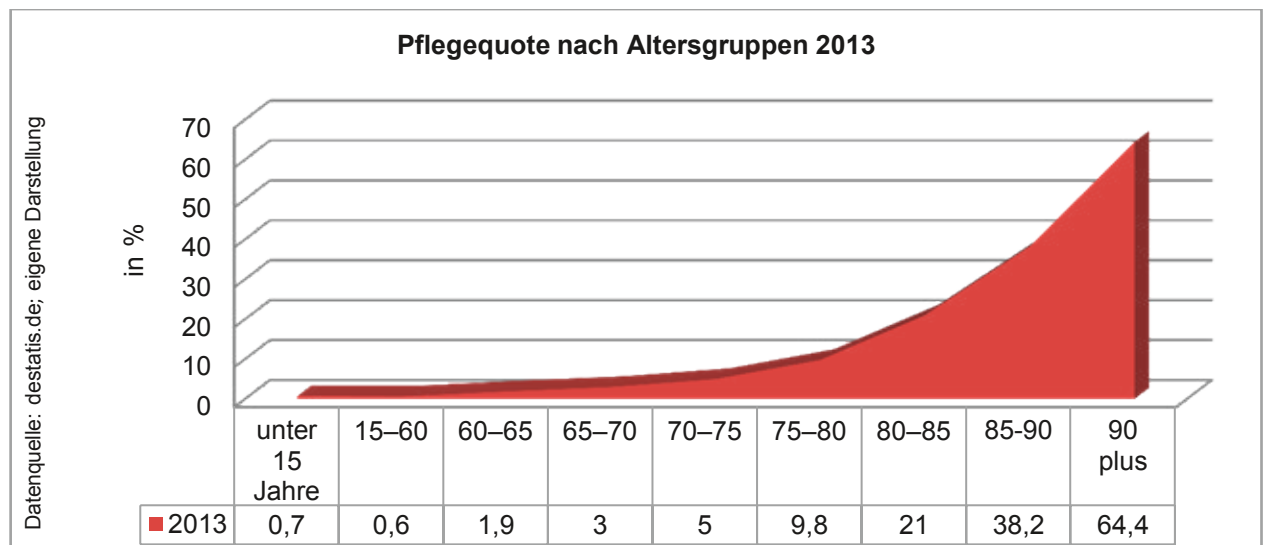


Die Mehrheit (rund 60 %) der über 85-jährigen Pflegebedürftigen wurde zu Hause versorgt. 2007 lag hier der Prozentsatz – im Verhältnis zum Gesamt der Altersgruppe – bei 56,2 %.

2.3 Pflegebedürftige nach Pflegequote

Die Pflegequote beschreibt den Anteil der Pflegebedürftigen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

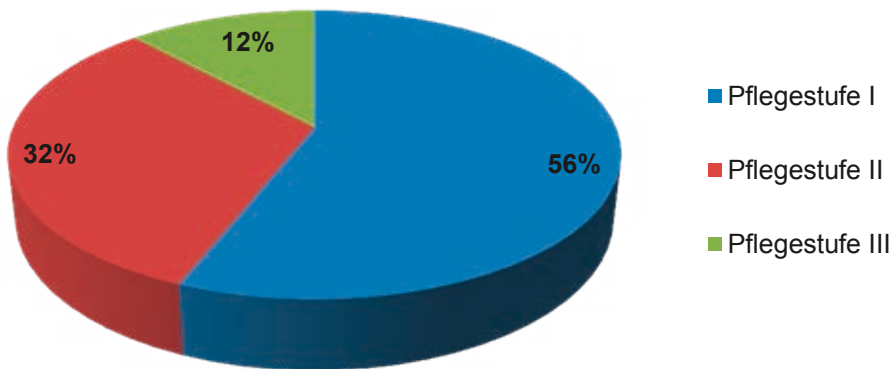
2013 lag die Pflegequote der Bevölkerungsgruppe der 75- bis 80-Jährigen bei 9,8 %. Bereits in der Bevölkerungsgruppe der 80- bis 85-Jährigen ist ein deutlicher Anstieg der Pflegequote auf 21,0 % festzustellen. In der Bevölkerungsgruppe der 90-Jährigen und Älteren ist mit 64,4 % mehr als die Hälfte pflegebedürftig.



Der Anstieg der Pflegequoten mit zunehmendem Alter der Bevölkerungsgruppen ist bereits seit einigen Jahren feststellbar. Zum Vergleich: 2007 betrug die Pflegequote der 75- bis 80-Jährigen 10,0 %, die der 85- bis 90-Jährigen 37,2 % und die der 90-Jährigen und Älteren 61,6 %.

2.4 Pflegebedürftige nach Pflegestufen

2013 wurde etwas mehr als die Hälfte der Pflegebedürftigen der Pflegestufe I zugeordnet, 32 % waren der Pflegestufe II und 12 % der Pflegestufe III zugeordnet.

Pflegebedürftige nach Pflegestufen 2013

Die deutliche Mehrheit, 80,1 %, der Pflegebedürftigen mit Pflegestufe I, wurden zu Hause, allein durch Angehörige oder zusammen mit ambulanten Pflegediensten versorgt. 19,8 % der Pflegebedürftigen mit Pflegestufe I wurden vollstationär versorgt.

50,6 % der Pflegebedürftigen mit der Pflegestufe III wurden 2013 vollstationär versorgt.

Allerdings wurden nahezu ebenso viele, nämlich 49,4 % der Pflegebedürftigen, mit Pflegestufe III zu Hause versorgt. Von diesen wurde die Mehrheit (rund 58 %) allein durch Angehörige gepflegt.

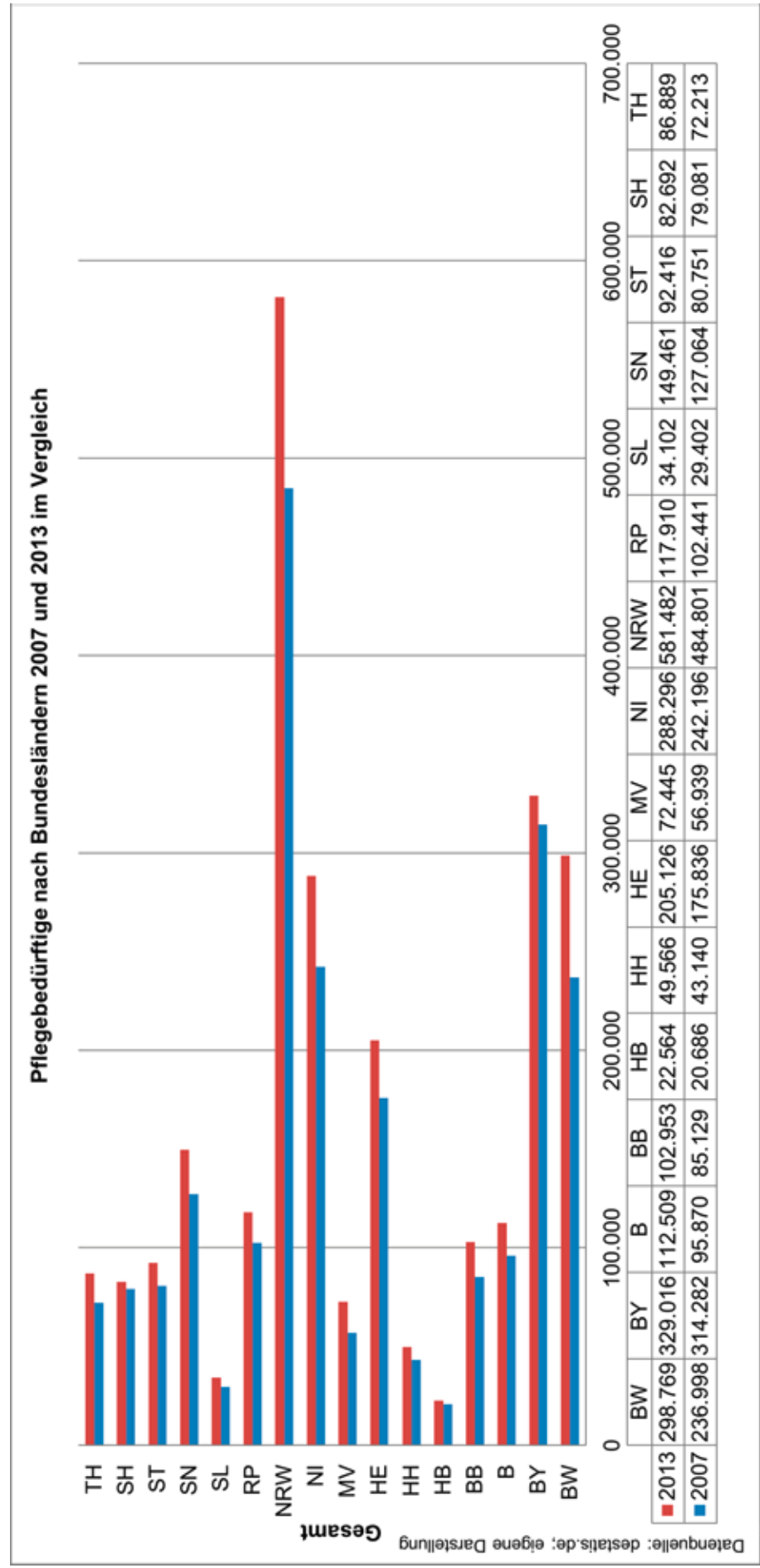
Im Vergleich zu 2011 zeigt sich, dass die Anzahl der Pflegebedürftigen mit Pflegestufe I um +6,9 % (95.355 Personen) und im Vergleich zu 2007 um +26,7 % (308.593 Personen) gestiegen ist.

Die Zahl der Pflegebedürftigen mit Pflegestufe III stieg im Vergleich zu 2011 um +1,9 % (6.010 Personen) und im Vergleich zu 2007 um +6,5 % (18.994 Personen) an.

2.5 Pflegebedürftige im Ländervergleich

2.5.1 Pflegebedürftige nach Bundesländern

Die bevölkerungsstarken Bundesländer weisen auch im Bundesvergleich die höchsten Zahlen an pflegebedürftigen Menschen auf. Von den insgesamt 2.626.206 Pflegebedürftigen im Jahr 2013 lebten 22,1 % in Nordrhein-Westfalen, 12,5 % in Bayern und 11,8 % in Baden-Württemberg. 1,9 % der Pflegebedürftigen lebten in Hamburg, 1,3 % im Saarland und 0,9 % in Bremen. Auch diese Zahlen sind im Verhältnis zur Größe beziehungsweise Bevölkerungsstärke des jeweiligen Bundeslandes zu sehen.



In der vergleichenden Betrachtung zeigt sich, dass zwischen 2007 und 2013 in allen Bundesländern die Zahl pflegebedürftiger Menschen angestiegen ist. Am deutlichsten war der Anstieg in Mecklenburg-Vorpommern (+27,2), in Baden-Württemberg (+26,1 %) sowie in Brandenburg (+20,9).

Am geringsten dagegen in Bayern (+4,7 %), Schleswig-Holstein (+4,7 %) und in Bremen (+9,1 %).

2.5.2 Pflegebedürftige nach Art der Versorgung und nach Bundesländern

Betrachtet man die unterschiedlichen Versorgungsarten, zeigt sich, dass in allen Bundesländern die Mehrheit der pflegebedürftigen Menschen zu Hause durch Angehörige allein oder in Kooperation mit einem ambulanten Pflegedienst versorgt wurde.

Besonders hoch war der prozentuale Anteil der Versorgung allein durch Angehörige in Hessen (53 %), in Berlin (51 %) sowie in Nordrhein-Westfalen (50 %) und Rheinland-Pfalz (50 %).

Vergleichsweise am niedrigsten war der prozentuale Anteil dieser Versorgungsart in Schleswig-Holstein (39 %), in Hamburg (39 %) sowie in Sachsen (40 %).

Hinsichtlich einer vollstationären Versorgung der Pflegebedürftigen weisen im Vergleich die Bundesländer Sachsen (40 %) und Bayern (32 %) den höchsten prozentualen Anteil auf.

Den geringsten prozentualen Anteil einer vollstationären Versorgung hatten 2013 dagegen Brandenburg (23 %) und Berlin (24 %).

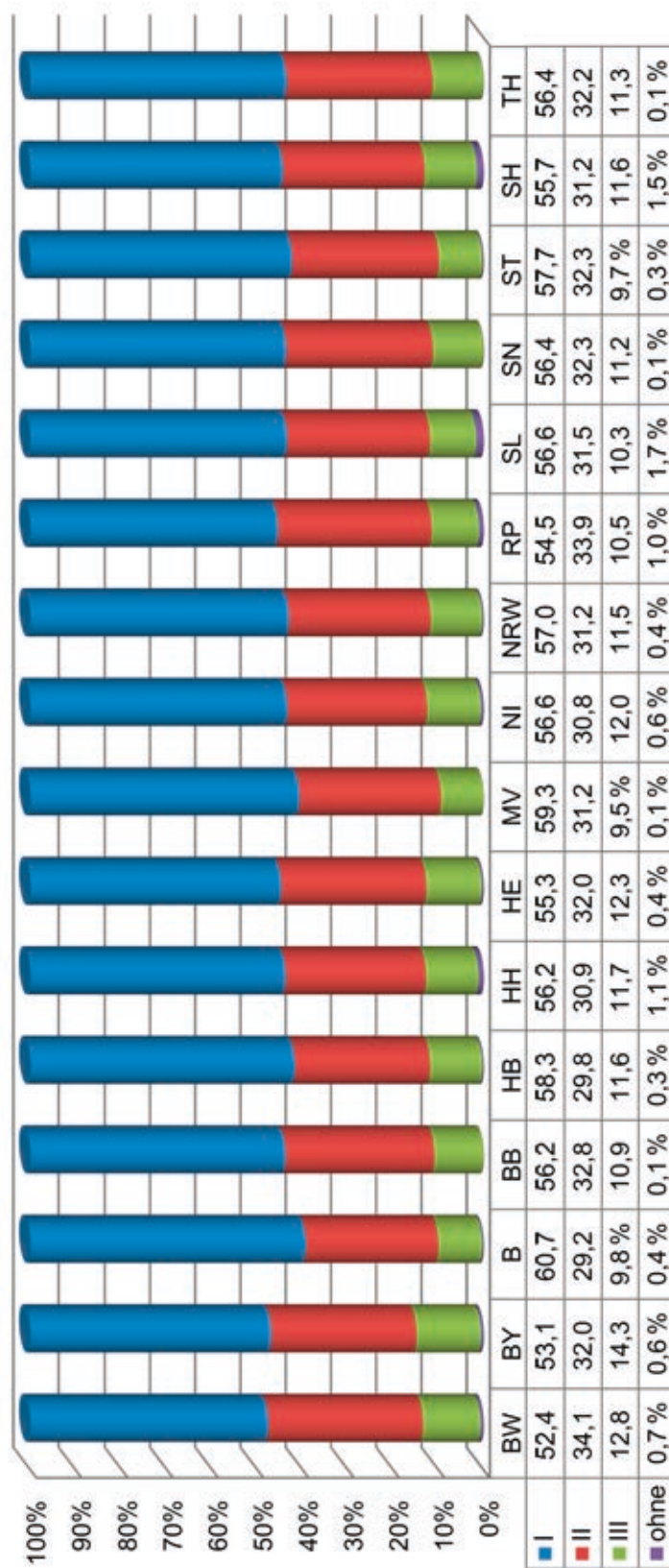
2.5.3 Pflegebedürftige nach Pflegestufen und Bundesländern

In der Betrachtung der prozentualen Verteilung der Pflegebedürftigen nach Bundesland und Pflegestufen zeigt sich, dass in Berlin mit 60,7 % der höchste Anteil der Pflegebedürftigen die Pflegestufe I besitzt. Auch in Mecklenburg-Vorpommern lag dieser Anteil mit 59,3 % verhältnismäßig hoch.

Hinsichtlich des Anteils an Pflegebedürftigen mit der Pflegestufe II nehmen Baden-Württemberg mit 34,1 % und Rheinland-Pfalz mit 33,9 % die vorderen Plätze ein.

Den höchsten Anteil an Pflegebedürftigen mit Pflegestufe III hatten 2013 Bayern (14,3 %) und Baden-Württemberg (12,8 %).

**Pflegebedürftige 2013
nach Bundesland und Pflegestufen**

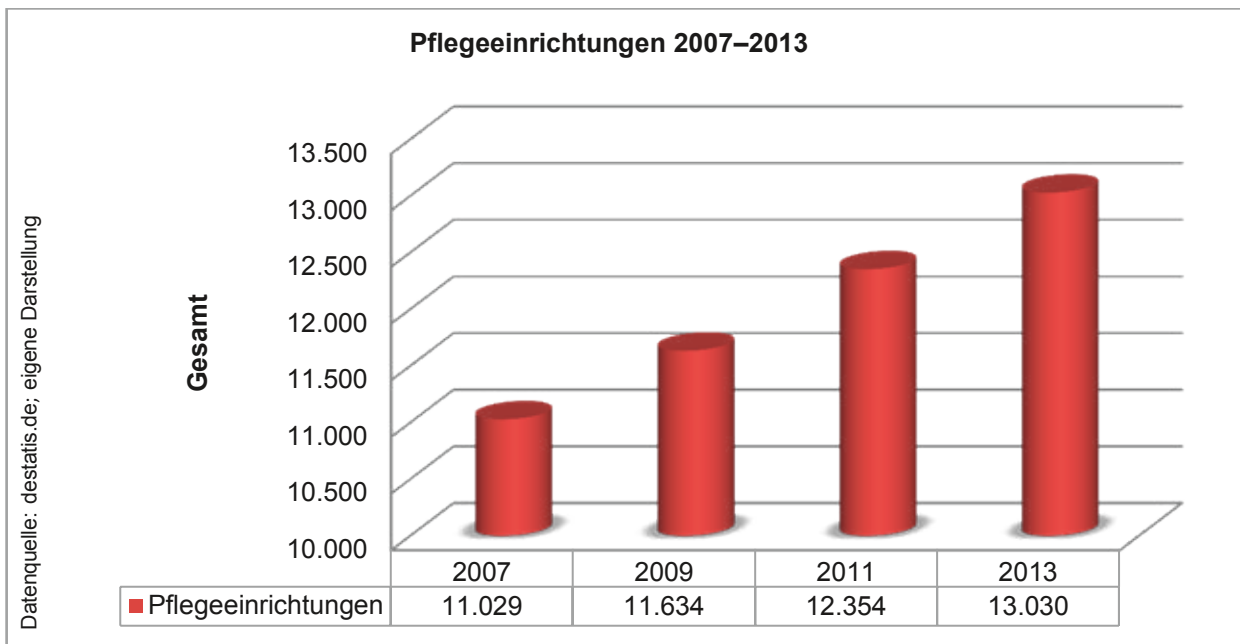


Datenquelle: destatis.de; eigene Darstellung

3 Pflegeeinrichtungen und -dienste

3.1 Stationäre und teilstationäre Pflegeeinrichtungen

2013 wurden bundesweit insgesamt 13.030 stationäre und teilstationäre Pflegeeinrichtungen registriert. Ihre Zahl steigt seit 2007 kontinuierlich – im Vergleich zu 2011 um +5,5 % und im Vergleich zu 2007 um +18,1 %.

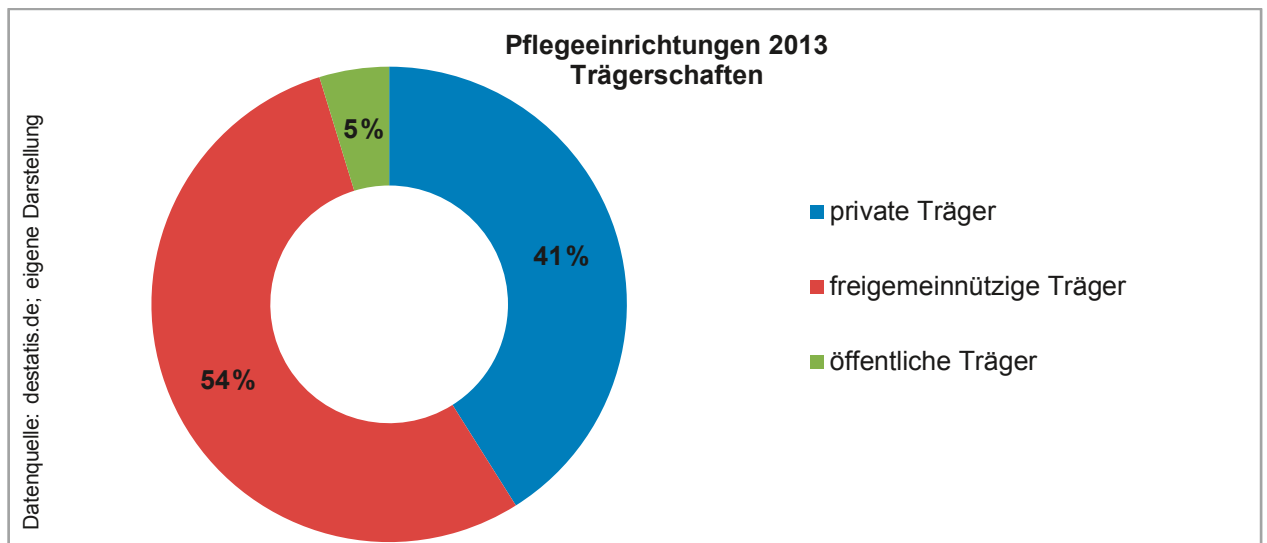


3.1.1 Pflegeeinrichtungen nach Trägerschaften

Die Mehrheit (54 %) der insgesamt 13.030 stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen befand sich 2013 in freigemeinnütziger Trägerschaft⁵. Der Anteil der Einrichtungen, der sich in privater Trägerschaft befand, betrug 41 % und liegt damit niedriger als im ambulanten Bereich.

Pflegeeinrichtungen in öffentlicher Trägerschaft hatten 2013 mit 5 %, wie im ambulanten Bereich auch, den geringsten Anteil.

⁵ Das Statistische Bundesamt fasst in der Kategorie „freigemeinnützige Träger“ Träger der freien Wohlfahrtspflege und sonstige gemeinnützige Träger zusammen.



Im Vergleich zu 2007 zeigt sich, dass Pflegeeinrichtungen in privater Trägerschaft um +23,8 % (1.027 Einrichtungen) und jene in freigemeinnütziger Trägerschaft um +16,3 % (991 Einrichtungen) zunahmen. Dagegen nahmen Pflegeeinrichtungen in öffentlicher Trägerschaft um -2,7 % (17 Einrichtungen) ab.

3.1.2 Pflegeeinrichtungen nach Organisationsstruktur

2013 war bei 19 % und damit etwa bei jeder fünften Pflegeeinrichtung neben dem Pflegebereich organisatorisch auch ein Altenheim oder betreutes Wohnen angeschlossen.

Rund 9 % der Einrichtungen waren sogenannte „mehrgliedrige Einrichtungen“ und boten einen angeschlossenen ambulanten Pflegedienst.

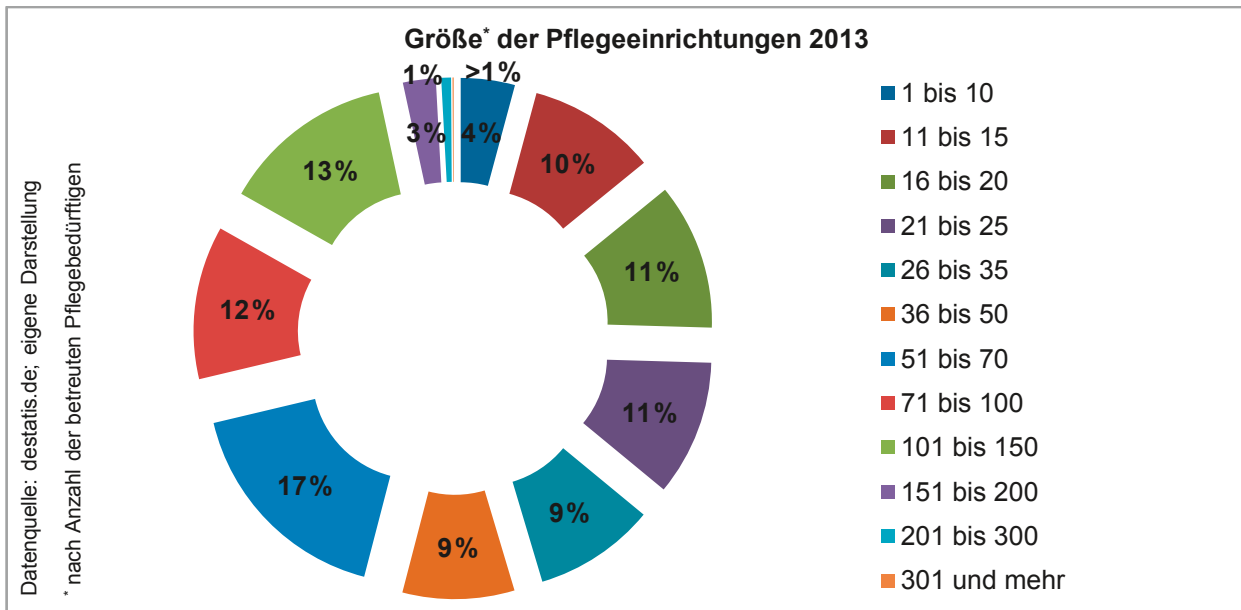
Bei rund 4 % der Einrichtungen war der Pflegebereich an eine sonstige Einrichtung, wie zum Beispiel ein Krankenhaus, angeschlossen.

Im Vergleich zu 2007 zeigt sich, dass die organisatorische Anbindung der Pflegeeinrichtungen an ein Altenheim oder betreutes Wohnen um rund +16 % (+348 Einrichtungen) zugenommen hat.

Die Zahl der mehrgliedrigen Einrichtungen, das heißt die Anbindung an einen ambulanten Pflegedienst, ging dagegen im Vergleich zu 2007 um -7,4 % (-90 Einrichtungen) zurück.

3.1.3 Pflegeeinrichtungen nach Größe

Die Größenkategorien (nach Anzahl der betreuten Pflegebedürftigen) der stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen sind recht heterogen verteilt, doch finden sich gewisse Schwerpunkte in den mittleren Größenordnungen: 17 % der insgesamt 13.030 Einrichtungen betreuten 2013 zwischen 51 und 70 Pflegebedürftige, 13 % zwischen 101 und 150 Pflegebedürftige und 11 % zwischen 71 und 100 Pflegebedürftige.



Der Anteil an kleinen und sehr großen Pflegeeinrichtungen ist dagegen relativ gering. 4 % der Pflegeeinrichtungen betreuten bis zu 10 Pflegebedürftige, 0,8 % 201 bis 300 Pflegebedürftige und 0,1 % 301 Pflegebedürftige und mehr.

Die Zahl der Pflegeeinrichtungen, die zwischen 51 und 70 Pflegebedürftige betreuten, ist zwischen 2013 und 2007 um +22,8 % (+417 Einrichtungen) gestiegen.

Auch die Zahl der Pflegeeinrichtungen, die zwischen 71 und 100 Pflegebedürftige betreuten, ist im Vergleich zu 2007 um +16,7 % und die Pflegeeinrichtungen, die 101 bis 150 Pflegebedürftige betreuten, um +13,9 % gestiegen.

Dagegen nahm die Anzahl der sehr großen Pflegeeinrichtungen mit 301 und mehr betreuten Pflegebedürftigen um -25 % (-4 Einrichtungen) ab.

Durchschnittlich wurden 2013 je Pflegeheim 63 Pflegebedürftige versorgt.

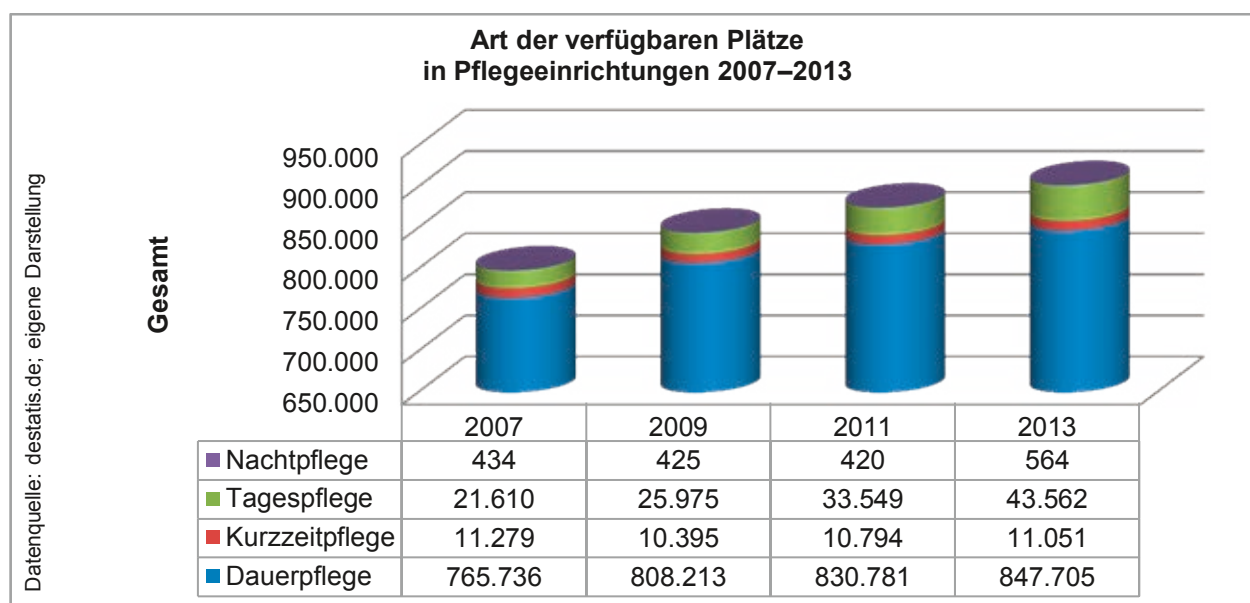
Es zeigt sich, dass private Träger eher kleinere Einrichtungen führen, die öffentlichen Träger eher die größeren Einrichtungen.

In Einrichtungen in privater Trägerschaft wurden 2013 durchschnittlich 56 Pflegebedürftige je Einrichtung betreut, Einrichtungen in freigemeinnütziger Trägerschaft betreuten im Durchschnitt 67 Pflegebedürftige und Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft durchschnittlich 77 Pflegebedürftige.

Im Vergleich zu 2007 erhöhte sich dieser Durchschnitt in Einrichtungen in privater Trägerschaft von 54 auf 56 Pflegebedürftige, in Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft blieb der Durchschnitt unverändert bei 77 Pflegebedürftigen, und in Einrichtungen in freigemeinnütziger Trägerschaft reduzierte sich die durchschnittliche Zahl betreuter Pflegebedürftiger von 71 auf 67 Pflegebedürftige.

3.1.4 Pflegeeinrichtungen nach Art verfügbarer Plätze

2013 waren in den stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen insgesamt 902.882 Pflegeplätze verfügbar. Im Vergleich zu 2011 ist dies ein Anstieg um +3,1 % (+27.333 Plätze) und im Vergleich zu 2007 um rund +13 % (+103.823 Plätze).



Die deutliche Mehrheit von 93,9 % (847.705 Plätze) der verfügbaren Plätze entfielen auf die vollstationäre Dauerpflege, 4,8 % auf die Tagespflege, 1,2 % auf die Kurzzeitpflege insgesamt und 0,06 % auf die Nachtpflege.

Die verfügbaren Plätze in der Dauerpflege nahmen zwischen 2011 und 2013 um +2 % und zwischen 2007 und 2013 um +10,7 % zu.

Auch bei den verfügbaren Plätzen in der Kurzzeitpflege ist im Vergleich zu 2011 ein Zuwachs von +2,4 % feststellbar. Dagegen nahmen sie im Vergleich zu 2007 in diesem Bereich um -2 % ab.

Im Bereich der Tagespflege stieg die Zahl verfügbarer Plätze im Vergleich zum Jahr 2011 um +29,8 % (+10.013 Plätze) und im Vergleich zum Jahr 2007 um +101,6 % (+21.952 Plätze).

Ebenfalls angestiegen sind die verfügbaren Plätze in der Nachtpflege: im Vergleich zu 2011 um +34,3 % (+144 Plätze) und im Vergleich zu 2007 um rund +30 % (+130 Plätze).

Von den insgesamt für 2013 in der vollstationären Pflege zur Verfügung stehenden Pflegeplätzen befanden sich 62,4 % (535.919 Plätze) in 1-Bett-Zimmern, 37 % in 2-Bett-Zimmern, weniger als 1 % in 3-Bett-Zimmern und weniger als 0,5 % (365 Plätze) in 4-Bett-Zimmern.

3.1.5 Pflegeeinrichtungen nach Auslastung verfügbarer Pflegeplätze

Hinsichtlich der Auslastung der verfügbaren Pflegeplätze ermittelte das Statistische Bundesamt für 2013, dass insgesamt für die vollstationäre Pflege eine Auslastung von 89,0 % bestand.

Für die vollstationäre Dauerpflege wurde eine Auslastung der verfügbaren Plätze von 87,7 %, für die Tagespflege von 131,2 % und für die Nachtpflege von 7,6 % ermittelt.

Die Auslastung der vollstationären Kurzzeitpflege wurde nicht ermittelt, da die Zahl der Plätze insgesamt abhängig ist von den flexibel genutzten Betten, sodass eine Berechnung dem Statistischen Bundesamt nicht sinnvoll erschien.⁶

2007 bestand in der vollstationären Dauerpflege eine Auslastung der verfügbaren Plätze von 87,6 %, in der Tagespflege von 107,3 % und in der Nachtpflege gleichbleibend zu 2013 von 7,6 %.

Erstmals mit in die Berechnung einbezogen wurden 2013 versorgte Personen ohne Pflegestufe, bei denen jedoch eine erheblich eingeschränkte Alltagskompetenz vorlag.⁷ Bezieht man diese in die Berechnung der Auslastung mit ein, so waren in der vollstationären Pflege 90,4 % der verfügbaren Pflegeplätze ausgelastet.

⁶ Statistisches Bundesamt (destatis): Pflegestatistik 2013: 22

⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt (destatis): Pflegestatistik 2013: 18;22

3.1.6 Pflegeeinrichtungen im Ländervergleich

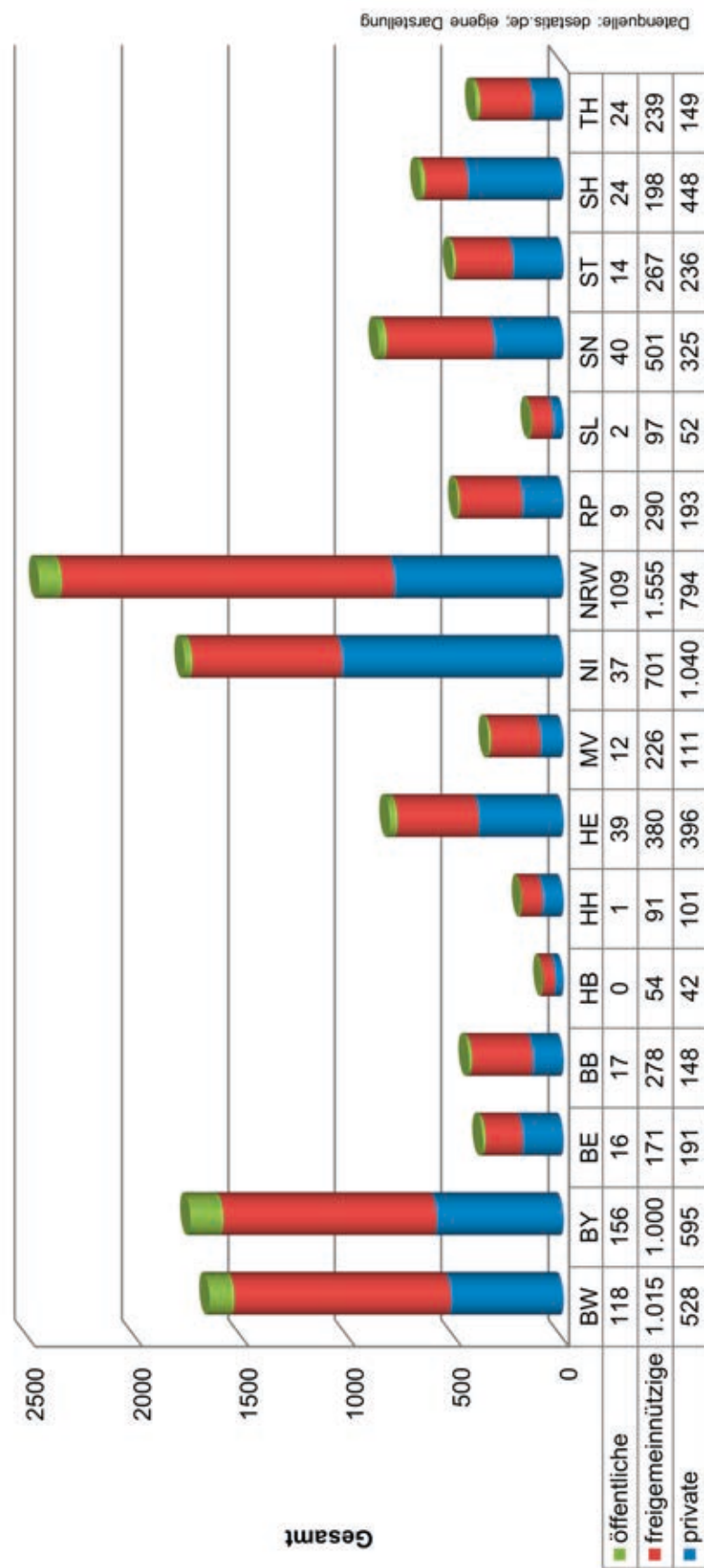
3.1.6.1 Pflegeeinrichtungen nach Bundesländern und Trägerschaften

Von den bundesweit insgesamt für 2013 gezählten 13.030 Pflegeheimen fanden sich 18,9 % in Nordrhein-Westfalen, 13,7 % in Niedersachsen und 13,4 % in Bayern. Dagegen gering, aber in Relation zur Größe und Bevölkerungsdichte der Länder zu sehen, war der prozentuale Anteil an Pflegeheimen in Bremen (0,7 %), im Saarland (1,2 %) sowie in Hamburg (1,5 %).

Die meisten Pflegeheime (54,2 %) wurden 2013 bundesweit in freigemeinnütziger Trägerschaft geführt (vgl. Kap. 3.1.1).

Diese Gewichtung gilt jedoch nicht für alle Bundesländer. In Brandenburg (60,5 %), Hamburg (52,3 %), Hessen (48,6 %), Niedersachsen (58,5 %) sowie in Schleswig-Holstein (66,9 %) liegt der jeweilige Anteil der Pflegeheime, die in privater Trägerschaft geführt wurden, über dem Anteil der Einrichtungen in freigemeinnütziger Trägerschaft.

Pflegeheime 2013 nach Bundesländern und Trägerschaften



Dagegen besaß Mecklenburg-Vorpommern mit 64,8% einen deutlich über dem Bundesdurchschnitt (54,2%) liegenden Anteil an Einrichtungen, die in freigemeinnütziger Trägerschaft geführt wurden, gefolgt vom Saarland (64,2%) und Nordrhein-Westfalen (63,3%).

Einen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegenden geringen Anteil an Einrichtungen freigemeinnütziger Trägerschaften hatten dagegen Schleswig-Holstein (29,6%) und Niedersachsen (39,4%).

Bundesweit wurden 2013 41,1% der Pflegeeinrichtungen in privater Trägerschaft geführt. Einen deutlich über diesem Bundesdurchschnitt liegenden Anteil an Einrichtungen in privater Trägerschaft fand sich in Schleswig-Holstein (66,9%), in Niedersachsen (58,5%) sowie in Hamburg (52,3%).

Einen deutlich geringeren Anteil an Einrichtungen in privater Trägerschaft war in Baden-Württemberg (31,8%), Mecklenburg-Vorpommern (31,8%) sowie in Nordrhein-Westfalen (32,3%) festzustellen.

Bundesweit wurden 2013 4,7% aller Pflegeeinrichtungen in öffentlicher Trägerschaft geführt. Gemessen an diesem Bundesdurchschnitt fanden sich besonders wenige Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft in Hamburg (0,5%), im Saarland (1,3%) sowie in Rheinland-Pfalz (1,8%). Verhältnismäßig hoch ist der prozentuale Anteil an Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft dagegen in Bayern (8,9%), in Baden-Württemberg (7,1%) sowie in Thüringen (6,8%).

Hinsichtlich der Entwicklung der Pflegeeinrichtungen in unterschiedlichen Trägerschaften zwischen 2007 und 2013 zeigt sich, dass im Bundesdurchschnitt der Anteil der Pflegeheime in privater Trägerschaft um +1,9% gestiegen ist, während die Anteile der Pflegeheime in freigemeinnütziger (-0,9%) sowie öffentlicher Trägerschaft (-1,1%) gesunken sind.

In den einzelnen Bundesländern zeigt sich im Beobachtungszeitraum jedoch dahingehend ein heterogeneres Bild.

Pflegeheime in privater Trägerschaft haben zwischen 2007 und 2013 vor allem in Bremen (+8,2%) und Sachsen-Anhalt (+6,5%) zugenommen, während sie in Baden-Württemberg (-2%), Schleswig-Holstein (-1,3%) und Niedersachsen (-1%) zurückgegangen sind.

Pflegeheime nach Bundesländern – Veränderungen zwischen 2007 und 2013 nach Trägerschaften



Datenquelle: destatis.de

Pflegeheime in freigemeinnütziger Trägerschaft sind im Beobachtungszeitraum unter anderem in Baden-Württemberg (+3,8%) und Schleswig-Holstein (+2,4%) angestiegen, während sie in Bremen (-8,1%), Brandenburg (-6,2%) und Berlin (-5,1%) spürbar zurückgegangen sind.

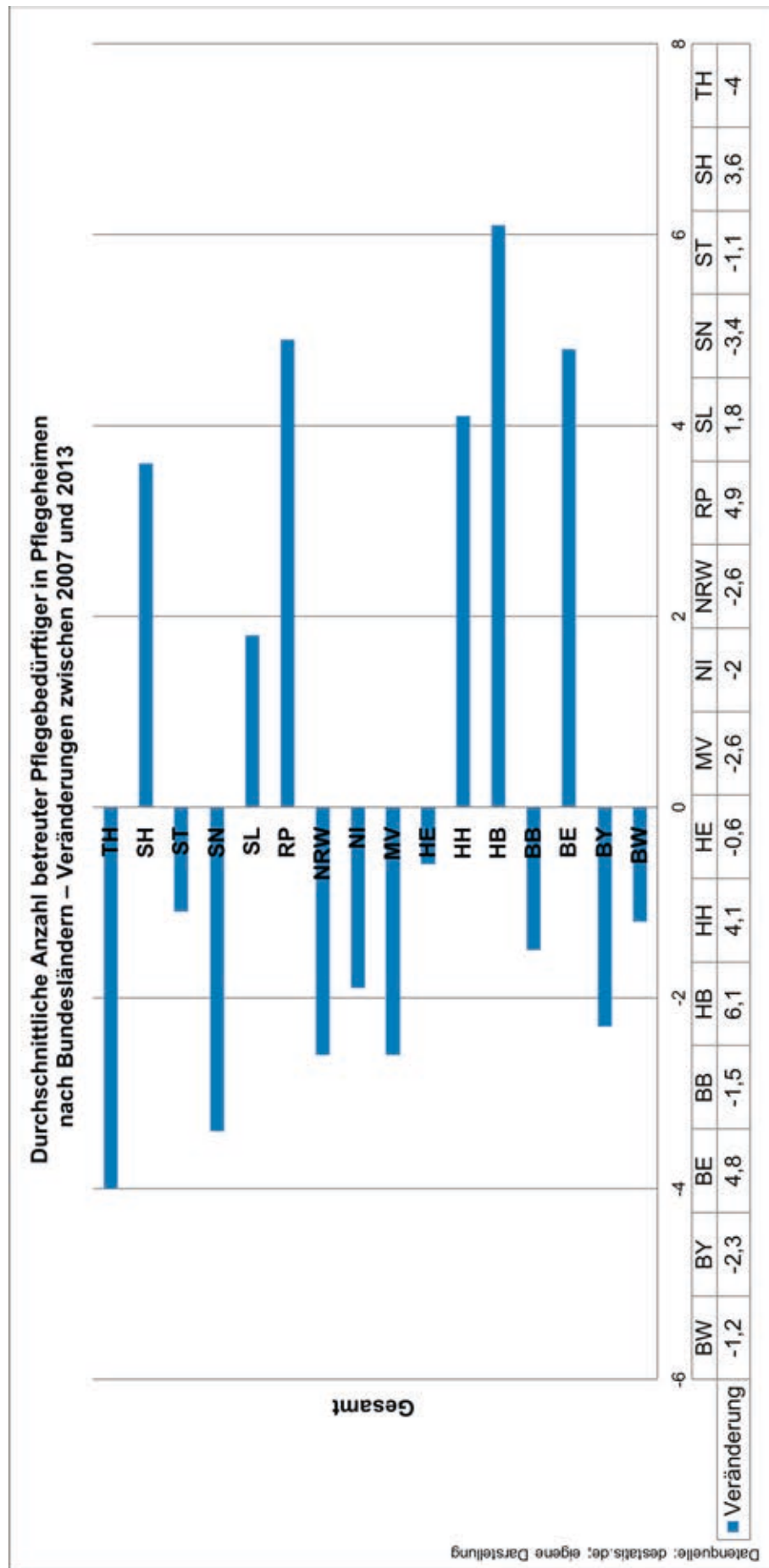
Bei den Pflegeheimen in öffentlicher Trägerschaft ist der deutlichste Rückgang im Beobachtungszeitraum in Thüringen (-3,7%) und Bayern (-2,7%) zu beobachten, ein spürbarer Anstieg dagegen in Berlin (+1,5%).

3.1.6.2 Pflegebedürftige in Pflegeeinrichtungen nach Bundesländern

2013 wurden im Bundesdurchschnitt 63,1 Pflegebedürftige je stationäre und teilstationäre Pflegeeinrichtung versorgt.

Im Vergleich zu 2007 war dies ein Rückgang im Durchschnitt um -1,2 Pflegebedürftigen je Einrichtung.

Mit Blick auf die einzelnen Bundesländer wies vor allem Hamburg einen deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegenden Wert auf: Hier wurden je Pflegeheim im Schnitt 86,5 Pflegebedürftige versorgt. In Berlin waren es 79,2 und in Rheinland-Pfalz 73,0. Deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegend dagegen der Wert in Schleswig-Holstein: Hier wurden im Schnitt 52,6 Pflegebedürftige je Einrichtung versorgt, in Niedersachsen waren es 54,9 und in Sachsen-Anhalt 57,6 Pflegebedürftige je Pflegeheim.



Während die durchschnittliche Zahl der betreuten Pflegebedürftigen je Pflegeheim 2013 im Vergleich zu 2007 in zehn Bundesländern zurückgegangen ist, am deutlichsten in Thüringen (-4), ist sie in den verbleibenden sechs Bundesländern angestiegen. Am deutlichsten in Bremen (+6,1) und Rheinland-Pfalz (+4,9).

3.1.6.3 Pflegebedürftige in Pflegeeinrichtungen nach Pflegestufen

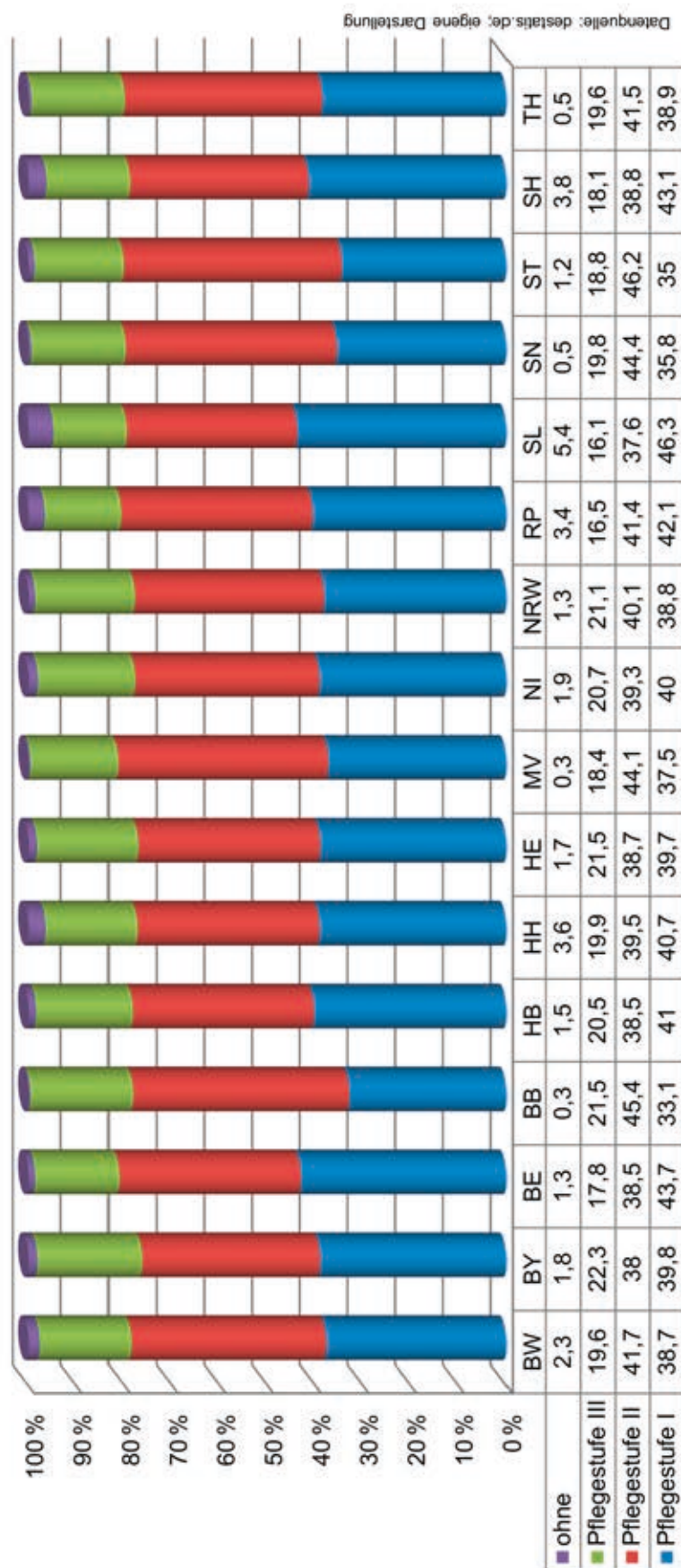
2013 wurden im Bundesdurchschnitt 40,5% der Pflegebedürftigen mit Pflegestufe II und 39,2% mit Pflegestufe I versorgt.

Diese Gewichtung gilt jedoch nicht für alle Bundesländer: In vielen von ihnen lag der prozentuale Anteil der Pflegebedürftigen mit Pflegestufe I, welche in Pflegeeinrichtungen versorgt wurden, über dem Anteil von Pflegebedürftigen mit Pflegestufe II. Dies war 2013 unter anderem im Saarland (46,3%), in Berlin (43,7%) und in Schleswig-Holstein (43,1%) der Fall, die damit auch deutlich über dem oben genannten Bundesdurchschnitt von 39,2% lagen.

Besonders gering war dagegen der prozentuale Anteil der Pflegebedürftigen der Pflegestufe I, welche stationär versorgt wurden, in Brandenburg (33,1%), Sachsen-Anhalt (35,0%) sowie Sachsen (35,8%).

Hinsichtlich der Pflegebedürftigen mit Pflegestufe II, die in einem Pflegeheim versorgt wurden, lag der prozentuale Anteil in Sachsen-Anhalt (46,2%), Brandenburg (45,4%), Sachsen (44,4%) sowie Mecklenburg-Vorpommern (44,1%) spürbar über dem Bundesdurchschnitt von 40,5%.

**Pflegebedürftige in Pflegeheimen 2013
nach Bundesländern und Pflegestufen**



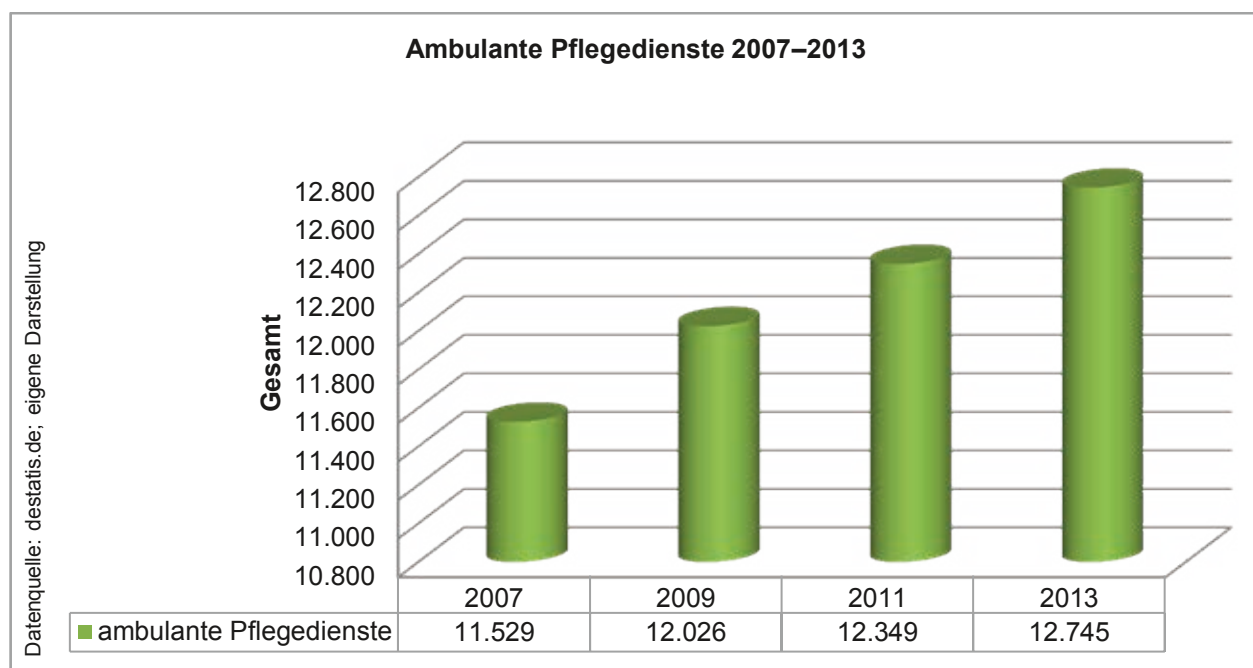
Am geringsten war 2013 bundesweit der Anteil der in Pflegeheimen versorgten Pflegebedürftigen mit Pflegestufe III. Dieser lag bei 20,3 %.

Über diesem Bundesdurchschnitt lagen unter anderem die Bundesländer Bayern (22,3%), Brandenburg (21,5%), Hessen (21,5%) und Nordrhein-Westfalen (21,1%).

Deutlich unter dem Bundesdurchschnitt lagen dagegen das Saarland (16,1%), Rheinland-Pfalz (16,5%) und Berlin (17,8%).

3.2 Ambulante Pflegedienste

2013 waren bundesweit insgesamt 12.745 ambulante Pflegedienste verzeichnet. Ein Zuwachs von +3,2% (+396 Dienste) im Vergleich zu 2011 und von +10,5% (+1.216) im Vergleich zu 2007.



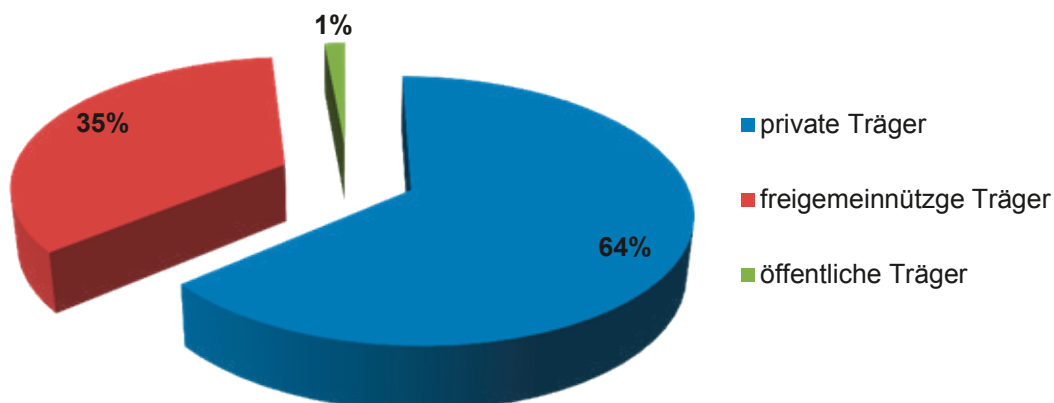
3.2.1 Pflegedienste nach Trägerschaften

Die Mehrheit (64%) der ambulanten Pflegedienste befand sich 2013 in privater Trägerschaft, 35% befanden sich in freigemeinnütziger⁸ und 1% in öffentlicher⁹ Trägerschaft.

⁸ Das Statistische Bundesamt fasst unter der Kategorie „freigemeinnützige Träger“ Träger der freien Wohlfahrtspflege und sonstige gemeinnützige Träger zusammen.

⁹ Das Statistische Bundesamt fasst unter der Kategorie „öffentliche Träger“ kommunale Träger und sonstige öffentliche Träger zusammen.

**Ambulante Pflegedienste 2013
Trägerschaften**



Zwischen 2007 und 2013 stieg die Zahl der ambulanten Pflegedienste in privater Trägerschaft um +17,9% (+1.237 Dienste), während Dienste in öffentlicher Trägerschaft um -4,2% (-8 Dienste) und Dienste in freigemeinnütziger Trägerschaft um -0,3% (-13 Dienste) zurückgingen.

3.2.2 Pflegedienste nach Organisationsstruktur und Pflegeangebot

Organisatorisch waren 2013 10% der ambulanten Pflegedienste an eine Wohneinrichtung (Altenwohnheim, betreutes Wohnen etc.) angeschlossen, 6% an ein Pflegeheim und 1,7% an eine sonstige Einrichtung (z.B. ein Krankenhaus).

Von den eigenständigen Diensten, die an ein Pflegeheim angebunden waren, befanden sich rund 56% in freigemeinnütziger Trägerschaft und 52% der Dienste, die an eine Wohneinrichtung angebunden waren, befanden sich in privater Trägerschaft.

Zwischen 2007 und 2013 nahm die Zahl der eigenständigen Pflegedienste, die an eine Wohneinrichtung angebunden waren, um +13,9% (+150 Pflegedienste) zu. Die Zahl der Pflegedienste, die an ein Pflegeheim angebunden waren, stieg um +10,1% (+70 Pflegedienste), während die Zahl der Dienste, die an eine sonstige Einrichtung angebunden waren, um -5,7% (-13 Dienste) sank.

Neben den Leistungen nach SGB XI boten 2013 nahezu alle (99%) ambulanten Pflegedienste auch die häusliche Kranken- oder Haushaltshilfe nach SGB V an.

60% boten Hilfe zur Pflege nach SGB XII, und 39% boten sonstige ambulante Hilfeleistungen an.

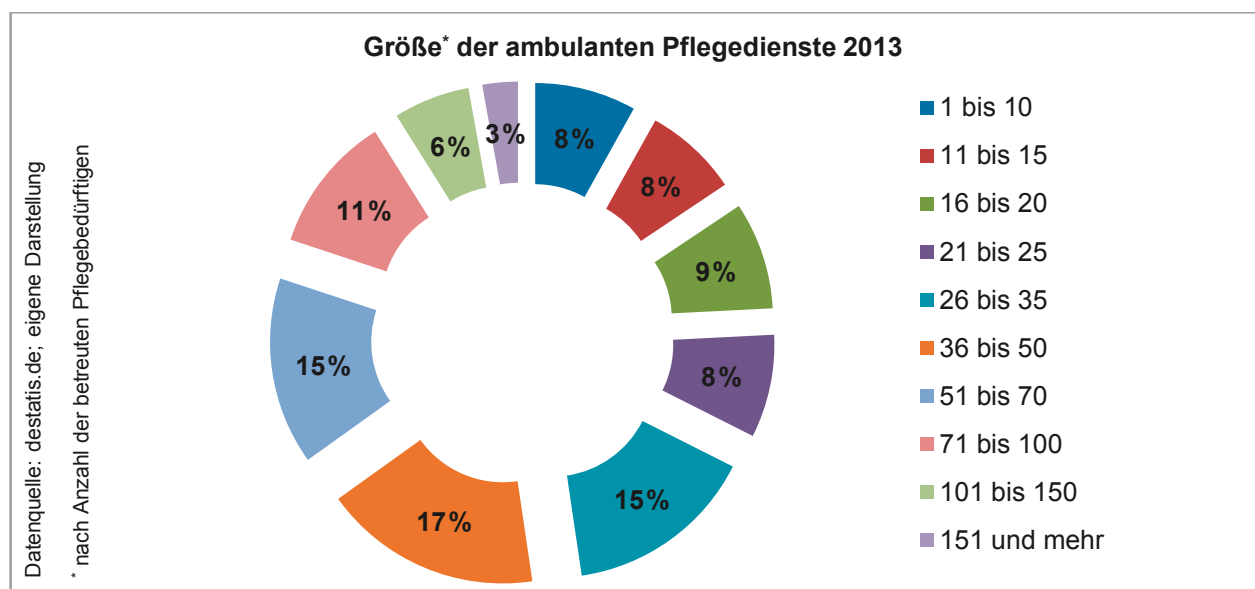
Im Vergleich zu 2007 zeigt sich, dass die Anzahl der Pflegedienste, welche zusätzlich sonstige ambulante Hilfen angeboten haben, von 44,6% auf 39% (2013) zurückgegangen ist. Das Angebot der Hilfen zur Pflege nach SGB XII boten 2007 wie auch 2013 gleichermaßen 60% der ambulanten Pflegedienste an.

Boten 2007 97,2% der ambulanten Pflegedienste zusätzlich die häusliche Kranken- oder Haushaltshilfe nach SGB V an, waren es 2013 bereits rund 99%.

3.2.3 Pflegedienste nach Größe

Hinsichtlich der Größe (nach Anzahl der betreuten Pflegebedürftigen) der ambulanten Pflegedienste zeigen sich keine eindeutigen Mehrheiten. Allerdings finden sich eher wenige „kleine“ oder „sehr große“ Pflegedienste; vielmehr sind gewisse Häufungen in den mittleren Größenordnungen erkennbar: 17% der ambulanten Pflegedienste betreuten 2013 36 bis 50 Pflegebedürftige, jeweils 15% betreuten 26 bis 35 sowie 51 bis 70 Pflegebedürftige.

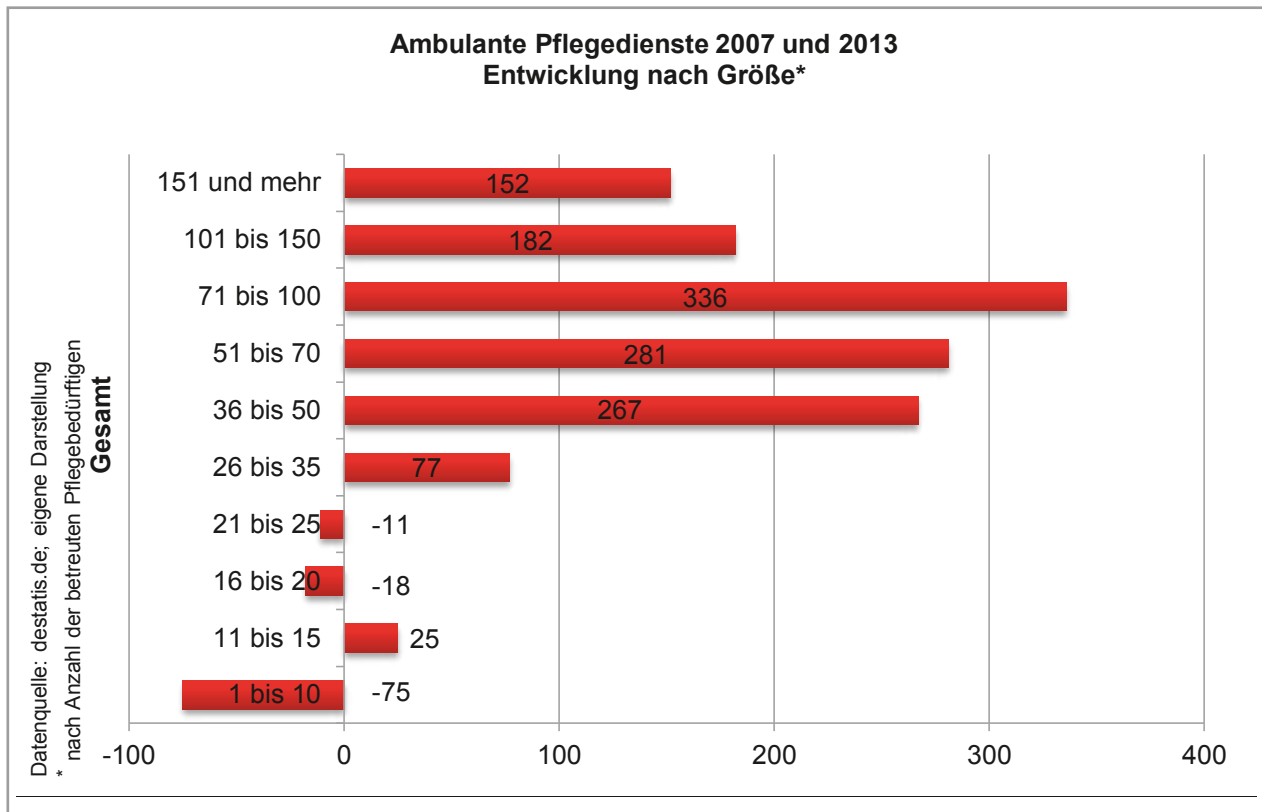
Bis zu 10 Pflegebedürftige wurden von 8% der ambulanten Pflegedienste betreut, und lediglich rund 3% der ambulanten Pflegedienste versorgten 151 und mehr Pflegebedürftige.



Im Bundesdurchschnitt betreute 2013 ein ambulanter Pflegedienst 48 Pflegebedürftige.

2011 lag der Bundesdurchschnitt noch bei 47 Pflegebedürftigen je Pflegedienst, 2007 bei 44 Pflegebedürftigen.

In der differenzierten Betrachtung nach Trägerschaften zeigt sich, dass ein ambulanter Pflegedienst in freigemeinnütziger Trägerschaft 2013 durchschnittlich 68 Pflegebedürftige versorgte, während ein ambulanter Pflegedienst in öffentlicher Trägerschaft durchschnittlich 56 und ein Dienst in privater Trägerschaft durchschnittlich 37 Pflegebedürftige betreute.



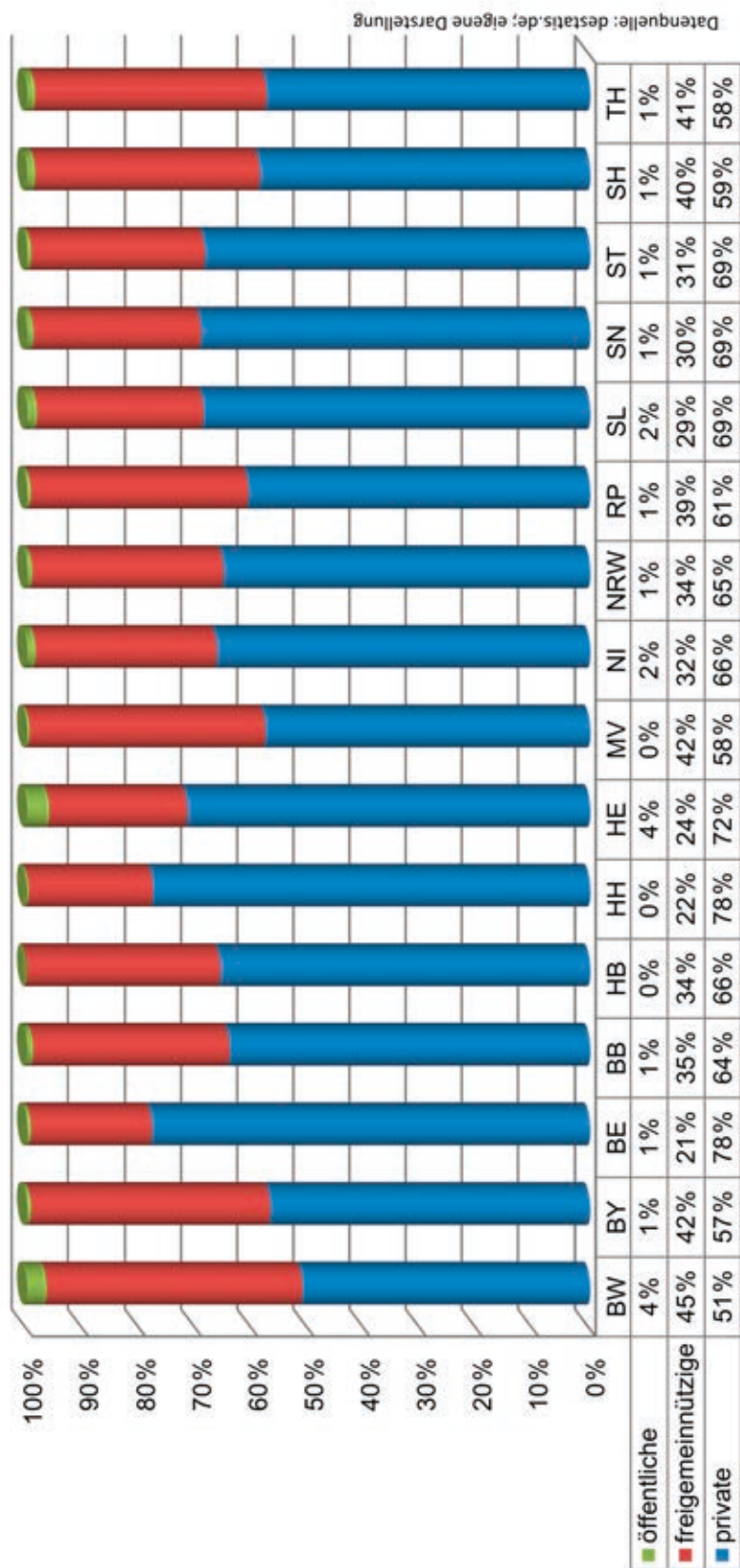
Im Vergleich zu 2007 zeigt sich, dass 2013 vor allem große und mittelgroße ambulante Pflegedienste zugenommen haben. So stieg die Zahl der ambulanten Pflegedienste mit einer Betreuungsgröße von 71 bis 100 Pflegebedürftigen um +31,5%, jene mit einer Betreuungsgröße von 51 bis 70 Pflegebedürftigen um +17,3%. Die ambulanten Pflegedienste mit einer Größe von 151 und mehr zu betreuenden Pflegebedürftigen stieg sogar um +72,7%.

3.2.4 Pflegedienste im Ländervergleich

3.2.4.1 Pflegedienste nach Bundesländern und Trägerschaften

Von den 2013 bundesweit insgesamt 12.745 ambulanten Pflegediensten befanden sich 18,7% in Nordrhein-Westfalen, 14,5% in Bayern und 9,7% in Niedersachsen. Dagegen gering, in Relation zur Größe und Bevölkerungsdichte der Bundesländer zu sehen, ist der prozentuale Anteil an Pflegediensten in Bremen (0,9%), im Saarland (0,9%) sowie in Hamburg (2,7%).

Ambulante Pflegedienste 2013 nach Bundesländern und Trägerschaften



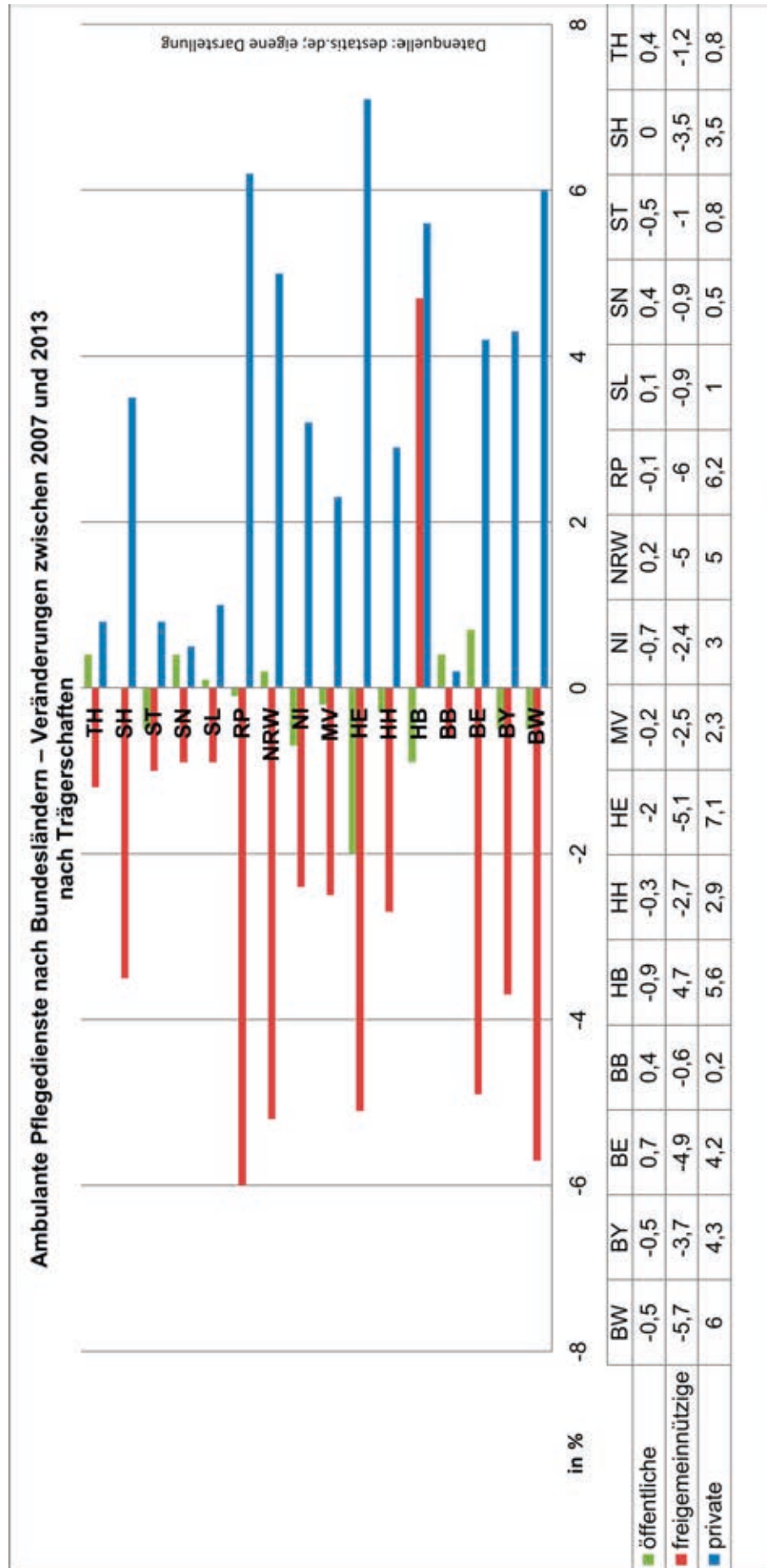
2013 wurde bundesweit die Mehrheit der ambulanten Pflegedienste (63,9%) in privater Trägerschaft geführt (vgl. Kap. 3.2.1). Dies gilt ebenso für alle Bundesländer. Besonders deutlich über dem oben genannten Bundesdurchschnitt lagen Berlin mit 78% ambulanter Pflegedienste in privater Trägerschaft sowie Hamburg (77,8%) und Hessen (71,7%). Dagegen lag der prozentuale Anteil der in privater Trägerschaft geführten Pflegedienste unter anderem in Baden-Württemberg (51,1%), Bayern (56,9%) und Thüringen (57,6%) unter dem oben genannten Bundesdurchschnitt.

Der Bundesdurchschnitt der in freigemeinnütziger Trägerschaft befindlichen ambulanten Pflegedienste lag 2013 bei 34,7%. Deutlich über diesem lagen Baden-Württemberg, wo sich 45,4% der ambulanten Pflegedienste in freigemeinnütziger Trägerschaft befanden, gefolgt von Bayern (42,4%) und Mecklenburg-Vorpommern (41,8%). Deutlich unter dem Bundesdurchschnitt lagen dagegen Berlin (21,3%), Hamburg (21,9%) und Hessen (24,4%).

Der bundesdeutsche Anteil von ambulanten Pflegediensten in öffentlicher Trägerschaft lag bei 1,4%. Hessen wies 2013 dagegen einen über diesem Durchschnitt liegenden Anteil von 3,9% und Baden-Württemberg von 3,5% ambulanter Pflegedienste in öffentlicher Trägerschaft auf. Spürbar darunter unter anderem der prozentuale Anteil in Bremen (0,3%), Mecklenburg-Vorpommern (0,4%), in Bayern (0,7%) und Berlin (0,7%).

Im Vergleich der prozentualen Anteilsverteilung der ambulanten Pflegedienste in den unterschiedlichen Trägerschaften 2007 und 2013 zeigt sich, dass im Bundesdurchschnitt der Anteil der Pflegedienste in privater Trägerschaft um +4% gestiegen ist, während die Anteile der Pflegedienste freigemeinnütziger (-3,8%) sowie in öffentlicher Trägerschaft (-0,3%) gesunken sind.

Im Beobachtungszeitraum ist der Anteil der Pflegedienste in privater Trägerschaft ebenfalls in allen Bundesländern angestiegen: am deutlichsten in Hessen (+7,1%), Rheinland-Pfalz (+6,2%) sowie Baden-Württemberg (+6%).



Ambulante Pflegedienste in freigemeinnütziger Trägerschaft haben nur in Hamburg (+4,7%) zugenommen. In allen anderen Bundesländern ist ihr prozentualer Anteil rückläufig. Besonders deutlich war dieser Rückgang in Baden-Württemberg (-5,7%), Hessen (-5,1%) sowie Nordrhein-Westfalen (-5%).

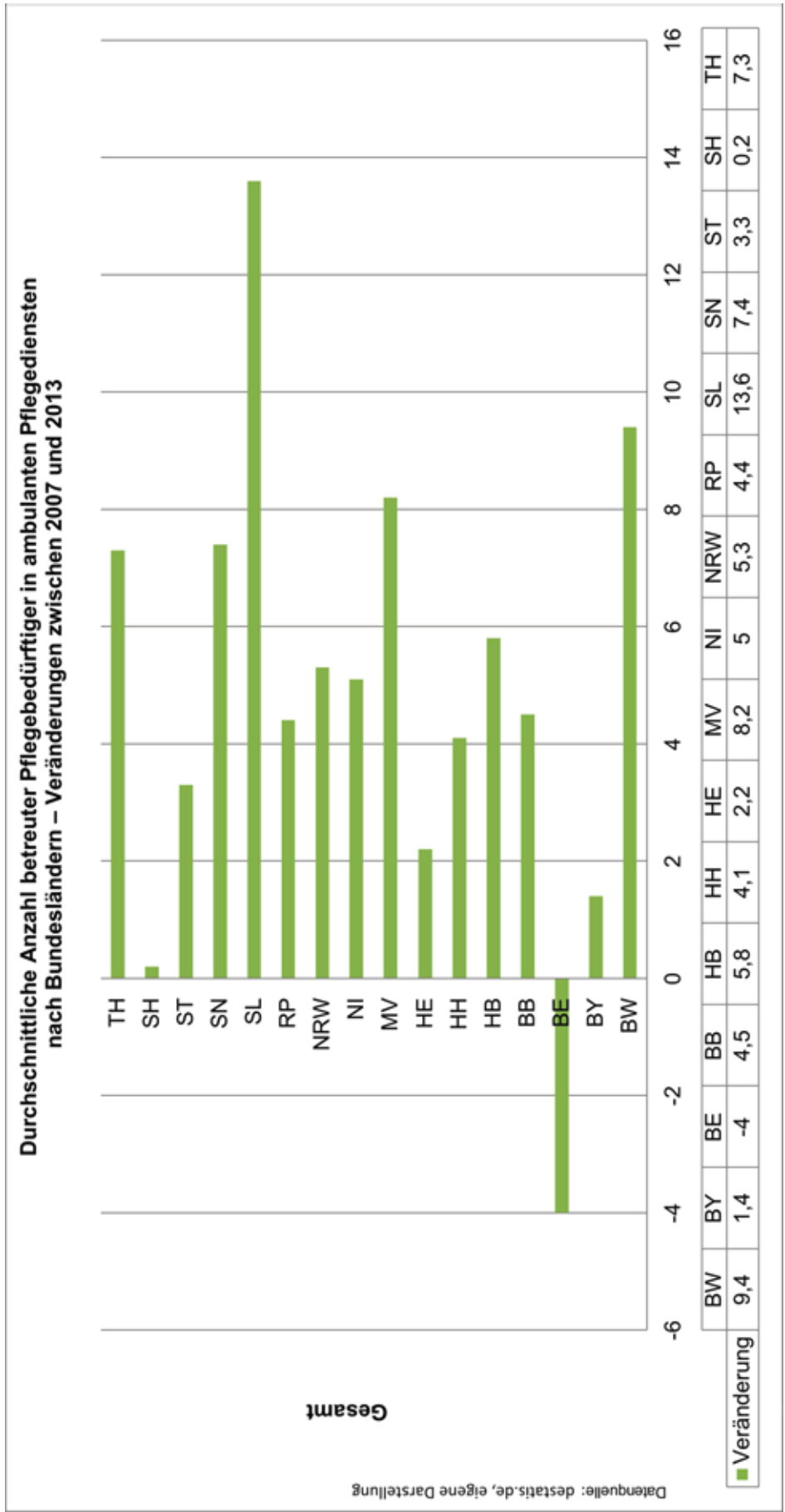
Die prozentualen Anteile der Pflegedienste in öffentlicher Trägerschaft entwickelten sich im Beobachtungszeitraum allerdings heterogen. Einen Anstieg verzeichnen fünf Bundesländer, am deutlichsten Brandenburg (+0,7%). In Schleswig-Holstein gibt es keine Veränderung. Ein Rückgang ist dagegen in zehn Bundesländern festzustellen, am deutlichsten in Hessen (-2%).

3.2.4.2 Pflegedienste nach Anzahl der versorgten Pflegebedürftigen, Pflegestufen sowie nach Bundesländern

2013 versorgte ein ambulanter Pflegedienst im Bundesdurchschnitt 48,3 Pflegebedürftige – im Vergleich zu 2007 ist dies ein Anstieg um +4,6 Pflegebedürftige.

Zwischen 2007 und 2013 stieg die Anzahl der je Pflegedienst Versorgten ebenfalls in 15 Bundesländern, einzig in Berlin reduzierte sie sich um -4 Pflegebedürftige auf 49.

Besonders deutlich stieg die durchschnittliche Anzahl der Pflegebedürftigen, die jeweils von einem Pflegedienst versorgt wurden, im Saarland (+13,6 Personen) auf 64,6 sowie in Baden-Württemberg (+ 9,4 Personen) auf 55,6.



Im Bundesdurchschnitt hatten 2013 die durch ambulante Pflegedienste betreuten Pflegebedürftigen zu 57,1% die Pflegestufe I, 32,3% die Pflegestufe II und 10,5% die Pflegestufe III.

Einige Bundesländer lagen hier über oder unter dem Bundesdurchschnitt.

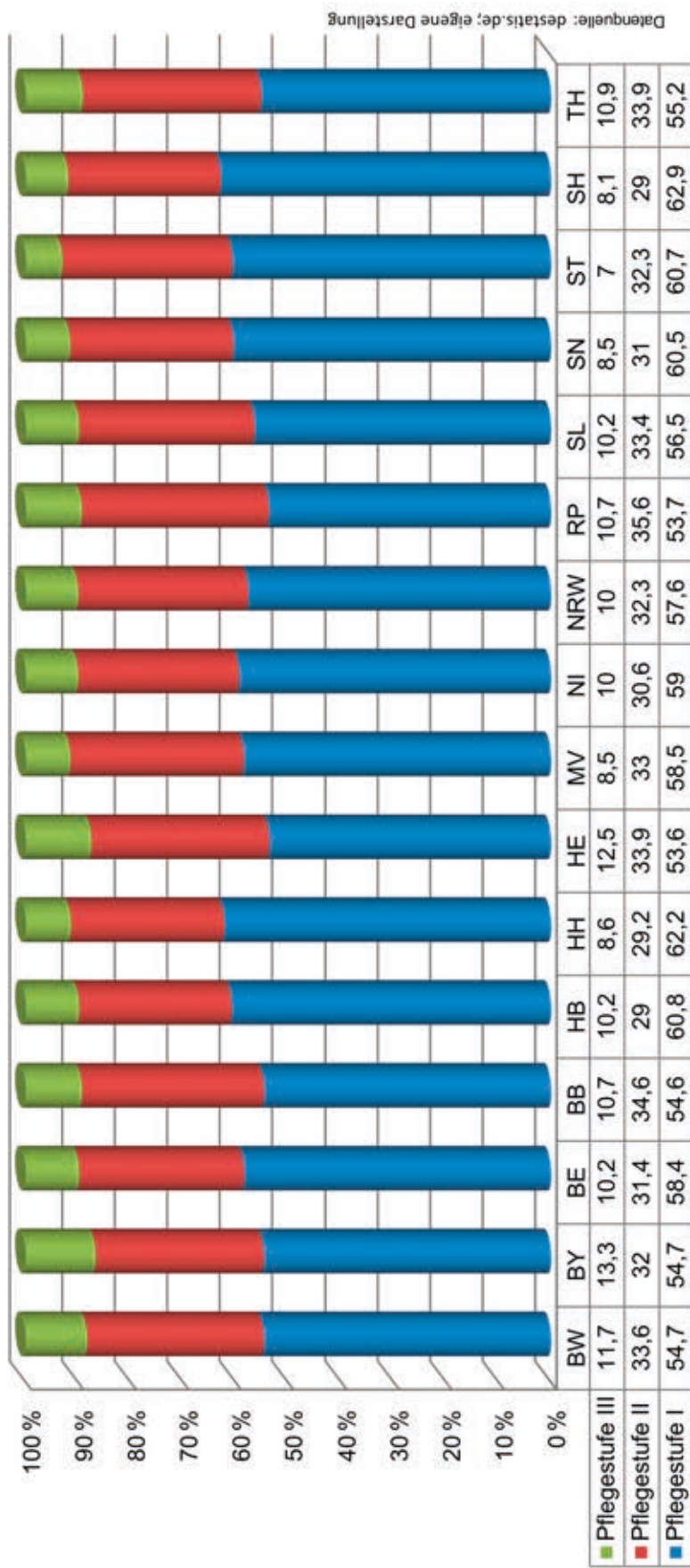
In Schleswig-Holstein besaßen die durch ambulante Pflegedienste Betreuten 2013 zu 62,9% die Pflegestufe I, in Hamburg waren es 62,2% und in Bremen 60,8%.

Unter diesem Bundesdurchschnitt lagen unter anderem Hessen mit 53,6% und Rheinland-Pfalz mit 53,7% Pflegebedürftigen der Pflegestufe I, welche durch ambulante Pflegedienste versorgt wurden.

Hinsichtlich der ambulanten Betreuung von Pflegebedürftigen der Pflegestufe II versorgten unter anderem Rheinland-Pfalz mit 35,6% und Brandenburg mit 34,6% mehr Pflegebedürftige dieser Pflegestufe als der Bundesdurchschnitt (32,3%). Dagegen betreuten ambulante Dienste in Bremen (29%), Schleswig-Holstein (29%) und Hamburg (29,2%) im Vergleich zum Bundesdurchschnitt verhältnismäßig wenige Pflegebedürftige mit Pflegestufe II.

Hinsichtlich der Pflegebedürftigen mit Pflegestufe III, die durch ambulante Pflegedienste versorgt wurden, lagen 2013 Bayern (13,3%), Hessen (12,5%) und Baden-Württemberg (11,7%) über dem Bundesdurchschnitt von 10,5%. Deutlich unter dem Bundesdurchschnitt lagen dagegen Sachsen-Anhalt (7%) und Schleswig-Holstein (8,1%).

Pflegebedürftige versorgt durch ambulante Pflegedienste 2013 nach Bundesländern und Pflegestufen



4 Beschäftigte

4.1 Fachkräftebedarf in der Altenpflege

Die aus dem demografischen Wandel resultierenden sozial-gesellschaftlichen und strukturellen Veränderungsprozesse konfrontieren insbesondere das Pflegewesen mit kontinuierlich steigenden Anforderungen, die großen Einfluss auf die Arbeitssituation ihrer Beschäftigten haben. Sie sind es nämlich, die von den demografischen Veränderungen bilateral betroffen sind. Das zeigen auch die hier dargelegten Daten.

Auf der einen Seite steigt die Zahl hochaltriger Menschen an, damit auch Multimorbidität und Demenzerkrankungen. Bereits heute sind bis zu 1,4 Millionen Menschen in Deutschland an Demenz erkrankt. Prognosen sprechen von einer Erhöhung ihrer Zahl auf etwa 2,2 Millionen bis zum Jahr 2030.¹⁰ Verstärkt durch die Erosion traditioneller Familienstrukturen und den zunehmenden Rückgang familialen Pflegepotenzials,¹¹ nimmt der Bedarf an professionellen, (intensiv-)pflegerischen Leistungen rasant zu.

2013 waren 64,4% der 90-Jährigen und Älteren pflegebedürftig – 2007 lag dieser Prozentsatz noch bei 61,6%.

Auf der anderen Seite steigt auch das durchschnittliche Lebensalter der Pflegefachkräfte – bereits 2013 waren rund 38% von ihnen 50 Jahre und älter.

Trotz der steigenden Ausbildungszahlen in der Altenpflege¹² und Altenpflegehilfe (vgl. Kap. 5) und der gezielten Bemühungen vieler Initiativen sowie unter anderem der von der Bundesregierung initiierten „*Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege*“¹³ (bis 2015), bleibt abzuwarten, ob das Defizit bei Pflegefachkräften im prognostizierten Umfang von mehreren Hunderttausend¹⁴ zusätzlich benötigten Stellen bis zum Jahr 2030 (und bei

¹⁰ Bundesministerium für Gesundheit (BMG): Daten des Gesundheitswesens 2013

¹¹ Nach Ergebnissen der Studie „Kundenkompass Selbstbestimmung im Alter“ der Stiftung Zentrum für Qualität in der Pflege (ZQP) in Zusammenarbeit mit dem F.A.Z. Institut hat sich die Bereitschaft zur Pflege von Angehörigen unter den Befragten halbiert, der Anteil derjenigen, die ihren Angehörigen eine Unterstützung im Pflegefall verweigern würden, ist von rund sechs auf elf Prozent gestiegen. ZQP 2010 b. Zudem machen weitere Studienergebnisse des ZQP deutlich, dass auch das Durchschnittsalter pflegender Angehöriger spürbar ansteigt: ermittelt wurde, dass bereits 40% der pflegenden Angehörigen 65 Jahre und älter sind. ZQP 2010a, S. 6

¹² Vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) 2014: Gesundheitsfachberufe im Überblick.

¹³ Quelle: BMFSFJ

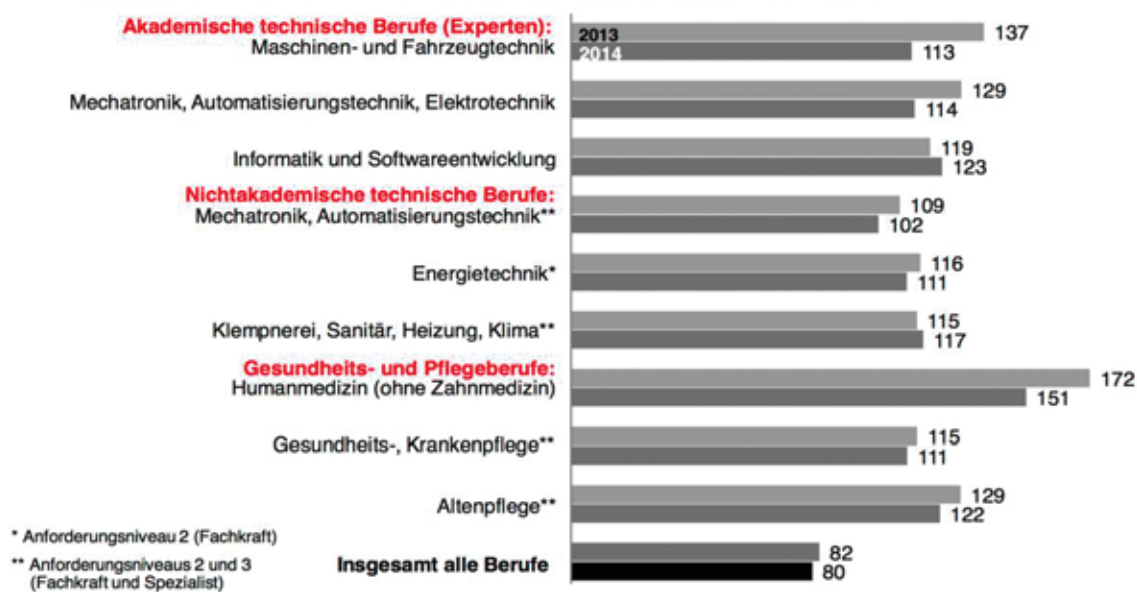
¹⁴ Hinsichtlich des Pflegefachkraftdefizites existieren unterschiedliche Prognosen bzw. Berechnungen. Der Pflegeheim Rating Report 2013 (Augurzky et al. 2013) ermittelte bis zu 331.000 zusätzlich benötigten Stellen in der ambulanten und stationären Pflege bis zum Jahr 2030. Die Bertelsmann Stiftung (2012) errechnet für 2030 eine Versorgungslücke in der ambulanten und stationären Pflege (je nach Berechnungsszenario) von bis zu 491.744 Fachkräften.

weiterer Abnahme des allgemeinen Erwerbspersonenpotenzials) – tatsächlich reduziert oder gar vollständig abgedeckt werden kann.

Zwar verzeichnete der Wirtschaftszweig „Pfleger und Soziales“ im April 2015 im Vorjahresvergleich einen Zuwachs von +69.000 (+3,4 %) sozialversicherungspflichtigen Stellen und lag damit an zweiter Stelle der größten Zuwächse aller Wirtschaftszweige¹⁵, doch weist die sogenannte Fachkräfteengpassanalyse der Bundesagentur für Arbeit¹⁶ weiterhin auf einen Mangel an examinierten Altenpfleger/-innen in allen Bundesländern hin. Insbesondere Fachkräfte und Spezialisten in der Altenpflege, wie Fachaltenpflegekräfte mit Zusatzausbildungen für beispielsweise Rehabilitation, Palliation, klinische Geriatrie, sind sehr gesucht.¹⁷

Vakanzzeiten in ausgewählten Engpassberufen

Durchschnittliche Vakanzzeit von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsstellen (ohne Helferstellen) bei Abgang in Tagen
Deutschland, 2013, 2014 (gleitender Jahresdurchschnitt, jeweils November des Vorjahres bis Oktober)



* Anforderungsniveau 2 (Fachkraft)

** Anforderungsniveaus 2 und 3 (Fachkraft und Spezialist)

Datenquelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit



Bundesagentur für Arbeit

Arbeitsmarktberichterstattung@arbeitsagentur.de

Seite 2

Quelle: BA 2014: 7¹⁸

¹⁵ Bundesagentur für Arbeit (BA): Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland – Monatsbericht Juni 2015. Nürnberg 2015: 10

¹⁶ Bundesagentur für Arbeit (BA): Der Arbeitsmarkt in Deutschland. Arbeitsmarktberichterstattung Dezember 2014. Fachkräfteengpassanalyse Dezember 2014. Nürnberg 2014. Eine aktuellere Version der Fachkräfteengpassanalyse lag zum Zeitpunkt der Drucklegung nicht vor.

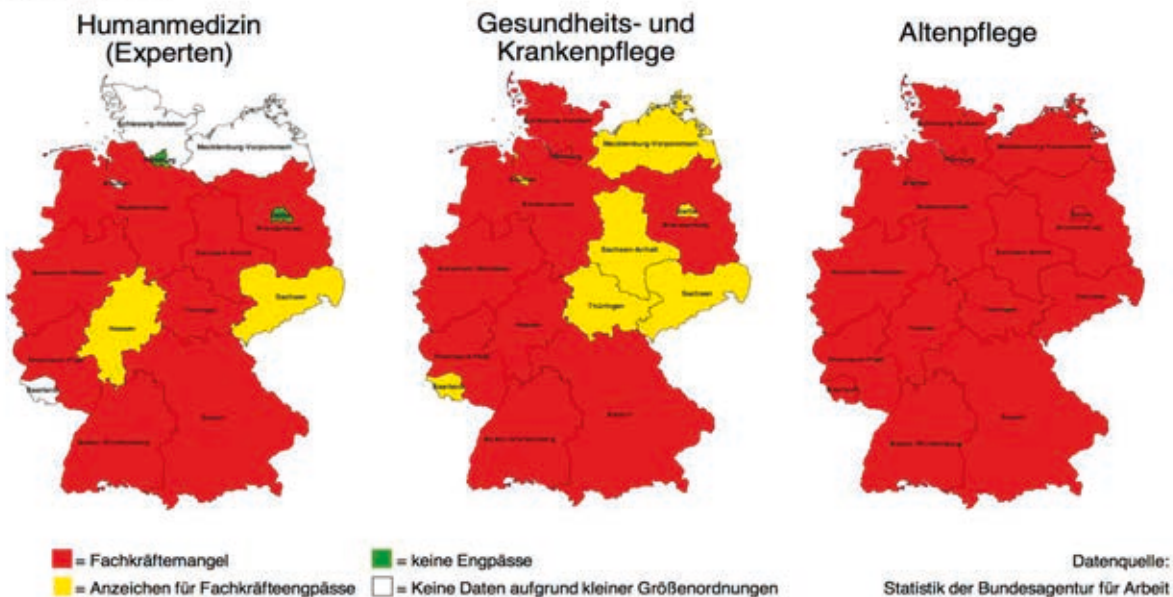
¹⁷ Ebd.: 15

¹⁸ Eine aktuellere Version der Fachkräfteengpassanalyse lag zum Zeitpunkt der Drucklegung nicht vor.

Stellenangebote für examinierte Altenpflegefachkräfte und -spezialisten sind im Bundesdurchschnitt 122 Tage vakant (+53 % gegenüber Gesamt). Auf 100 gemeldete Stellen kommen rechnerisch lediglich 42 Arbeitslose.

Fachkräftemangel in Gesundheits- und Pflegeberufen

Fachkräfte, Spezialisten bzw. Experten
Deutschland nach Ländern
Dezember 2014



Bundesagentur für Arbeit

Arbeitsmarktberichterstattung@arbeitsagentur.de

Seite 5

Quelle: BA 2014: 15¹⁹

Damit wird offensichtlich, dass Fachkräftesicherung in den kommenden Jahren mehr als nur die Fokussierung auf die Nachwuchsgewinnung bedeutet. Sie bedeutet vor allem auch, eine nachhaltige Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit der Altenpfleger/-innen, vornehmlich durch Gewährleistung beruflicher Gestaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten, Implementierung altern(s)gerechter und damit demografiefester Arbeitsgestaltung²⁰ sowie nachhaltiger Gesundheitsförderung.

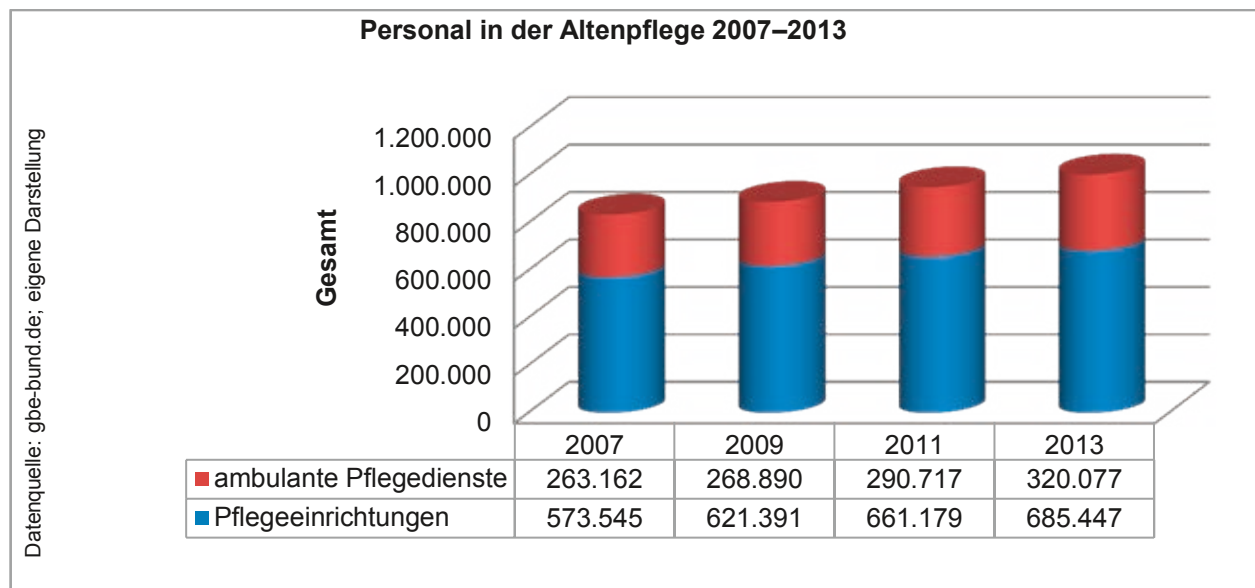
4.2 Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen und -diensten insgesamt

Die aktuelle Pflegestatistik des Statistischen Bundesamtes weist für 2013 bundesweit 1.005.524 Beschäftigte in der Altenpflege (alle Tätigkeitsbereiche) aus. 68,2% von ihnen waren in stationären und teilstationären

¹⁹ Eine aktuellere Version der Fachkräftengpassanalyse lag zum Zeitpunkt der Drucklegung nicht vor.
²⁰ Hierzu weiterführend u. a. Handlungshilfen für demografiefeste Arbeitsplätze in der Pflege:
<http://141.30.37.177/demogAP/images/uploaded/file/Handlungshilfe%20demogAP.PDF>

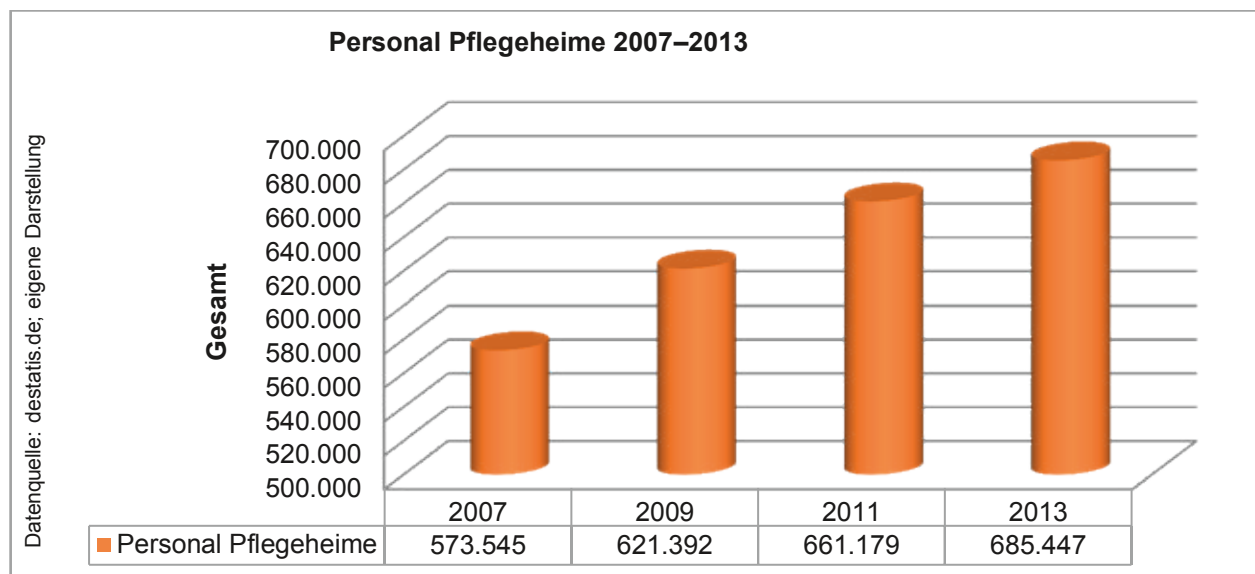
Pflegeeinrichtungen und 31,8% in ambulanten Pflegediensten tätig. Dieses prozentuale Verhältnis hat sich im Vergleich zu 2007 kaum verändert.

Insgesamt sind die Beschäftigtenzahlen in der Altenpflege im Vergleich zu 2011 um +5,6% (+53.628 Personen) und im Vergleich zu 2007 um +20,2% (+168.817 Personen) gestiegen.



4.3 Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen

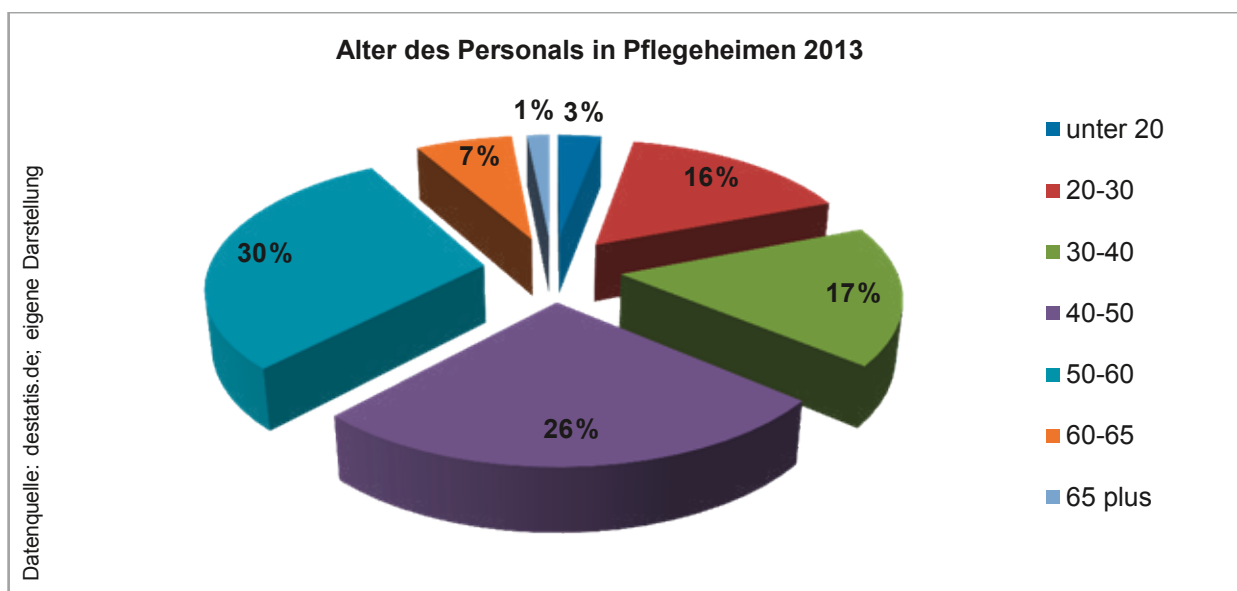
2013 waren bundesweit insgesamt 685.447 Personen in stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen beschäftigt. Dies war ein Anstieg von +3,7% (+24.268 Personen) im Vergleich zu 2011 und um +19,5% (+111.902 Personen) im Vergleich zu 2007.



4.3.1 Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen nach Alter und Geschlecht

Die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten (84,9%) in stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen war 2013 weiblich. An diesem mehrheitlichen Verhältnis hat sich im Vergleich zu 2007 (84,7%) nichts geändert.

Erstmalig wurden 2013 im Rahmen der Erhebung der Pflegestatistik²¹ auch Daten zur Altersstruktur der Beschäftigten in der Altenpflege ermittelt. Daher beziehen sich die Darstellungen für 2013 auf diese ermittelten Daten. Durch Verwendung anderer Erhebungskategorien in der sogenannten Gesundheitspersonalberechnung konnte ein direkter Vergleich zur Entwicklung der Altersgruppen der Beschäftigten nicht vorgenommen werden.



2013 waren 19% der Beschäftigten in Pflegeheimen unter 30 Jahre alt. Zwischen 30 und 49 Jahren waren 43% des Personals, und 38%, also mehr als jeder Dritte, waren 50 Jahre und älter.

2011 waren rund 202.000 Beschäftigte in Pflegeheimen über 50 Jahre alt – im Vergleich zu 2007 war dies ein Anstieg um +37,4% (+55.000 Beschäftigte dieser Altersgruppe).

Legt man einer vergleichenden Betrachtung die Daten zur Altersstruktur der Beschäftigten in Pflegeheimen der Gesundheitspersonalberechnung (GPR)²² der Jahre 2007 und 2011 zugrunde, wird ersichtlich, dass der Anteil (am

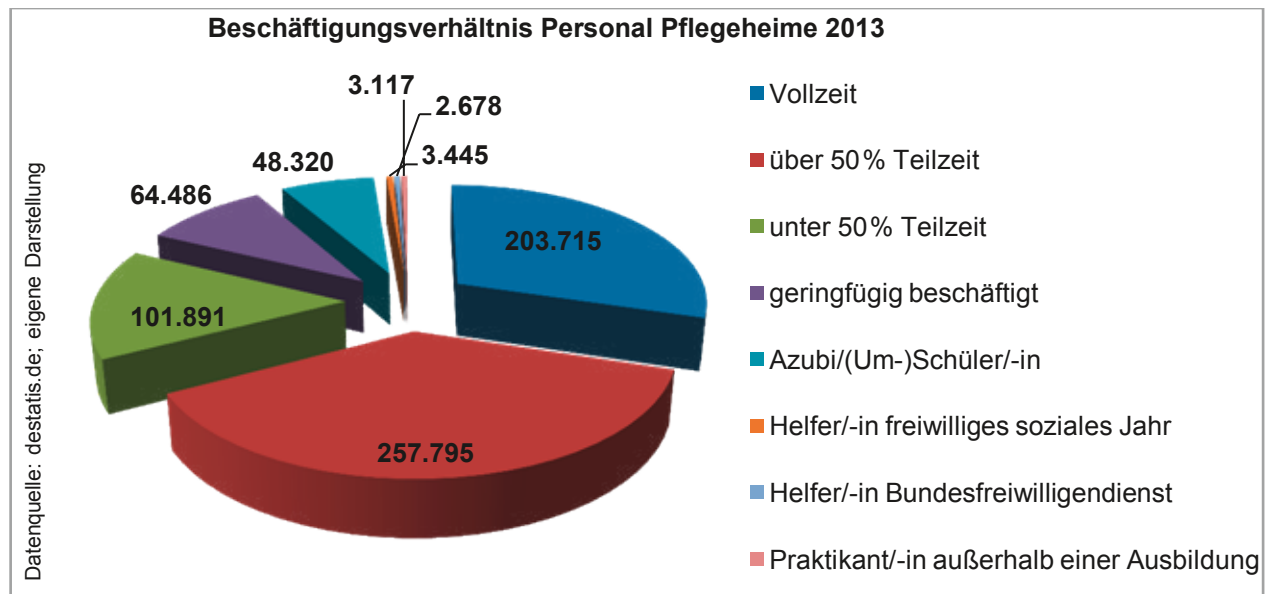
²¹ Statistisches Bundesamt (destatis): Pflegestatistik 2013

²² Datenquelle: Gesundheitsberichterstattung des Bundes: <http://www.gbe-bund.de>

Gesamt der Beschäftigten in Pflegeheimen) über 50-jähriger Beschäftigter in Pflegeheimen 2011 30,6% betrug und damit im Vergleich zu 2007 um -4,5% gesunken ist.

4.3.2 Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen nach Beschäftigungsverhältnis

2013 war die Mehrheit (61,8%) des Personals in Pflegeheimen (insgesamt 685.447 Personen) teilzeitbeschäftigt und 29,7% arbeiteten in Vollzeit.



Auszubildende sowie (Um-)Schüler/-innen stellten 7% des Personals.

6.123 Beschäftigte (0,9%) in den Pflegeeinrichtungen waren Helfer/-innen im Bundesfreiwilligendienst sowie im freiwilligen sozialen Jahr. Zudem gab es 3.117 Praktikanten/-innen (0,5%) außerhalb einer Ausbildung.

Im Vergleich zu den prozentualen Anteilen der jeweiligen Beschäftigungsverhältnisse zwischen 2007 und 2013 zeigt sich, dass der Anteil der Vollzeitbeschäftigten um -5,7% gesunken, dagegen aber der Anteil der Teilzeitbeschäftigten um +4,6% gestiegen ist.

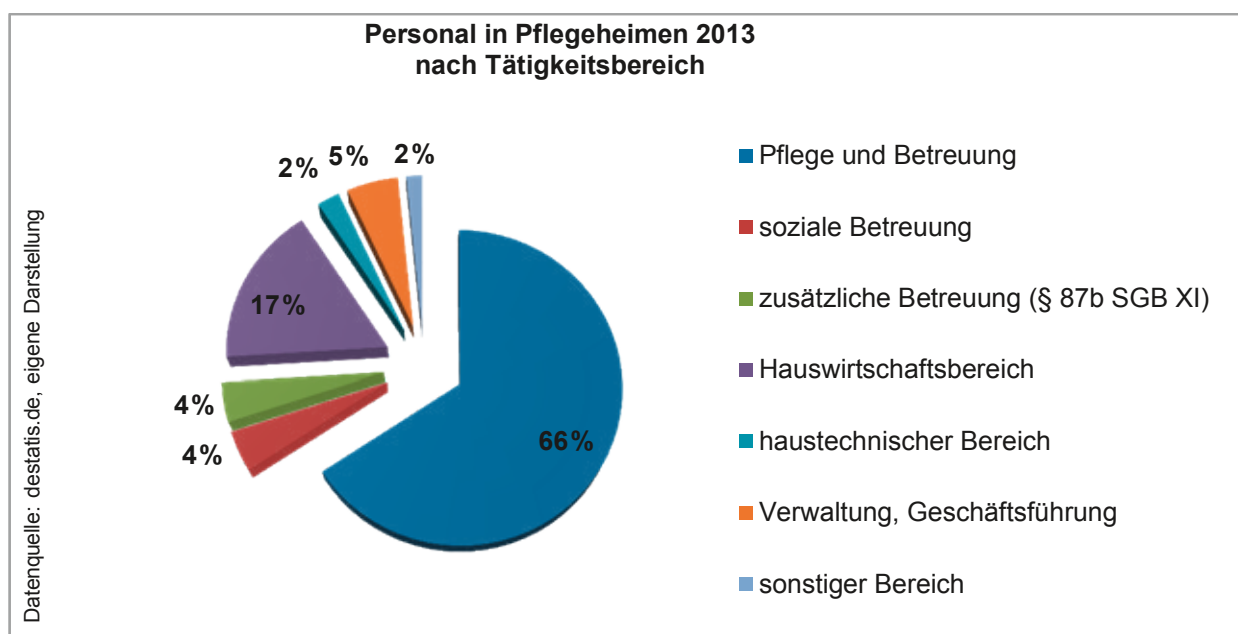
Die (reine) Anzahl der Vollzeitbeschäftigten in Pflegeheimen stieg zwischen 2007 und 2013 um +0,5% (951 Personen). Das Personal in den unterschiedlichen Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen stieg im gleichen Zeitraum um +29,3% (+96.180 Personen).

Eine Berechnung der Veränderungen der Personalzahlen der Beschäftigungsverhältnisse im Bereich Ausbildung sowie im Bereich „Helfer/-innen“ war nicht möglich, da sich die dahingehenden Erhebungskategorien geändert haben.²³

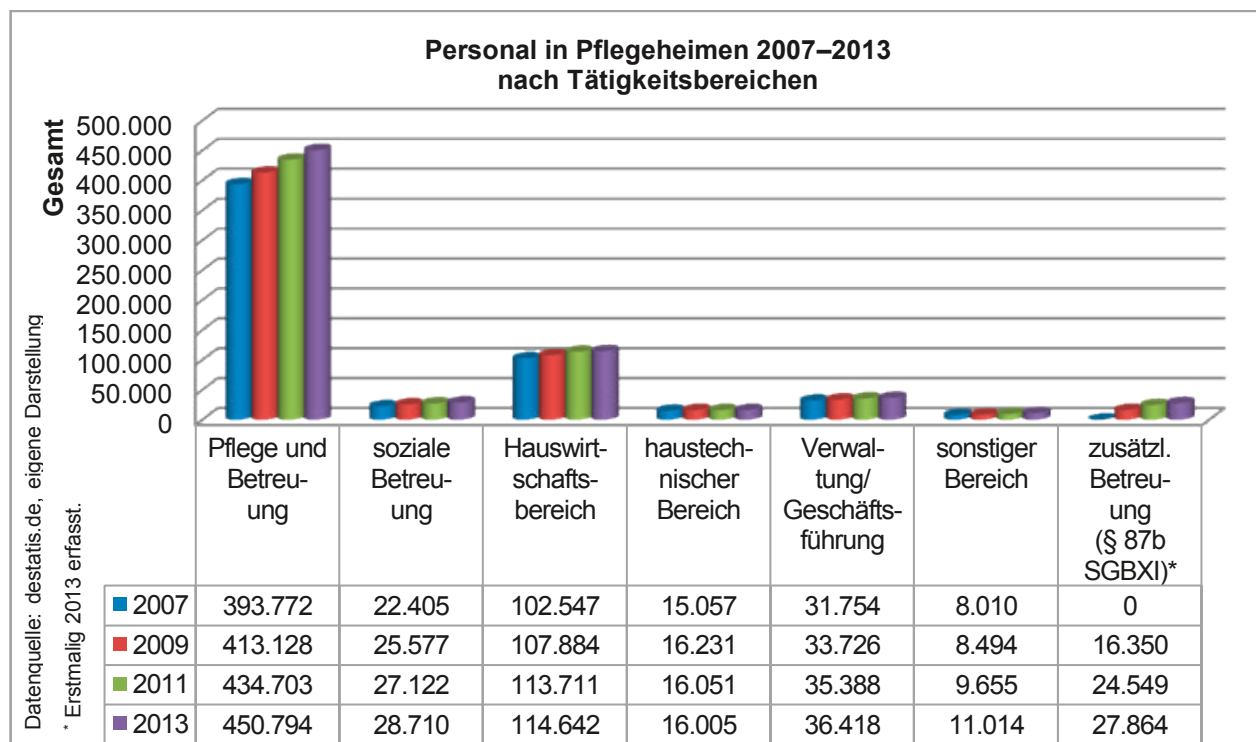
4.3.3 Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen nach Tätigkeitsbereich

Die Mehrheit (65,8%) der insgesamt 685.447 Beschäftigten in Pflegeheimen arbeitete 2013 im Tätigkeitsbereich „Pflege und Betreuung“.

Im Hauswirtschaftsbereich waren 16,7% der Beschäftigten tätig, 4,2% im Bereich „Soziale Betreuung“ und im Bereich der Verwaltung und Geschäftsführung. Im Bereich der „Zusätzlichen Betreuung“ (§ 87b SGB XI) waren 4,1% des Personals beschäftigt.



²³ Vgl. hierzu u.a. Statistisches Bundesamt (destatis): Pflegestatistik 2013: 23; Statistisches Bundesamt (destatis): Pflegestatistik 2007: 24



Zwischen 2007 und 2013 stieg die Anzahl der Beschäftigten im Tätigkeitsbereich „Pflege und Betreuung“ um +14,5 % und im Bereich „soziale Betreuung“ um +28,1 %. Das Personal im Hauswirtschaftsbereich nahm um +11,8 % und das im haustechnischen Bereich um +6,3 % zu.

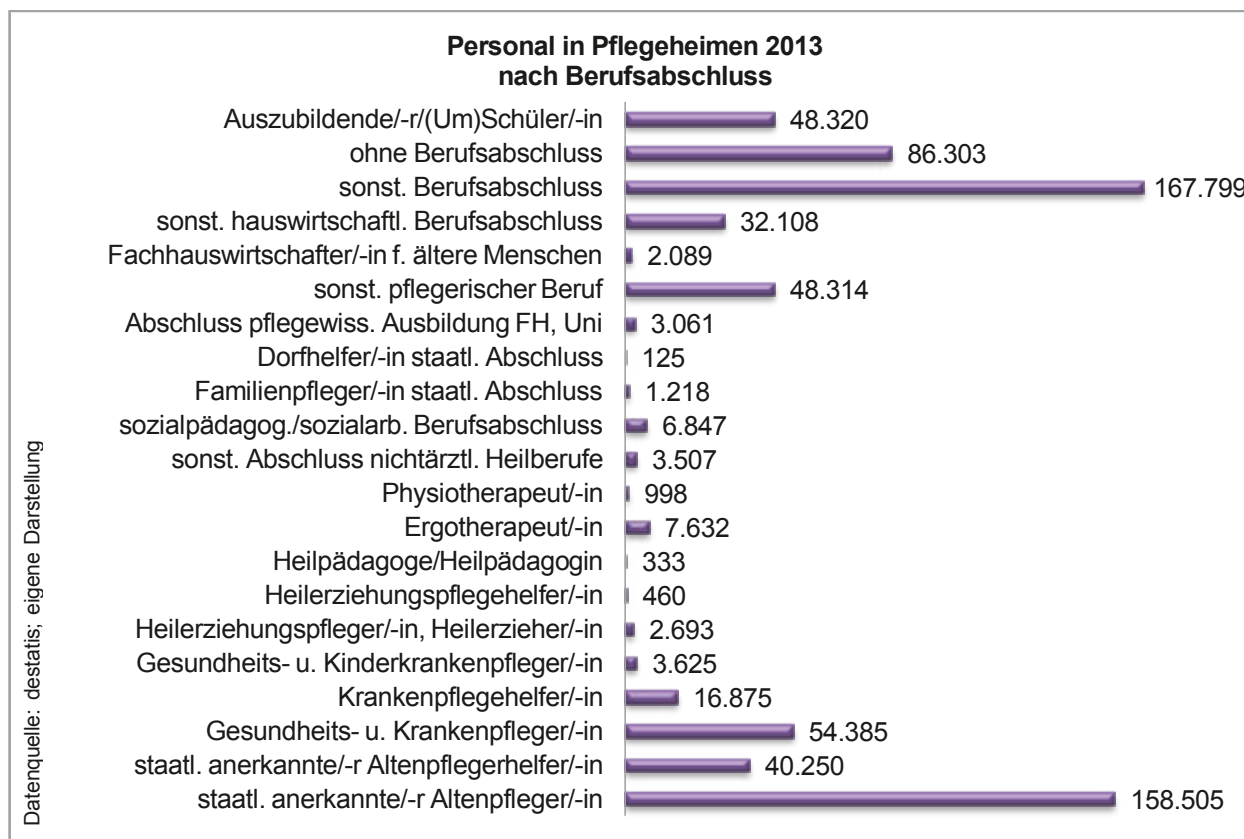
Die Zahl der in der Verwaltung oder der Geschäftsführung Tätigen erhöhte sich um +14,7 % und jene der Beschäftigten in sonstigen Bereichen um +37,5 %.

Die Zahl der als zusätzliche Betreuungskräfte nach § 87b SGB XI eingesetzten Beschäftigten erhöhte sich zwischen 2009²⁴ und 2013 um +70,4 %.

4.3.4 Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen nach Berufsabschluss

2013 besaßen 23,1 % der Beschäftigten in Pflegeheimen einen Berufsabschluss als staatlich anerkannte/-r Altenpfleger/-in, 7,9 % einen Berufsabschluss als Gesundheits- und Krankenpfleger/-in, 24,5 % hatten einen sonstigen Berufsabschluss, 7 % besaßen eine sonstige pflegerische Berufsausbildung, und ebenfalls 7 % waren Auszubildende und (Um-)Schüler/-innen.

²⁴ Daten zu diesem Tätigkeitsbereich werden erst seit 2009 erhoben. Vgl. Statistisches Bundesamt (destatis): Pflegestatistik 2009



5,9% des Personals waren staatlich anerkannte Altenpflegehelfer/-innen. Über keinen Berufsabschluss verfügten 12,6% der Beschäftigten, und 0,5% besaßen einen Abschluss einer pflegewissenschaftlichen Ausbildung an einer Fachhochschule oder Universität.

Personal in Pflegeheimen nach Berufsabschluss 2007–2013			
Berufsbildungsabschluss	2007 Anzahl	2013 Anzahl	Veränderung in %
staatl. anerkannte/-r Altenpfleger/-in	133.927	158.505	+18,4
staatl. anerkannte/-r Altenpflegehelfer/-in	21.654	40.250	+85,9
Gesundheits- u. Krankenpfleger/-in	61.519	54.385	-11,6
Krankenpflegehelfer/-in	18.606	16.875	-9,3
Gesundheits- u. Kinderkrankenschw./-in	3.996	3.625	-9,3
Heilerziehungspfleger/-in, Heilerzieher/-in	2.550	2.693	+5,6
Heilerziehungspflegehelfer/-in	465	460	-1,1
Heilpädagogin/Heilpädagoge	349	333	-4,6
Ergotherapeut/-in	5.596	7.632	+36,4

Personal in Pflegeheimen nach Berufsabschluss 2007–2013			
Berufsbildungsabschluss	2007 Anzahl	2013 Anzahl	Veränderung in %
Physiotherapeut/-in	948	998	+ 5,3
sonstiger Abschluss im Bereich nichtärztl. Heilberufe	3.624	3.507	- 3,2
sozialpädagog./sozialarbeiterischer Berufsabschluss	6.605	6.847	+ 3,7
Familienpfleger/-in mit staatl. Abschluss	1.431	1.218	- 14,9
Dorfhelfer/-in mit staatl. Abschluss	217	125	- 42,4
Abschluss pflegewiss. Ausbildung FH od. Uni	3.260	3.061	- 6,1
sonstiger pflegerischer Beruf	33.435	48.314	+ 44,5
Fachhauswirtschaftler/-in für ältere Menschen	3.494	2.089	- 40,2
sonstiger hauswirtschaftlicher Berufsabschluss	33.083	32.108	- 2,9
sonstiger Berufsabschluss	135.470	167.799	+ 23,9
ohne Berufsabschluss	X*	86.303	X*
Auszubildende/-r, (Um-)Schüler/-in	X*	48.320	X*
Datenquelle: destatis; eigene Berechnung u. Darstellung * 2007 wurden Daten zusammengefasst in der Kategorie „ohne Berufsabschluss/noch in Ausbildung“ erhoben, sodass kein eindeutiger Vergleichswert ermittelt werden konnte.			

Im Vergleich zu den Daten von 2007 zeigt sich, dass insbesondere die Zahl der Beschäftigten in Pflegeheimen mit einem Berufsabschluss als staatlich anerkannte/-r Altenpflegehelfer/-in deutlich, um +85,9%, zugenommen hat. Beschäftigte mit einem Abschluss als staatlich anerkannte/-r Altenpfleger/-in haben um +18,4% und mit sonstigen pflegerischen Berufsabschlüssen um +44,5% zugenommen. Auch die Zahl der Ergotherapeuten/-innen ist um +36,4% gestiegen.

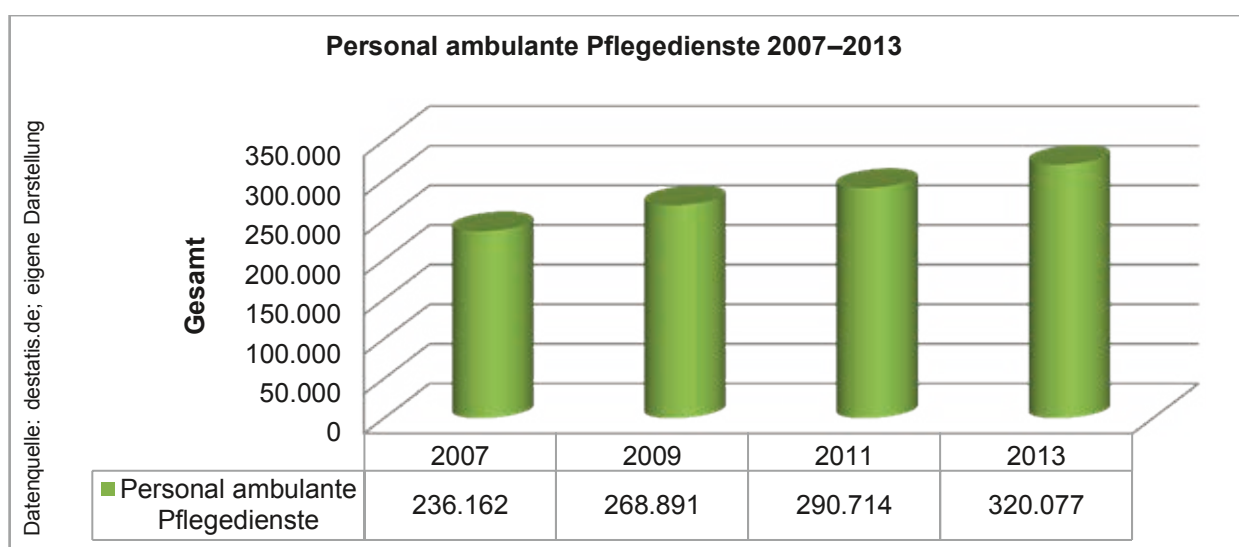
Dagegen nahm das Personal mit einem Berufsabschluss als Gesundheits- und Krankenpfleger/in um -11,6% ab. Zurück ging auch die Anzahl der beschäftigten Fachhauswirtschaftler/-innen für ältere Menschen um -40,2%.

Die Zahl der Beschäftigten mit einem Abschluss einer pflegewissenschaftlichen Ausbildung an einer Fachhochschule oder Universität reduzierte sich um -6,1%.

Veränderungen hinsichtlich derjenigen Beschäftigten, die ohne Berufsabschluss waren oder sich in der Ausbildung oder Umschulung befanden, konnten nicht eindeutig berechnet werden, da sich im Beobachtungszeitraum die Erhebungskategorien des Statistischen Bundesamtes geändert haben.

4.4 Beschäftigte in Pflegediensten

Das Personal in den ambulanten Pflegediensten hat seit 2007 stetig zugenommen. 2013 waren bundesweit insgesamt 320.077 Personen in ambulanten Pflegediensten beschäftigt. Im Vergleich zu 2011 war dies ein Anstieg um +10,1 %, im Vergleich zu 2007 um +35,5 %.

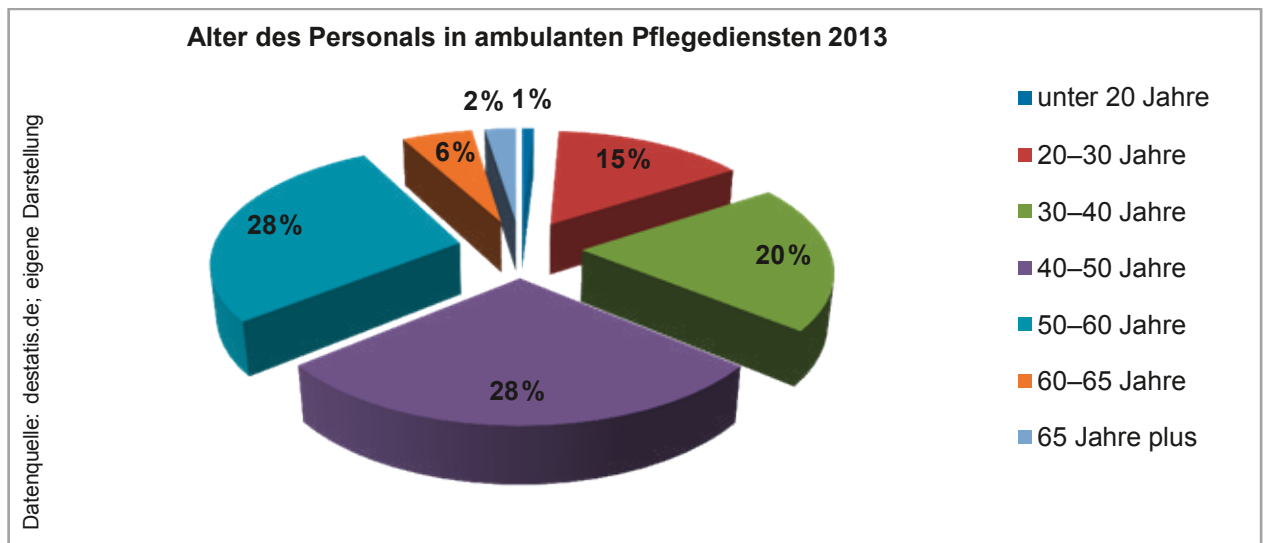


4.4.1 Beschäftigte in Pflegediensten nach Alter und Geschlecht

Mit 87,4 % war die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten in ambulanten Pflegediensten 2013 weiblich. Im Vergleich zu 2007 (87,6 %) hat sich an diesem hohen Anteil weiblicher Beschäftigter nichts geändert.

Erstmals wurden 2013 im Rahmen der Erhebung der Pflegestatistik²⁵ auch Daten zur Altersstruktur der Beschäftigten in der Altenpflege ermittelt. Daher beziehen sich die Darstellungen für 2013 auf diese ermittelten Daten. Durch Verwendung anderer Erhebungskategorien in der sogenannten Gesundheitspersonalberechnung konnte ein direkter Vergleich zur Entwicklung der Altersgruppen der Beschäftigten nicht vorgenommen werden.

²⁵ Statistisches Bundesamt: Pflegestatistik 2013



Rund 16% der Beschäftigten in ambulanten Pflegediensten war 2013 unter 30 Jahre alt. Zwischen 30 und 49 Jahren alt war knapp die Hälfte (49%) des Personals, und mehr als jeder Dritte (36%) war 50 Jahre und älter.

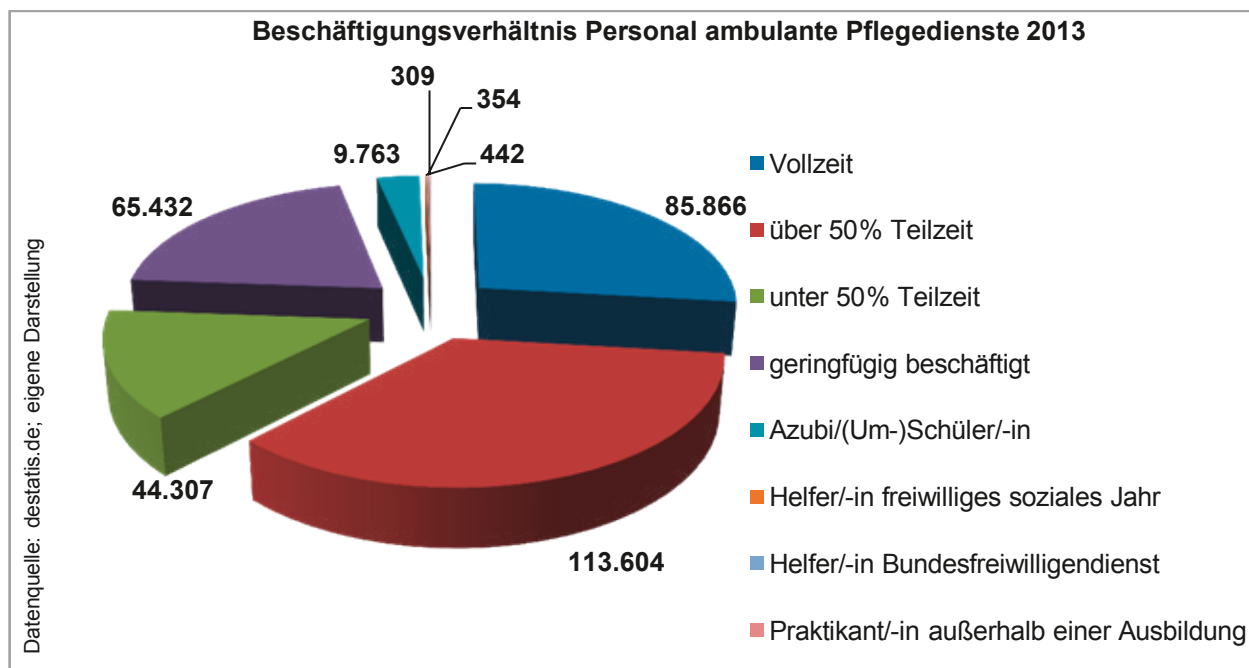
Legt man einer vergleichenden Betrachtung die Daten zur Altersstruktur der Beschäftigten in ambulanten Pflegediensten der Gesundheitspersonalberechnung (GPR)²⁶ der Jahre 2007 und 2011 zugrunde, wird ersichtlich, dass der Anteil (am Gesamt der Beschäftigten in ambulanten Diensten) über 50-jähriger Beschäftigter in ambulanten Diensten 2011 28,9% betrug und damit im Vergleich zu 2007 um +5,1% gestiegen ist.

2011 waren rund 84.000 Beschäftigte in ambulanten Diensten über 50 Jahre alt – im Vergleich zu 2007 war dies ein Anstieg um +50% (+28.000 Beschäftigte dieser Altersgruppe).

4.4.2 Beschäftigte in Pflegediensten nach Beschäftigungsverhältnis

2013 war die Mehrheit (rund 70%) des Personals ambulanter Pflegedienste (insgesamt 320.077 Personen) teilzeitbeschäftigt, und 27% des Personals arbeitete in Vollzeit.

²⁶ Datenquelle: Gesundheitsberichterstattung des Bundes: <http://www.gbe-bund.de>



Auszubildende sowie (Um-)Schüler/-innen stellten 3% des Personals.

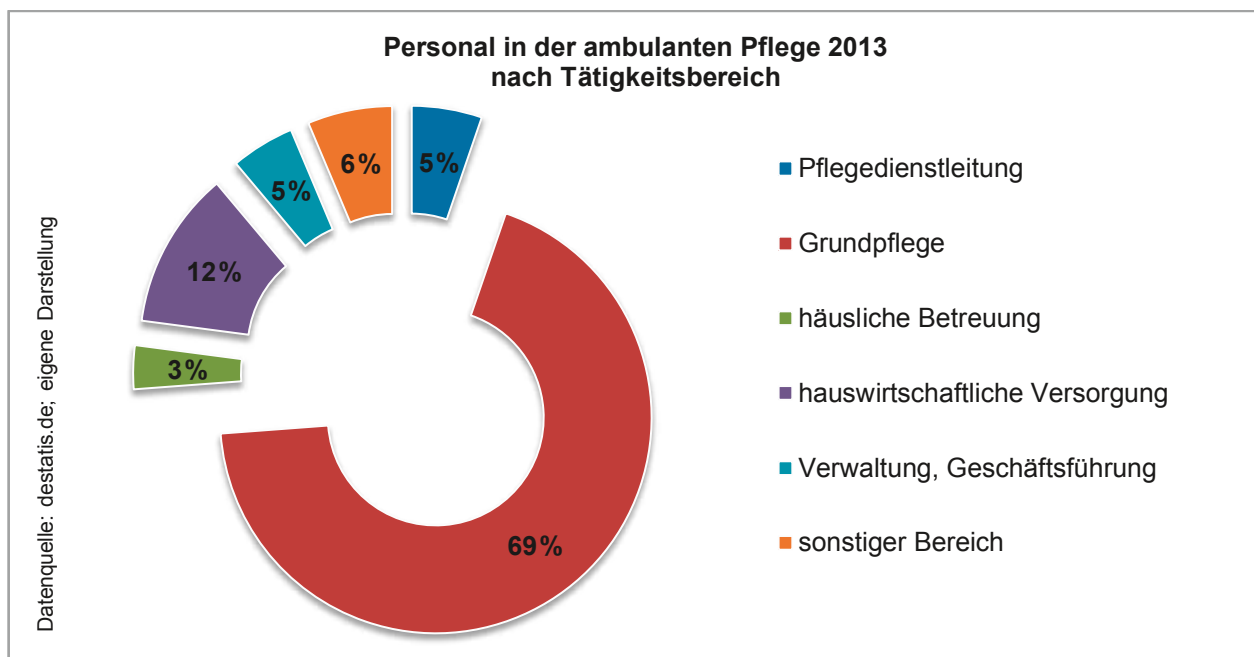
Rund 800 Beschäftigte in den ambulanten Pflegediensten waren Helfer/-innen im Bundesfreiwilligendienst sowie im freiwilligen sozialen Jahr. Zudem gab es 300 Praktikanten/-innen außerhalb einer Ausbildung.

Im Vergleich zu 2007 sind diese prozentualen Anteile (im Verhältnis zum jeweiligen Gesamt) nach Beschäftigungsverhältnis nahezu gleich geblieben.

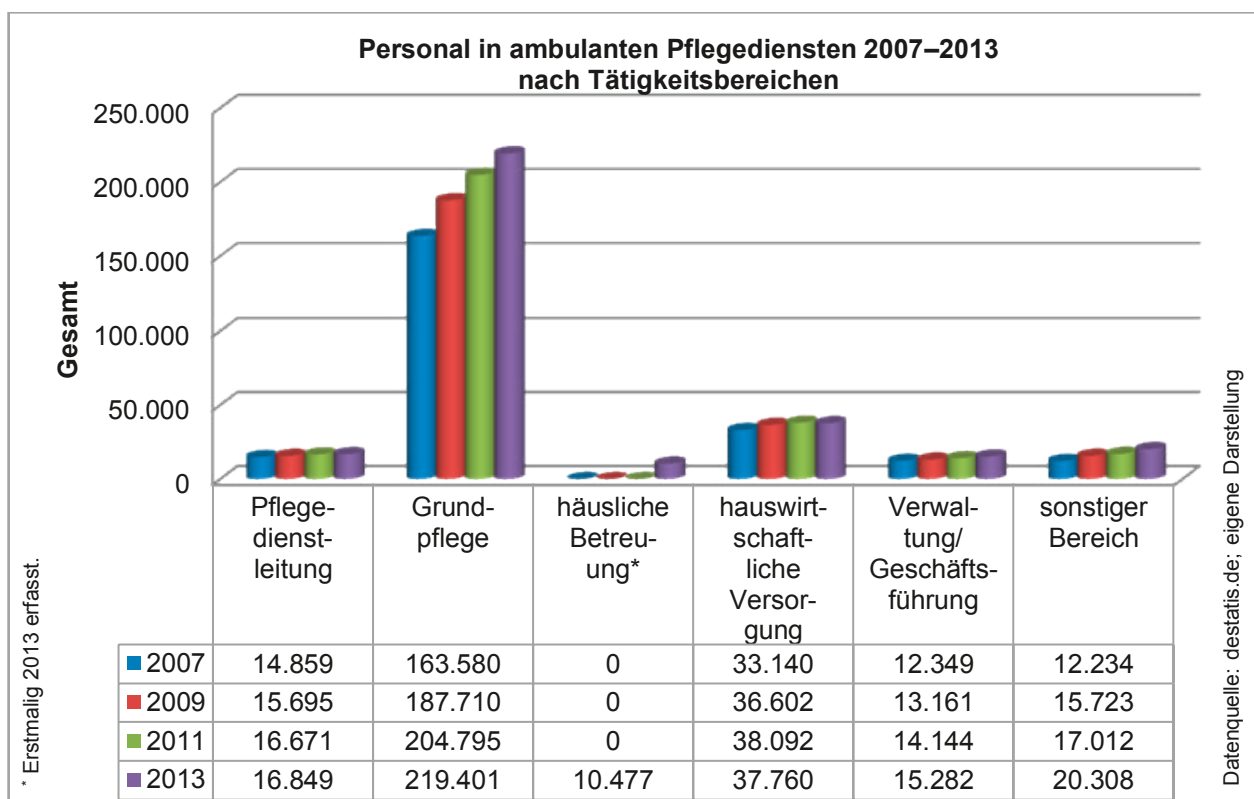
Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten in ambulanten Pflegediensten stieg zwischen 2007 und 2013 um +37,6% (23.461 Personen), das Personal in den unterschiedlichen Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen stieg um +33,4% (55.869 Personen), und die Gruppe der Auszubildenden und (Um-)Schüler/-innen vergrößerte sich um +182% (6.301 Personen).

4.4.3 Beschäftigte in Pflegediensten nach Tätigkeitsbereich

Von den insgesamt 320.077 in ambulanten Pflegediensten Beschäftigten arbeitete die Mehrheit (rund 69%) in der Grundpflege. Als Pflegedienstleitung waren 5% der Beschäftigten tätig. Ein Achtel (12%) des Personals war im Bereich der hauswirtschaftlichen Versorgung und jeder zwanzigste Beschäftigte (5%) in ambulanten Pflegediensten war für die Verwaltung oder Geschäftsführung tätig. Überwiegend häusliche Betreuung erbrachten 3% der Beschäftigten.

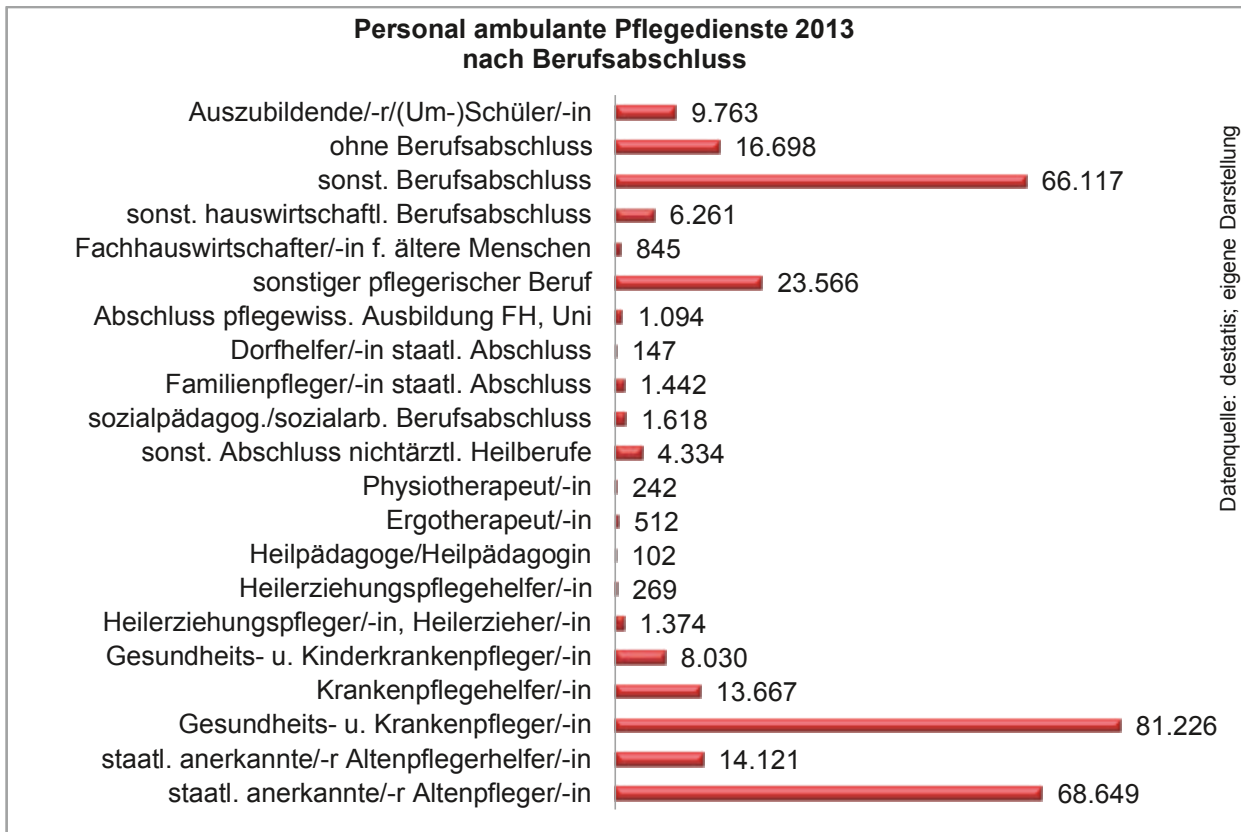


Im Vergleich zu 2007 hat sich in Relation zur jeweiligen Gesamtzahl der Beschäftigten der prozentuale Anteil der im Bereich der Pflegedienstleitung Tätigen um -1% reduziert, auch der Anteil der in der Grundpflege Beschäftigten hat sich mit 69,3% 2007 um -0,8% verringert.



Zwischen 2007 und 2013 stieg die Anzahl der Beschäftigten im Bereich der Grundpflege um +34,1%, in der Pflegedienstleitung um +13,4%. Das Personal in der hauswirtschaftlichen Versorgung nahm um +13,9% zu, die Zahl der im Bereich Verwaltung oder Geschäftsführung Tätigen erweiterte sich um +23,8%, und die Beschäftigten, die in sonstigen Bereichen tätig waren, nahmen um rund 66% zu.

4.4.4 Beschäftigte in Pflegediensten nach Berufsabschluss



2013 besaßen 25,4% der Beschäftigten in den ambulanten Pflegediensten einen Berufsabschluss als Gesundheits- und Krankenpfleger/-in, 21,5% als staatlich anerkannte/-r Altenpfleger/-in, 20,7% hatten einen sonstigen Berufsabschluss, 7,4% besaßen eine sonstige pflegerische Berufsausbildung, 5,2% hatten keinen Berufsabschluss, 4,4% waren staatlich anerkannte Altenpflegehelfer/-in, 3% waren Auszubildende und (Um-)Schüler/-innen und 0,4% besaßen einen Abschluss einer pflegewissenschaftlichen Ausbildung an einer Fachhochschule oder Universität.

Personal in ambulanten Pflegediensten nach Berufsabschluss 2007–2013			
Berufsbildungsabschluss	2007 Anzahl	2013 Anzahl	Veränderung in %
staatl. anerkannter/-r Altenpfleger/-in	44.975	68.649	+52,6
staatl. anerkannte/-r Altenpflegehelfer/-in	6.077	14.121	+132,4
Gesundheits- u. Krankenpfleger/-in	78.184	81.226	+3,9
Krankenpflegehelfer/-in	10.182	13.667	+34,2
Gesundheits- u. Kinderkrankenpfleger/-in	7.295	8.030	+10,1
Heilerziehungspfleger/-in, Heilerzieher/-in	859	1.374	+60
Heilerziehungspflegehelfer/-in	199	269	+35,2
Heilpädagogin/Heilpädagoge	102	102	+/- 0
Ergotherapeut/-in	297	512	+72,4
Physiotherapeut/-in	431	242	-43,9
sonstiger Abschluss im Bereich nichtärztl. Heilberufe	2.835	4.334	+52,9
sozialpädagog./sozialarbeiterischer Berufsabschluss	1.535	1.618	+5,4
Familienpfleger/-in mit staatl. Abschluss	1.480	1.442	-2,6
Dorfhelfer/-in mit staatl. Abschluss	201	147	-26,9
Abschluss pflegewiss. Ausbildung FH od. Uni	1.944	1.094	-43,7
sonstiger pflegerischer Beruf	17.043	23.566	+38,3
Fachhauswirtschaftler/-in f. ältere Menschen	1.451	845	-41,8
sonstiger hauswirtschaftl. Berufsabschluss	9.094	6.261	-31,2
sonstiger Berufsabschluss	36.966	66.117	+78,9
ohne Berufsabschluss	X*	16.698	X*
Auszubildende/-r, (Um-)Schüler/-in	X*	9.763	X*
Datenquelle: destatis; eigene Berechnung u. Darstellung			
* 2007 wurden Daten zusammengefasst in der Kategorie „ohne Berufsabschluss/noch in Ausbildung“ erhoben, sodass kein eindeutiger Vergleichswert ermittelt werden konnte.			

Im Vergleich zu den Daten 2007 zeigt sich, dass insbesondere die Zahl der Beschäftigten in ambulanten Pflegediensten mit einem sonstigen Berufsabschluss deutlich, um +78,9%, zugenommen hat. Beschäftigte mit einem Abschluss als staatlich anerkannte/-r Altenpfleger/-in haben um +52,5% zugenommen, und auch die Beschäftigtenzahlen derjenigen, die sonstige Abschlüsse in nichtärztlichen Heilberufen vorweisen konnten, erhöhten sich um +52,9%.

Dagegen nahm das Personal mit einer pflegewissenschaftlichen Ausbildung einer Fachhochschule oder Universität um -43,7% ab. Ebenso sind die Beschäftigtenzahlen mit Berufsabschlüssen als Fachhauswirtschaftler/-in für ältere Menschen (-41,8%) oder mit sonstigen hauswirtschaftlichen Berufsabschlüssen (-31,2%) rückgängig.

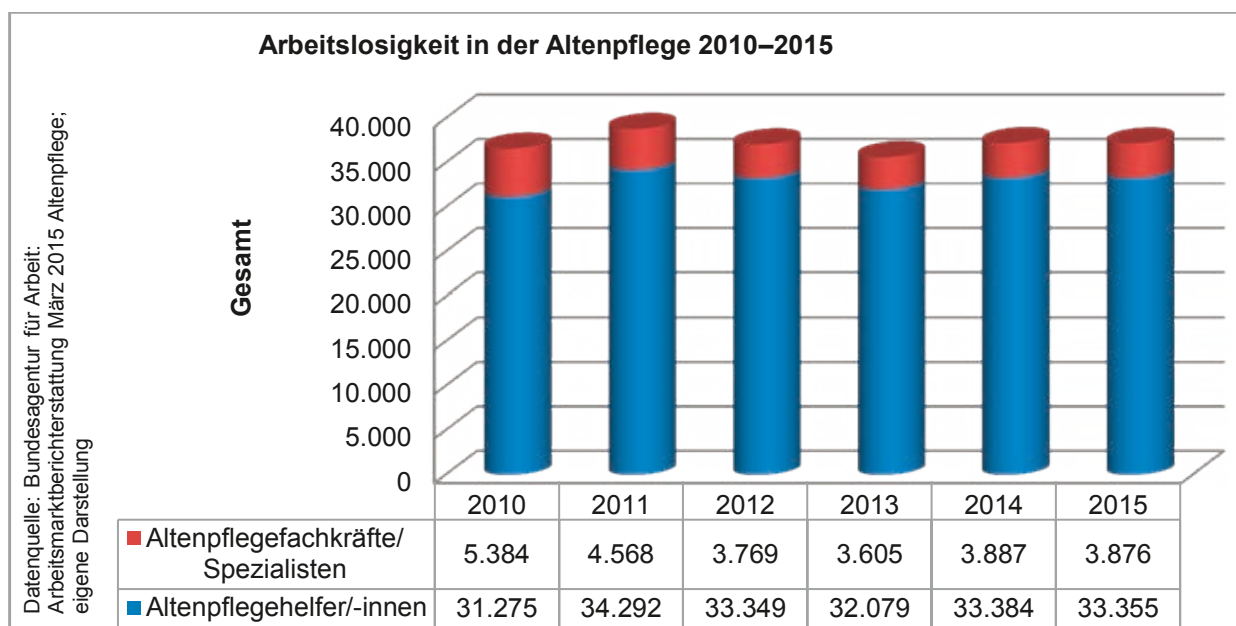
Veränderungen hinsichtlich derjenigen Beschäftigten, die ohne Berufsabschluss waren oder sich in der Ausbildung oder Umschulung befanden, konnten nicht eindeutig berechnet werden, da sich im Beobachtungszeitraum die Erhebungskategorien des Statistischen Bundesamtes geändert haben.

4.5 Arbeitslosigkeit in der Altenpflege

Im März 2015 waren in Deutschland 37.231 Altenpflegekräfte arbeitslos gemeldet. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein Rückgang um -1,5% (-560 Personen), und auch gegenüber dem Vergleichszeitraum 2010 ist dies ein Rückgang von -1,5% (-572 Personen).

Bei der Mehrheit der im März 2015 arbeitslos gemeldeten Altenpflegekräfte (in neun von zehn Fällen) handelte es sich um Altenpflegehelfer/-innen (33.355 Arbeitslose).

Lediglich jede/-r zehnte Arbeitslose in diesem Berufsfeld ist examinierte Fachkraft (3.876 Arbeitslose).²⁷



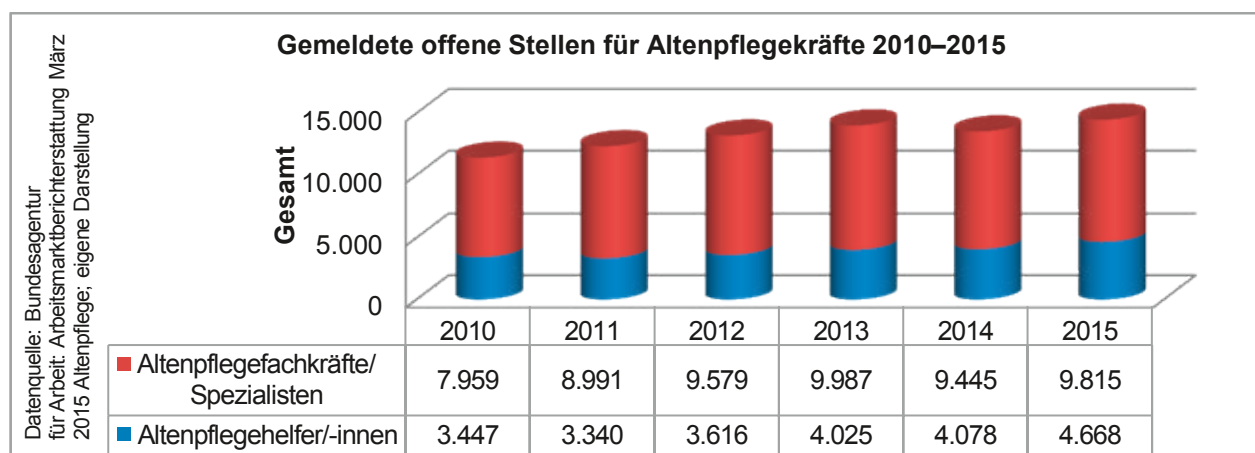
²⁷ Bundesagentur für Arbeit (BA): Der Arbeitsmarkt in Deutschland – Altenpflege. Arbeitsmarktberichterstattung März 2015: 6

Die Zahl arbeitslos gemeldeter Altenpflegefachkräfte ist zwischen 2010 und 2014 um -28 % (-1.508 Personen) zurückgegangen.

Dagegen stieg im gleichen Zeitraum die Zahl arbeitslos gemeldeter Altenpflegehelfer/-innen um +6,7 % (+2.080 Personen).

Im März 2015 waren der Bundesagentur für Arbeit 14.483 offene Stellen für Arbeitskräfte in der Altenpflege gemeldet. Dabei wird offensichtlich, dass sich die Nachfragestruktur deutlich von der Qualifikationsstruktur der Arbeitslosen unterscheidet. Während es für examinierte Altenpflegefachkräfte mehr offene Stellen als Arbeitslose gibt, liegt die Zahl der arbeitslosen Altenpflegehelfer/-innen deutlich über der Zahl der gemeldeten offenen Stellen für diese Beschäftigtengruppe.

Etwa zwei Drittel der gemeldeten Stellen richten sich an examinierte Altenpflegefachkräfte (9.815 Stellen), und lediglich ein Drittel sind Stellen (4.668) für Altenpflegehelfer/-innen.²⁸



Im März 2015 wurden +7 % (+960 Stellen) mehr offene Stellen für Altenpflegekräfte insgesamt gemeldet als im Vorjahreszeitraum und rund +27 % (+ 3.077 Stellen) mehr als im März 2010.

Differenziert betrachtet zeigt sich zwischen März 2015 und März 2014 für examinierte Altenpflegefachkräfte ein Zuwachs an offenen Stellen um +3,9 % (+370 Stellen) und im Vergleich zu März 2010 um +23,3 % (+1.856 Stellen).

Auch für Altenpflegehelfer/-innen ist ein Zuwachs an offenen Stellen festzustellen – im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um +14,5 % (+590 Stellen) und im Vergleich zum März 2010 um +35,4 % (+1.221 Stellen).

²⁸ Bundesagentur für Arbeit (BA): Der Arbeitsmarkt in Deutschland – Altenpflege. Arbeitsmarktberichterstattung März 2015: 7

5 Ausbildungssituation

Nach der Veröffentlichung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) kommt mit einem Anteil von nahezu 66% aller Schüler/-innen den drei Pflegeberufen „Gesundheits- und Krankenpflege“, „Gesundheits- und Kinderkrankenpflege“ sowie „Altenpflege“ (hier bezogen auf das Schuljahr 2011/2012) die größte Bedeutung im Bereich der Gesundheitsfachberufe zu.

Von den Gesundheitsfachberufen ist die Altenpflegeausbildung die einzige, die in drei Schularten angeboten wird. Mehr als die Hälfte der Schüler/-innen wird in Berufsfachschulen und 7% in Fachschulen unterrichtet. Die verbleibenden Schüler/-innen werden an Schulen des Gesundheitswesens ausgebildet.²⁹

5.1 Entwicklung der Schüler/-innen-Zahlen in der Altenpflege

Für die bundesrechtlich geregelten Gesundheitsfachberufe liegt bis heute keine vollständige Datenbasis vor. Einige Länder halten keine Statistik vor, andere übermitteln keine oder nicht vollständige Daten.

Daher handelt es sich bei den Ausbildungsstatistiken häufig um unvollständige oder ungenaue Darstellungen, da mit Schätzwerten gearbeitet werden muss.³⁰

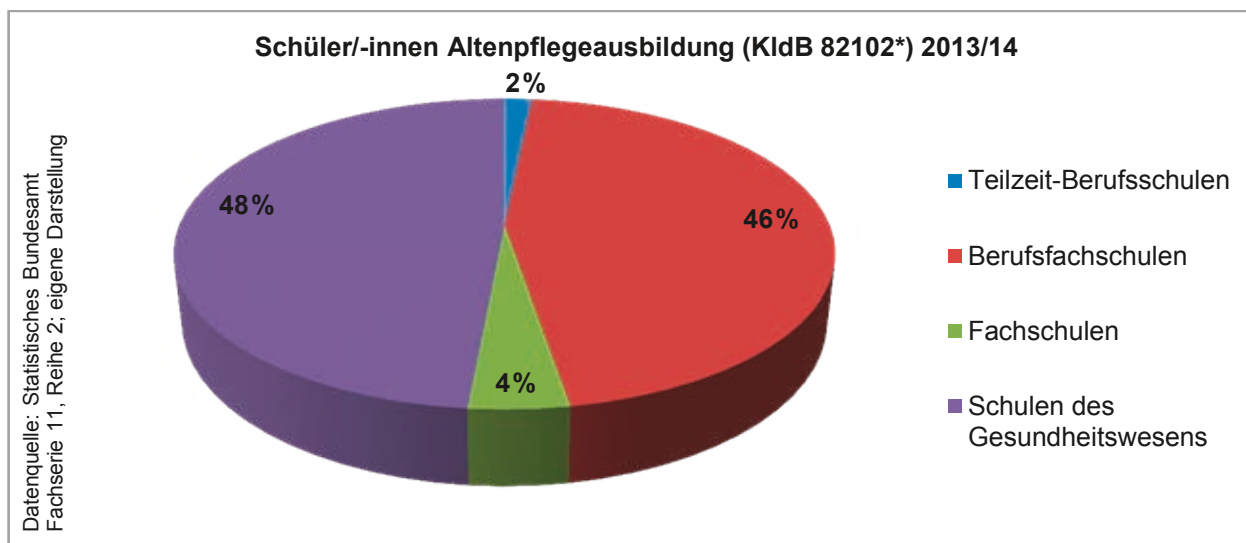
Die nachfolgenden Berechnungen und Darstellungen beruhen auf den Daten des Statistischen Bundesamtes, Fachserie 11, Reihe 2, und betrachten ausschließlich die Schüler/-innen-Zahlen in der Ausbildung zur Altenpflegerin/zum Altenpfleger (82102: nach der Klassifikation der Berufe 2010 KldB).

Insgesamt waren in den unterschiedlichen Ausbildungsstätten im Schuljahr 2013/14 62.355 Schüler/-innen in der Ausbildung zur Altenpflegerin/zum Altenpfleger nach der Klassifikation der Berufe 2010 (82102)³¹.

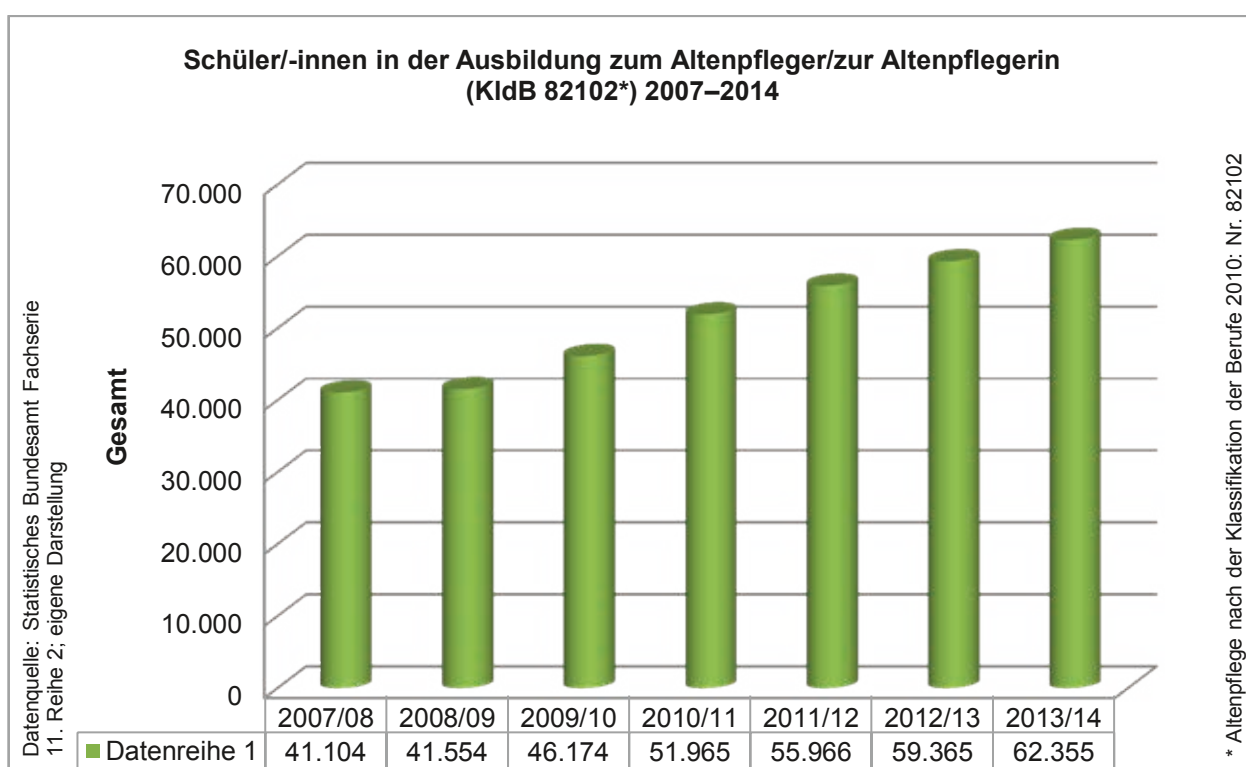
²⁹ BIBB/ Zöllner 2014: 15

³⁰ Vgl. hierzu auch BMFSFJ 2015: Zwischenbericht zur Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege: 7. Teilweise sind Werte über Ausbildungseintritte aus den einzelnen Ländern nicht enthalten, oder Länder übermitteln Zahlen bzgl. der Ausbildungseintritte in die Altenpflegeausbildung, in welchen auch die Altenpflegehelferausbildung mitgezählt werden. Ebenso werden Ausbildungseintritte, die aufgrund einer verkürzten Fachkraftausbildung mit dem Einstieg in das 2. Schuljahr beginnen, in den Schulstatistiken bereits systematisch nicht als Ausbildungseintritt erfasst.

³¹ Die sogenannte „Klassifikation der Berufe 2010“ (KldB 2010) wurde von der Bundesagentur für Arbeit entwickelt und ist seit dem 1. Januar 2011 gültig. Es handelt sich um eine vollständige Neuentwicklung, um die aktuelle Berufslandschaft in Deutschland realitätsnah abzubilden, veränderte Berufsstrukturen besser als zuvor darzustellen und um eine möglichst hohe Kompatibilität zur internationalen Berufsklassifikation und damit auch eine hohe Vergleichbarkeit von Berufsinformationen sicherzustellen. Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Die Altenpflege besitzt in dieser Klassifikation die Nummer 82102



48% absolvierten ihre Ausbildung an Schulen des Gesundheitswesens, 46% an Berufsfachschulen, 4% an Fachschulen und 2% an Teilzeit-Berufsschulen.

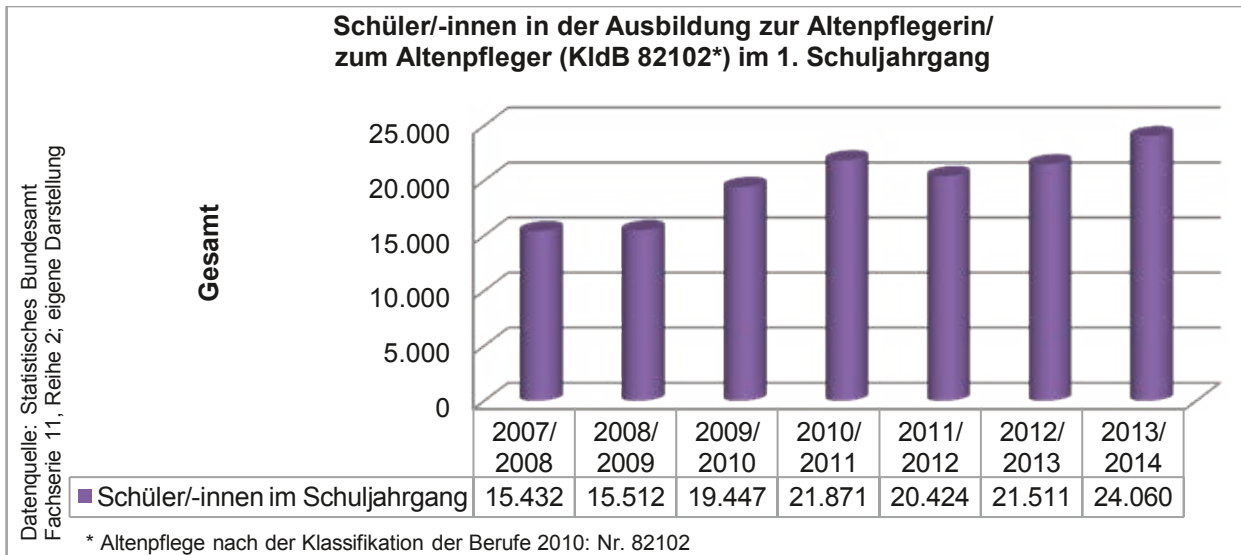


Betrachtet man die Entwicklung der Schüler/-innen-Zahlen im Ausbildungsgang zur Altenpflegerin/zum Altenpfleger zwischen den Schuljahren 2007/08 und 2013/14 wird ersichtlich, dass diese stetig zugenommen haben.

Im Schuljahr 2013/14 waren +5% mehr Schüler/-innen gemeldet als im Vorjahreszeitraum und +51,7% mehr als im Schuljahr 2007/08.

5.1.1 Schüler/-innen in der Ausbildung zur Altenpflegerin/ zum Altenpfleger nach Schuleintritt

Zum Schuljahr 2013/14 traten 24.060 Schüler/-innen ihre Ausbildung zur Altenpflegerin/zum Altenpfleger an.³² Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum war dies ein Zuwachs von +11,8% (+ 2.549 Schüler/-innen) und im Vergleich zum Schuljahr 2007/08 +55,9% (+ 8.628 Schüler/-innen) mehr.



5.1.2 Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege

Unter Federführung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und Beteiligung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, des Bundesministeriums für Gesundheit sowie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung hat die Bundesregierung zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in der Altenpflege 2012 die „Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege“³³ ins Leben gerufen. Gemeinsam mit Verantwortlichen von Bund, Ländern und Verbänden hat man sich zum Ziel gesetzt, die Aus- und Weiterbildung in der Altenpflege zu stärken und die Attraktivität des Beschäftigungsfeldes der Altenpflege zu steigern.

Vor dem Hintergrund der demografischen Effekte wie des bestehenden Fachkräftemangels in der Altenpflege sowie sinkender Ausbildungszahlen bei gleichzeitigem Anstieg der Zahl an Pflegebedürftigen haben die Partner der „Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive in der Altenpflege“ im Dezember

³² Vgl. BMFSFJ 2015: Zwischenbericht zur Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege: Teilweise sind Werte über Ausbildungseintritte aus den einzelnen Ländern nicht enthalten, oder Länder übermitteln Zahlen bzgl. der Ausbildungseintritte in die Altenpflegeausbildung, in welchen auch die Altenpflegehelferausbildung mitgezählt werden. Ebenso werden Ausbildungseintritte, die aufgrund einer verkürzten Fachkraftausbildung mit dem Einstieg in das 2. Schuljahr beginnen, in den Schulstatistiken bereits systematisch nicht als Ausbildungseintritt erfasst.

³³ Weiterführende Informationen: <http://www.altenpflegeausbildung.net>

2012 vereinbart, dass, beginnend ab dem Schuljahr 2012/13 eine jährliche stufenweise Steigerung der Eintritte in die Altenpflegeausbildung (Erstausbildungen sowie Weiterbildungen) von 10% erreicht werden soll.³⁴

Nach Berechnungen im Rahmen des soeben erschienenen Zwischenberichts der Offensive erfolgten bundesweit im Schuljahr 2012/13 23.418 Eintritte in eine (verkürzte) Altenpflegeausbildung. Bereits im Schuljahr 2013/14 wurden bundesweit 26.740 Eintritte³⁵ in eine (verkürzte) Altenpflegeausbildung registriert und damit eine Steigerung um rund +13,9% gegenüber dem Referenzschuljahr 2010/11 und eine Steigerung von +14,2% gegenüber dem Schuljahr 2012/13 erreicht.³⁶

Damit wurde die vereinbarte Steigerungsrate von +10% im Schuljahr 2013/14 bereits übertroffen.

Einige Länder hatten bereits im vorangegangenen Schuljahr deutlich gestiegene Ausbildungseintritte in die Altenpflegeausbildung zu verzeichnen. In Nordrhein-Westfalen wurden rund +20% mehr Eintritte als im Schuljahr 2010/11 verzeichnet, in Hamburg stiegen die Eintritte in diesem Zeitraum um +18%, in Brandenburg und Hessen um +14% und im Saarland sogar um 42% .

In Nordrhein-Westfalen und im Saarland ist die Steigerung im Wesentlichen auf die Einführung eines Umlageverfahrens zur Finanzierung der Ausbildungsvergütung zurückzuführen.³⁷

Der Zwischenbericht der Offensive verdeutlicht in diesem Zusammenhang die besondere Rolle, welche der Kostenfreiheit für die Attraktivität einer Altenpflegeausbildung zukommt. Wird an öffentlichen Schulen der schulische Teil der Ausbildung immer kostenfrei angeboten, übernehmen einige Länder die Kosten für die Ausbildung an privaten Altenpflegesschulen ganz oder teilweise. In insgesamt neun Bundesländern besteht mittlerweile Schulgeldfreiheit.³⁸

³⁴ BMFSFJ 2015: Zwischenbericht zur Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege: 7

³⁵ Auch hier weichen die Zahlen von denen des Statistischen Bundesamtes (Fachserie 11, Reihe 2, Schüler/-innen in Sozial- und Gesundheitsberufen) ab, da teilweise Ausbildungseintritte aus einzelnen Ländern nicht gemeldet wurden oder Ausbildungseintritte in eine verkürzte Ausbildung zum 2. Schuljahr nicht als Ausbildungseintritt erfasst wurden oder teilweise auch Eintritte in eine Altenpflegehelferausbildung mitgezählt wurden.

³⁶ BMFSFJ 2015: Zwischenbericht zur Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege: 7

³⁷ Ebd.: 8

³⁸ Ebd.

Durch die Einführung einer Ausbildungsumlage³⁹ in Nordrhein-Westfalen und im Saarland konnte die Bereitschaft von Pflegeeinrichtungen und ambulanten Pflegediensten, Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, erhöht werden.

Ein solches Umlageverfahren existiert damit mittlerweile in fünf Bundesländern: neben Nordrhein-Westfalen und dem Saarland in Baden-Württemberg, Hamburg und Rheinland-Pfalz. Weitere Bundesländer prüfen derzeit, ob die Einführungsvoraussetzungen für dieses Umlageverfahren vorliegen.⁴⁰

5.2 Auszubildende und (Um-)Schüler/-innen in Pflegeeinrichtungen und ambulanten Pflegediensten

Mit der Pflegestatistik 2013 hat das Statistische Bundesamt eine tiefere Datenerhebung für die Gruppe der Auszubildenden und (Um-)Schüler/-innen vorgenommen. Es werden nun auch Daten hinsichtlich des angestrebten Berufsabschlusses, des Ausbildungsjahres sowie über das Vorliegen einer Umschulung erhoben.

Zudem werden Praktikanten/-innen außerhalb einer Ausbildung erfasst.

Da sich durch dieses neue Erhebungsvorgehen allerdings die verschiedenen Kategorien⁴¹ verändert haben, lassen sich vergleichende Berechnungen und/oder Darstellungen nur bedingt oder gar nicht durchführen.

Die Erhebungskategorien weichen zudem von den Kategorien hinsichtlich der Schüler/-innen-Zahlen in der Ausbildung zur Altenpflegerin/zum Altenpfleger (KIdB 82102) ab (vgl. Kap. 5.1), da in der Pflegestatistik unter anderem auch Auszubildende anderer Gesundheitsfachberufe erfasst werden, sofern sie in Pflegeeinrichtungen und ambulanten Pflegediensten tätig sind, ebenso werden hier auch (Um-)Schüler/-innen mitberücksichtigt.

Insgesamt wurden 2013 in ambulanten Pflegediensten sowie stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen 58.083 Auszubildende und (Um-)Schüler/-innen erfasst. Rund 79% von ihnen waren weiblich. Bei 15% handelte es sich um (Um-)Schüler/-innen.

83% der Auszubildenden waren in einem Pflegeheim tätig, 17% in ambulanten Pflegediensten.

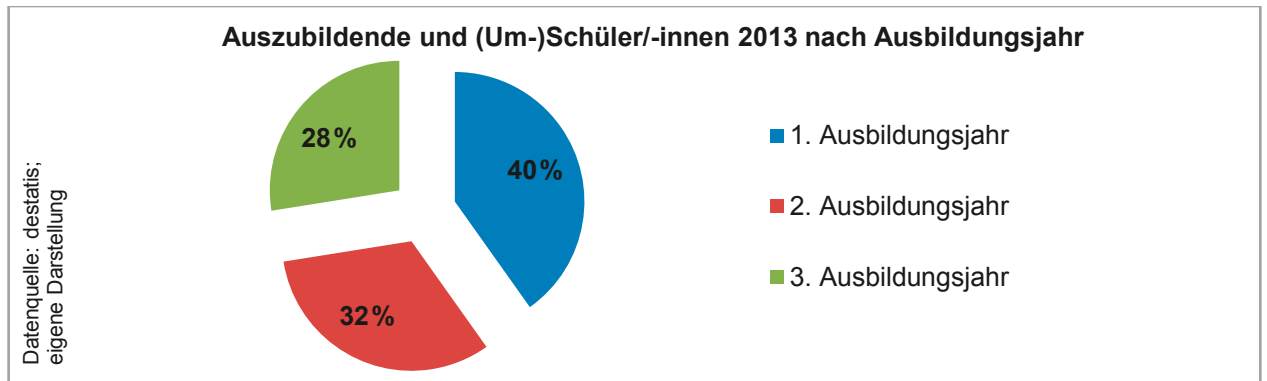
³⁹ „Durch das Umlageverfahren werden alle Pflegeeinrichtungen – auch solche, die selbst nicht ausbilden – an den Kosten für die Ausbildungsvergütungen beteiligt. Die Einführung eines Umlageverfahrens ist an bestimmte gesetzliche Voraussetzungen geknüpft. So fordert § 25 Altenpflegegesetz u. a. den Nachweis eines Mangels an Ausbildungsplätzen.“ BMFSFJ 2015: Zwischenbericht zur Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege: 9

⁴⁰ Ebd.: 10

⁴¹ Beispielsweise wurden auch bisher Auszubildende, Praktikanten/-innen, Schüler/-innen in einer gemeinsamen Kategorie erfasst.

5.2.1 Auszubildende nach Ausbildungsjahr und angestrebtem Berufsabschluss

Von den 58.083 Auszubildenden insgesamt befanden sich 2013 40 % (23.330 Personen) im ersten Ausbildungsjahr, 32 % (18.770 Personen) im zweiten und 28 % (15.983 Personen) im dritten Ausbildungsjahr.



Befragt nach dem angestrebten Berufsabschluss, zeigte sich, dass die überwiegende Mehrheit von 81 % 2013 den Berufsabschluss des staatlich anerkannten Altenpflegers beziehungsweise der staatlich anerkannten Altenpflegerin anstrebt. 7 % der Auszubildenden und (Um-)Schüler/-innen strebten den Abschluss „staatlich anerkannte/-r Altenpflegehelfer/-in“ an und 0,7 % den Abschluss „Gesundheits- und Krankenpfleger/-in“.

Die übrigen angestrebten Berufsabschlüsse reichen vom Abschluss in sonstigen pflegerischen Berufen (0,4 %) über „Heilpädagoge/Heilpädagogin“ (0,1 %) bis hin zu einem „sonstigen hauswirtschaftlichen Berufsabschluss“ (1,8 %) oder einem „sonstigen Berufsabschluss“ (5 %).

94 % aller Auszubildenden und (Um-)Schüler/-innen waren überwiegend im Tätigkeitsbereich der „Pflege und Betreuung“ beziehungsweise der „Grundpflege“ tätig.

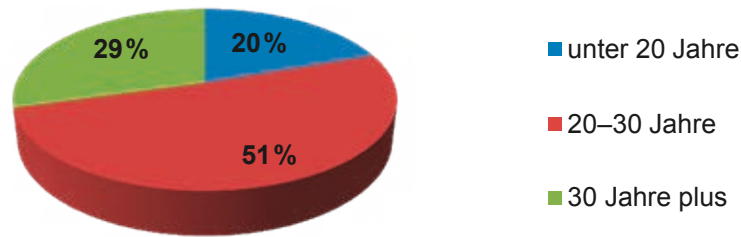
5.2.2 Auszubildende nach Alter

2013 war etwas über die Hälfte aller Auszubildenden und (Um-)Schüler/-innen zwischen 20 und 30 Jahre alt. 29 % waren 30 Jahre und älter, und 20 % waren unter 20 Jahre alt.

In den ambulanten Pflegediensten absolvierten 21 % ihre Ausbildung im Rahmen einer Umschulung, in Pflegeeinrichtungen waren dies 14 % – dies ist eine Ursache für die relativ hohe Altersstruktur der Auszubildenden und (Um-)Schüler/-innen.⁴²

⁴² Vgl. hierzu Statistisches Bundesamt (destatis): Pflegestatistik 2013: 11;19

Auszubildende und (Um-)Schüler/-innen 2013 nach Altersgruppen



Da die Erhebung der Altersstruktur der Auszubildenden und (Um-)Schüler/-innen in dieser Form erstmals mit der Pflegestatistik 2013 erfolgte, waren vergleichende Darstellungen nicht möglich.

5.3 Umschulungen

Mittlerweile werden, auch dies war eine wesentliche Zielvereinbarung der „*Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege*“, dreijährige Umschulungen⁴³ zur Altenpflegerin/zum Altenpfleger, die zwischen dem 01.04.2013 und dem 31.03.2016 begonnen haben beziehungsweise beginnen, wieder durch die Arbeitsagenturen und die Jobcenter gefördert.⁴⁴

Durch das am 19.03.2013 in Kraft getretene Gesetz zur Stärkung der beruflichen Aus- und Weiterbildung wurden gleichzeitig die Möglichkeiten zur Verkürzung der Ausbildungszeit ausgeweitet.

2012 wurden rund 3.950 Umschulungseintritte von den Arbeitsagenturen und den Jobcentern gefördert. 2013 hat sich die Zahl dieser Eintritte fast verdoppelt: auf 7.390 Umschulungen.⁴⁵

Im Rahmen des Programms WeGebAU der Bundesagentur für Arbeit (BA)⁴⁶ können Personen, die von ihren Arbeitgebern für die Qualifizierungsdauer unter Arbeitsentgelt-Fortzahlung freigestellt werden und damit an einer berufsbegleitenden Fachkraftausbildung teilnehmen, finanziell unterstützt werden. Beispielsweise werden die Lehrgangskosten ganz oder teilweise erstattet oder Zuschüsse zu den zusätzlich entstehenden Weiterbildungskosten, wie zum Beispiel Fahrkosten, gewährt.⁴⁷

Allein für das Jahr 2013 wurden über das Programm WeGebAU 2.660 berufsbegleitende Altenpflegeausbildungen gefördert.

⁴³ Zwischen 2011 und 2012 konnten Umschulungen zur Altenpflegerin/zum Altenpfleger nur zweijährig gefördert werden.

⁴⁴ BMFSFJ 2015: Zwischenbericht zur Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege: 8

⁴⁵ BMFSFJ 2015: Zwischenbericht zur Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege: 8

⁴⁶ Weiterführende Informationen:

<http://www.arbeitsagentur.de/web/content/DE/BuergerinnenUndBuerger/Weiterbildung/Foerdermoeglichkeiten/Beschaeftigtenfoerderung/index.htm>

⁴⁷ Ebd.: 9

6 BGW-Daten

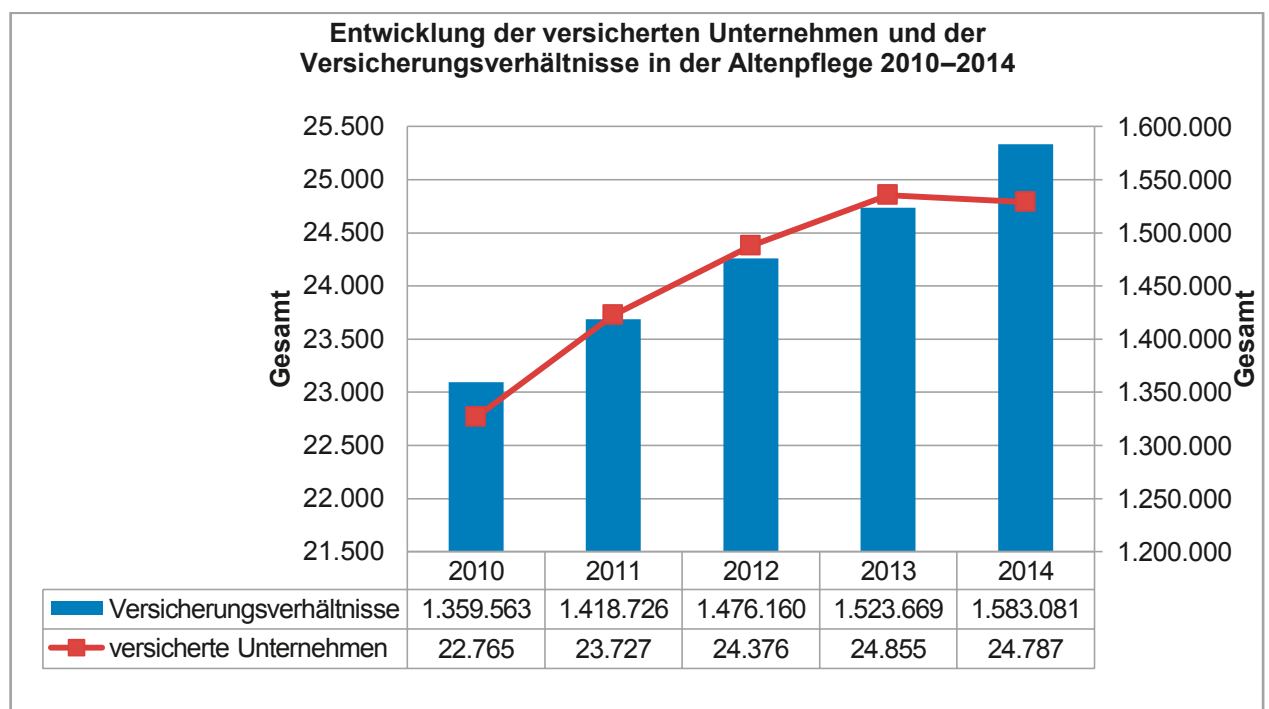
Die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) ist die gesetzliche Unfallversicherungsträgerin für die privaten und gemeinnützigen Einrichtungen in der Altenpflege in Deutschland.

In diesem Kapitel wird die Entwicklung der Arbeits- und Wegeunfälle sowie der Berufskrankheiten dargestellt. Es handelt sich um die Fälle, die im Zeitraum zwischen 2010 und 2014 aus der Altenpflege an die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) gemeldet wurden.

6.1 Trends und Entwicklungen 2010–2014

2014 waren bei der BGW in der Altenpflege 24.787 Unternehmen mit insgesamt 1.583.081 Versicherungsverhältnissen gemeldet. Es ist zu beachten, dass die Definition der „Versicherungsverhältnisse“* nicht mit der Definition "Beschäftigte" vergleichbar ist.

Gegenüber 2010 hat die Zahl der Unternehmen um 9% zugenommen und die Zahl der Versicherungsverhältnisse um 16%.



* Eine weiterführende Erklärung findet sich im Glossar

Die Einrichtungen in der Altenpflege lassen sich in vier Tätigkeitsbereiche untergliedern:

1. Pflege- und Krankenhäuser einschließlich stationärer Hospize
2. Altenwohnheime und Altenwohnungen
3. Tageseinrichtungen für Senioren
4. Ambulant-pflegerische Dienste einschließlich ambulanter Hospize

Aus Pflege- und Krankenhäusern stammen 57% der Versicherungsverhältnisse, aus ambulant-pflegerischen Diensten 37% und aus Altenwohnheimen und Tageseinrichtungen für Senioren 4% beziehungsweise 2%. Für Unfälle und Berufskrankheiten zeigt sich eine ähnliche Verteilung (rund 60% der Meldungen stammen aus Einrichtungen der stationären Pflege, etwa 34% aus Einrichtungen der ambulant-pflegerischen Dienste und 4% beziehungsweise 2% aus Altenwohnheimen oder Tageseinrichtungen für Senioren).

6.2 Unfall- und Berufskrankheitengeschehen in der Altenpflege

In der nachfolgenden Tabelle ist die Entwicklung der Arbeits- und Wegeunfälle⁴⁹ sowie der Berufskrankheiten⁵⁰ in der Altenpflege zwischen 2010 und 2014 im Vergleich mit den Daten aller bei der BGW versicherten Unternehmen dargestellt.

Tätigkeitsbereiche in der Altenpflege mit den im Jahr 2014 gemeldeten Versicherungsverhältnissen, Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten (meldepflichtige Fälle)				
Tätigkeitsbereiche	Versicherungs- verhältnisse	Arbeitsunfälle	Wegeunfälle	Verdachtsanzeigen auf Berufskrankheiten
Pflege- und Krankenhäuser einschließlich stationärer Hospize	904.437	11.867	3.933	2.065
Altenwohnheime und Altenwohnungen	67.093	840	257	143
Tageseinrichtungen für Senioren	31.799	314	113	61
ambulant-pflegerische Dienste einschließlich ambulanter Hospize	579.752	6.769	2.412	1.063
GESAMT	1.583.081	19.790	6.715	3.332

⁴⁹ Eine weiterführende Erklärung findet sich im Glossar.

⁵⁰ Eine weiterführende Erklärung findet sich im Glossar.

Es zeigt sich, dass die Zahl der Arbeitsunfälle in der Altenpflege in den fünf Jahren – absolut betrachtet – um +18,7% zugenommen hat. Vor dem Hintergrund, dass die Zahl der Versicherungsverhältnisse in diesem Sektor im selben Maße zugenommen hat (+16%), relativiert sich dieser Anstieg. Die jährlichen Unfallquoten für Arbeitsunfälle lagen in der Altenpflege in dem Fünfjahreszeitraum relativ konstant bei 22 Fällen je 1.000 Vollarbeiter und bei der BGW insgesamt bei 15 Fällen. Bei Wegeunfällen dagegen reduzierte sich die Quote im Sektor Altenpflege von sieben auf unter fünf Fälle pro 1.000 gewichtete Versicherungsverhältnisse (ein Rückgang um 32,9%). Bei der BGW insgesamt lagen die Quoten für Wegeunfälle niedriger (zwischen vier und fünf Fällen pro 1.000 gewichtete Versicherungsverhältnisse). Bei den Quoten für BK-Verdachtsanzeigen zeigte sich kein Trend über die fünf Jahre: Im Altenpflegebereich kamen knapp vier BK-Anzeigen auf 1.000 Vollarbeiter und bei der BGW insgesamt 2,7.

Meldepflichtige Arbeits- und Wegeunfälle und Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit (BK) in der Altenpflege und im Gesamt der BGW 2010–2014									
		Erfassungsjahr					Veränderung in %		
		2010	2011	2012	2013	2014	von 2010 auf 2014	von 2013 auf 2014	
Altenpflege	Arbeitsunfälle Unfallquote ¹	16.673 22,0	17.351 21,9	17.712 21,5	18.694 21,3	19.790 21,7	+18,7 -1,4	+5,9 -1,9	
BGW	Arbeitsunfälle Unfallquote ¹	64.241 15,7	65.267 15,5	66.210 15,7	66.210 15,3	68.296 15,2	+6,3 -3,2	+3,2 -0,7	
Altenpflege	Wegeunfälle Unfallquote ²	8.460 7,0	7.045 5,5	6.777 5,1	7.399 5,4	6.715 4,7	-20,6 -32,9	-9,2 -13,0	
BGW	Wegeunfälle Unfallquote ²	34.909 5,6	30.218 4,8	28.465 4,3	30.611 4,6	29.209 4,2	-16,3 -25,0	-4,6 -8,7	
Altenpflege	Berufskrankheiten Verdachtsanzeigen BK-Quote ¹	2.968 3,9	2.996 3,8	3.338 4,0	3.137 3,6	3.332 3,7	+12,3 -5,1	+6,2 +2,8	
BGW	Berufskrankheiten Verdachtsanzeigen BK-Quote ¹	10.720 2,6	11.338 2,7	11.624 2,7	12.172 2,7	12.590 2,8	+17,0 +7,4	+3,4 +3,7	
¹ Quote pro 1.000 Vollarbeiter ² Quote pro 1.000 gewichtete Versicherungsverhältnisse									

Für die Auswertung der BGW-Daten wurden einzelne Berufe zusammengefasst. Die Versicherten in der Altenpflege wurden danach unterteilt, ob aufgrund der Tätigkeit ein körperlicher Kontakt zu Bewohnern eher wahrscheinlich oder eher nicht wahrscheinlich ist. Die Berufe, für die ein körperlicher Kontakt zu Bewohnern eher unwahrscheinlich ist, wurden aus den Auswertungen ausgeschlossen. Aus den Berufen, für die aufgrund der Tätigkeit ein körperlicher Kontakt zu Bewohnern eher wahrscheinlich ist, wurden drei Gruppen gebildet:

- Personal mit pflegerischen Tätigkeiten im ambulanten Bereich
- Personal mit pflegerischen Tätigkeiten im stationären Bereich
- anderes Personal mit Bewohnerkontakt

Unter den beiden pflegerisch tätigen Gruppen finden sich Altenpflegekräfte, Krankenschwestern, Krankenpfleger, Pflegehelferinnen und Pflegehelfer. Unter dem Begriff „anderes Personal mit Bewohner- und Bewohnerinnenkontakt (BewKo)“ finden sich Physio- und Ergotherapeuten und -therapeutinnen, Ärztinnen und Ärzte, Psychologen und Psychologinnen und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter. Die vollständige Auflistung der einzelnen Berufe befindet sich im Anhang, Kapitel 7.

6.3 Kurzüberblick

Die Ergebnisse für das Jahr 2014 werden zunächst in einer Übersichtstabelle zusammengefasst.

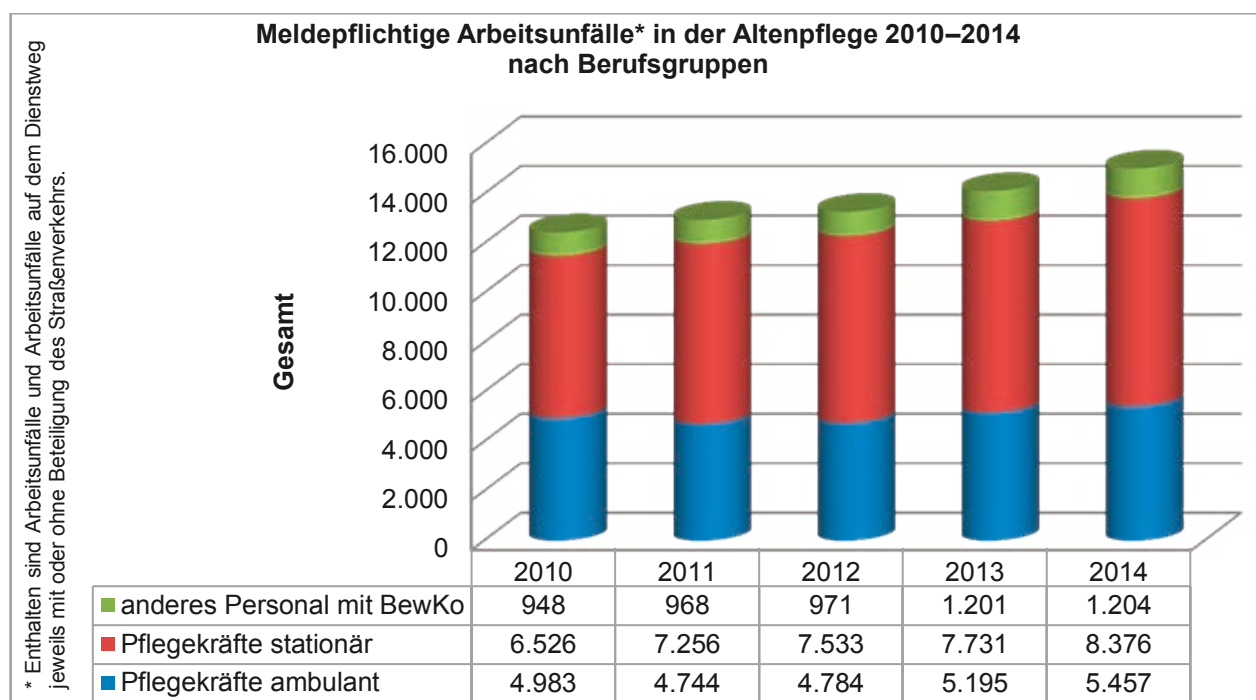
Altenpflege 2014 BGW-Daten einschließlich Veränderungen gegenüber 2013 und 2010			
	Anzahl	Veränderungen zum Vorjahr (2013)	Veränderungen zu 2010
Meldepflichtige Arbeitsunfälle			
Gesamt	15.037	+6,4 %	+20,7 %
Pflegekräfte ambulant	5.457	+5,0 %	+9,5 %
Pflegekräfte stationär	8.376	+8,3 %	+28,3 %
anderes Personal mit BewKo *	1.204	+0,2 %	+27,0 %
Meldepflichtige Wegeunfälle			
Gesamt	5.307	-8,6 %	-20,0 %
Pflegekräfte ambulant	1.866	-10,0 %	-15,1 %
Pflegekräfte stationär	2.909	-9,4 %	-23,3 %
anderes Personal mit BewKo *	532	+1,3 %	-17,3 %
Verdachtsanzeigen auf eine Berufskrankheit			
Gesamt	2.958	+7,8 %	+16,1 %
Pflegekräfte ambulant	957	+7,2 %	+42,0 %
Pflegekräfte stationär	1.857	+7,8 %	+5,2 %
anderes Personal mit BewKo *	144	+13,4 %	+34,6 %
BK-Feststellungsverfahren			
Gesamt	3.208	+6,8 %	+16,2 %
Pflegekräfte ambulant	1.013	+4,0 %	+37,6 %
Pflegekräfte stationär	2.042	+10,7 %	+7,1 %
anderes Personal mit BewKo *	153	+15,0 %	+29,7 %
Leistungsfälle¹			
Pflegekräfte ambulant	26.169	+1,7 %	+22,7 %
Pflegekräfte stationär	44.845	+2,5 %	+14,0 %
anderes Personal mit BewKo *	6.709	+2,3 %	+15,3 %
Entschädigungsleistungen (Euro)			
Gesamt	80.809.769	+4,4 %	+25,4 %
Versicherungsverhältnisse			
Gesamt	1.583.081	+3,9 %	+16,4 %
* Bewohner-/Bewohnerinnenkontakt			
¹ Alle Leistungsfälle (Arbeits- und Wegeunfälle sowie Berufskrankheiten), die in dem jeweiligen Jahr Kosten verursacht haben			

In den anschließenden Abschnitten folgt die differenzierte Darstellung der Unfallstatistik und des Berufskrankheiten-Geschehens für die drei Berufsgruppen über die letzten fünf Jahre. Bei den nachfolgenden Auswertungen handelt es sich um eine deskriptive, das heißt beschreibende Auswertung. Auf Unterschiede zwischen den drei Berufsgruppen wird hingewiesen; ob die Unterschiede statistisch signifikant sind, wird nicht untersucht.

6.4 Arbeitsunfälle

2014 wurden der BGW aus der Altenpflege insgesamt 36.183 Arbeitsunfälle⁵¹ gemeldet. Bei 42% (15.037) von diesen handelte es sich um meldepflichtige Arbeitsunfälle.

Differenziert nach Berufsgruppen zeigt sich, dass 55% der meldepflichtigen Arbeitsunfälle von stationär tätigen Pflegekräften gemeldet wurden, 37% von ambulant tätigen Pflegekräften und 8% von anderem Personal mit BewKo.



Zwischen 2010 und 2014 hat die Zahl der Arbeitsunfälle in allen Berufsgruppen zugenommen: In der Gruppe der Pflegekräfte stationär stieg sie um +28%, in der Gruppe „anderes Personal mit BewKo“ um +27% und für Pflegekräfte ambulant um +9,5%. Bei der Interpretation der absoluten Zahlen ist die im selben Zeitraum ebenfalls gestiegene Zahl der Versicherungsverhältnisse in diesem Sektor (+16%) zu berücksichtigen.

⁵¹ Eine weiterführende Erklärung findet sich im Glossar.

6.4.1 Arbeitsunfälle nach der Dauer der Arbeitsunfähigkeit

Arbeitsunfälle werden nach dem Schweregrad der Verletzung differenziert: schwere, mittelschwere und Bagatellfälle. Für die folgende Darstellung werden ausschließlich Versicherte mit einem schweren oder mittelschweren Arbeitsunfall berücksichtigt, die aufgrund des Unfalls arbeitsunfähig waren und in dem betrachteten Jahr wieder arbeitsfähig geworden sind.

Jeweils etwa 50% der mittelschweren und schweren Arbeitsunfälle entfielen auf die Gruppe der stationär tätigen Pflegekräfte. Auf die Gruppe der ambulant tätigen Pflegekräfte entfielen jeweils etwa 40% der mittelschweren und schweren Arbeitsunfälle.

Mittelschwere und schwere Arbeitsunfälle und Dauer der durchschnittlichen Ausfallzeit (Arbeitsunfähigkeit: AU) Altenpflege 2010–2014 nach Berufsgruppen					
Ende der AU	Berufsgruppe	mittelschwere Arbeitsunfälle¹	Ausfallzeit in Tagen	schwere Arbeitsunfälle¹	Ausfallzeit in Tagen
2010	Pflegekräfte ambulant	2.721	14,8	1.018	76,9
	Pflegekräfte stationär	2.810	14,1	1.024	68,5
	anderes Personal mit BewKo ²	463	14,3	171	80,4
	Gesamt	5.994	14,4	2.213	73,3
2011	Pflegekräfte ambulant	2.675	15,7	850	84,5
	Pflegekräfte stationär	3.259	16,0	1.018	73,8
	anderes Personal mit BewKo	480	13,2	183	64,7
	Gesamt	6.414	15,7	2.051	77,4
2012	Pflegekräfte ambulant	2.668	17,2	765	93,9
	Pflegekräfte stationär	3.483	16,6	1.001	72,0
	anderes Personal mit BewKo	445	15,0	169	65,5
	Gesamt	6.596	16,7	1.935	80,1
2013	Pflegekräfte ambulant	2.882	16,8	934	92,3
	Pflegekräfte stationär	3.437	17,0	999	83,1
	anderes Personal mit BewKo	565	14,3	221	62,0
	Gesamt	6.884	16,7	2.154	84,9
2014	Pflegekräfte ambulant	2.889	17,6	894	93,4
	Pflegekräfte stationär	3.662	17,1	1.169	75,8
	anderes Personal mit BewKo	567	14,3	202	70,8
	Gesamt	7.118	17,0	2.265	82,3

¹ Meldepflichtige und nicht meldepflichtige Fälle mit abgeschlossener Arbeitsunfähigkeit ohne Bagatellfälle

² BewKo = Bewohnerkontakt

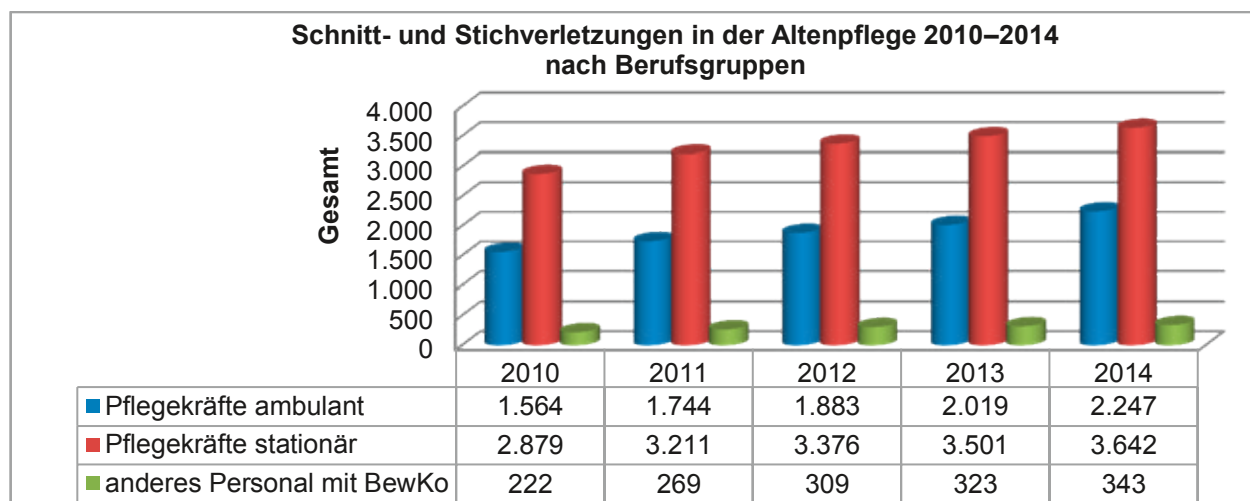
Die durchschnittliche Dauer der Arbeitsunfähigkeit lag bei mittelschweren Unfällen in 2014 höher als in 2010 (17,0 vs. 14,4 Tage). Bei schweren Arbeitsunfällen war die Ausfallzeit in allen Gruppen mit durchschnittlich 80 Tagen um das Vier- bis Fünffache höher als bei mittelschweren Unfällen.

Bei ambulant tätigen Pflegekräften lag die durchschnittliche Ausfallzeit bei schweren Unfällen 2014 im Vergleich zu 2010 um 1 % höher.

6.4.2 Schnitt- und Stichverletzungen

Bei Schnitt- und Stichverletzungen handelt es sich bei den BGW-Daten um Verletzungen durch spitze Instrumente, bei denen ein serologischer Test zur Bestimmung des Immunstatus beim Beschäftigten (oder Indexpatienten) durchgeführt wurde. Diese Untersuchungen finden im Rahmen der Post-expositionsprophylaxe (PEP)⁵² nach einem möglichen Kontakt mit blutübertragbaren Erregern (Hepatitis B- oder C-Viren oder HIV) statt. Die meisten Stichverletzungen werden durch Hohlraumkanülen verursacht (sogenannte Nadelstichverletzungen). Nadelstichverletzungen führen in den meisten Fällen nicht zu einer Arbeitsunfähigkeit von länger als drei Tagen und sind deshalb nur selten meldepflichtig. Gleichwohl werden Arbeitsunfälle im Zusammenhang mit einer Nadelstichverletzung häufig vom Betriebsarzt an die BGW gemeldet, weil die Kosten für Maßnahmen im Rahmen der PEP (serologische Tests und Impfungen) von der BGW übernommen werden.

2014 wurden der BGW insgesamt 6.232 meldepflichtige Schnitt- und Stichverletzungen (SV)⁵³ aus der Altenpflege gemeldet. Im Vergleich zu 2010 ist dies ein Anstieg um +34 %.



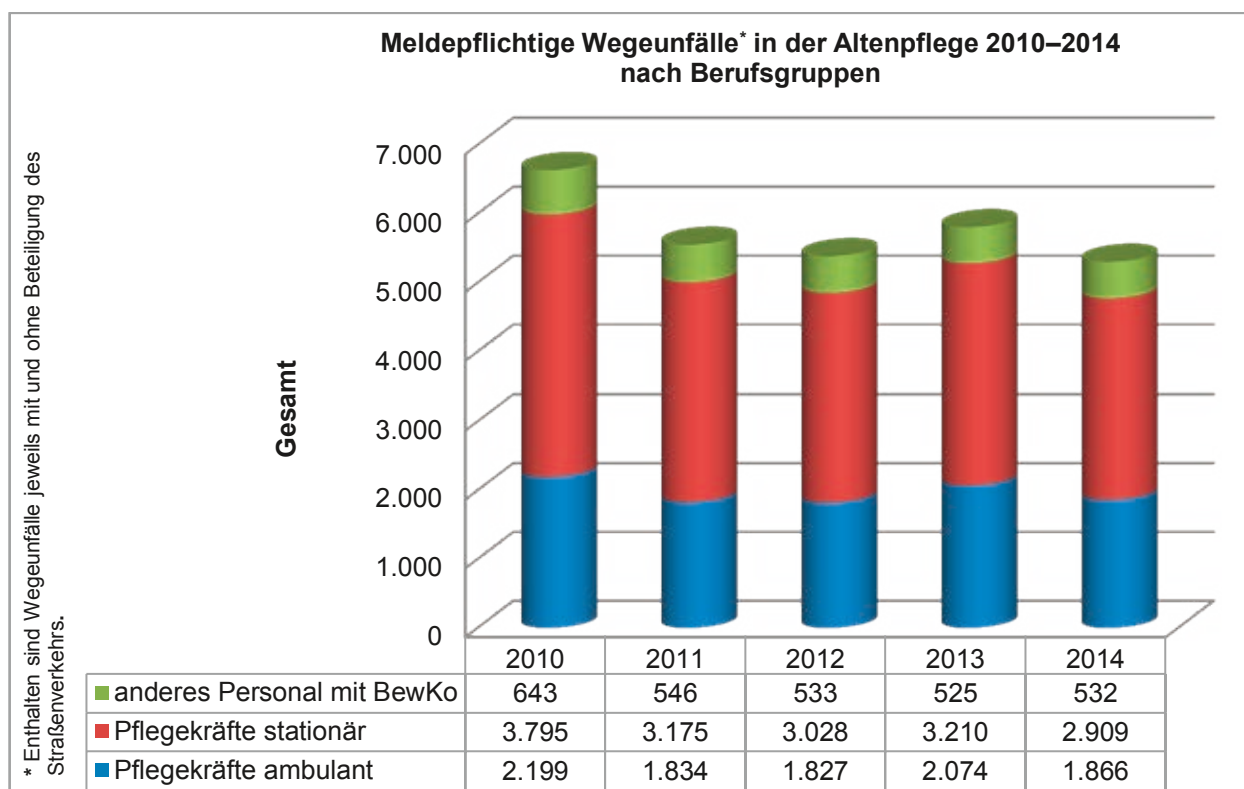
⁵² Eine weiterführende Erklärung findet sich im Glossar.

⁵³ Eine weiterführende Erklärung findet sich im Glossar.

Die Zahl der Schnitt- und Stichverletzungen hat über den Beobachtungszeitraum von 2010 bis 2014 zugenommen, wobei sich die Zunahme in den Berufsgruppen unterscheidet: bei Pflegekräften ambulant um +44%, bei Pflegekräften stationär um +26% und in der Gruppe „anderes Personal mit BewKo“ um +55% von 222 auf 343 Unfälle.

6.5 Wegeunfälle

2014 hatten 8.946 Beschäftigte in der Altenpflege einen Wegeunfall⁵⁴. Bei 59% (n=5.307) von diesen handelte es sich um einen meldepflichtigen Unfall. Der Entwicklungsverlauf im Bereich der Wegeunfälle ist im Beobachtungszeitraum unregelmäßig, weist aber 2014 gegenüber 2010 (einem Jahr mit witterungsbedingt vielen Wegeunfällen) einen Rückgang um -20% auf. In 2013 kam es (ebenfalls aufgrund der schlechten Witterungsbedingungen) zu einem erneuten Anstieg.



2014 wurde über die Hälfte der Wegeunfälle (55%) von stationär tätigen Pflegekräften gemeldet. Von ambulant tätigen Pflegekräften wurden 35% der Wegeunfälle gemeldet.

⁵⁴ Eine weiterführende Erklärung findet sich im Glossar.

6.6 Wegeunfälle nach der Dauer der Arbeitsunfähigkeit

Für die Darstellung werden ausschließlich Versicherte mit einem schweren oder mittelschweren Wegeunfall berücksichtigt, die aufgrund des Unfalls arbeitsunfähig waren und in dem betrachteten Jahr wieder arbeitsfähig geworden sind. Bei etwa 80% der Wegeunfälle handelte es sich um mittelschwere Unfälle. Jeweils etwa 55% der schweren und mittelschweren Wegeunfälle entfielen auf die Gruppe der stationär tätigen Pflegekräfte, 35% auf die Gruppe der ambulant tätigen Pflegekräfte und 10% auf die Gruppe „anderes Personal mit BewKo“.

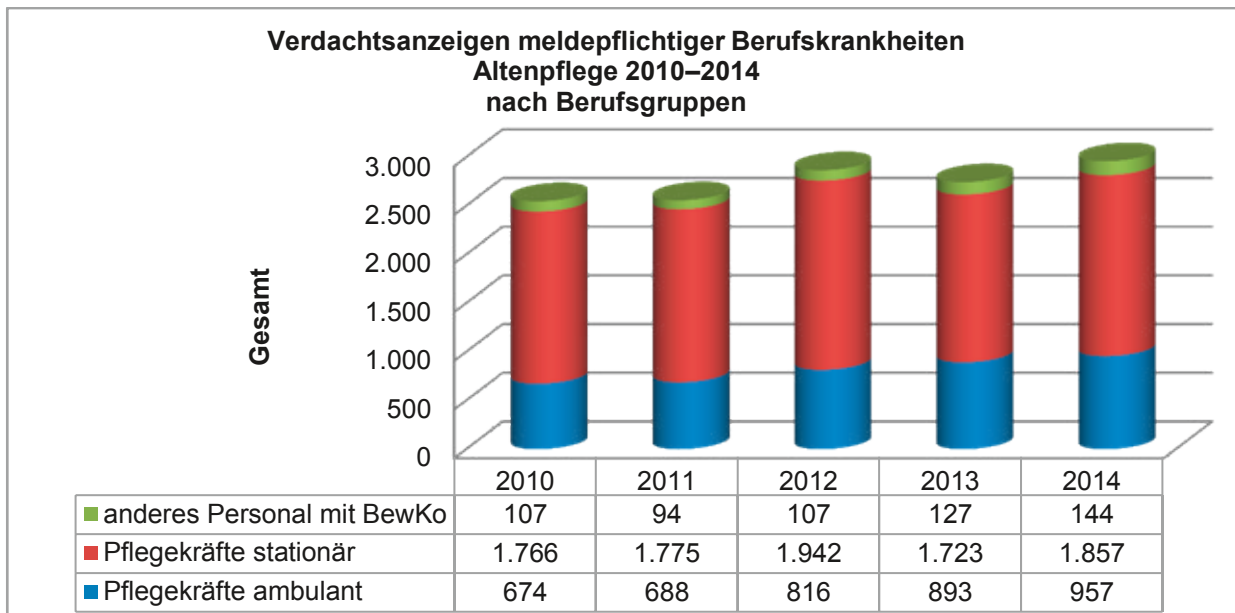
Die Dauer der Arbeitsunfähigkeit bei mittelschweren Wegeunfällen lag zwischen 2010 und 2014 bei 12 bis 15 Tagen und unterschied sich nicht zwischen den Berufsgruppen. Bei schweren Wegeunfällen lag die durchschnittliche Arbeitsunfähigkeit im Beobachtungszeitraum bei den beiden pflegerisch tätigen Gruppen bei 97 Tagen und bei der Gruppe des „anderen Personals mit BewKo“ bei 79 Tagen.

Mittelschwere und schwere Wegeunfälle und Dauer der durchschnittlichen Ausfallzeit (Arbeitsunfähigkeit: AU) Altenpflege 2010–2014 nach Berufsgruppen					
Ende der AU	Berufsgruppe	mittelschwere Wegeunfälle¹	Ausfallzeit in Tagen	schwere Wegeunfälle¹	Ausfallzeit in Tagen
2010	Pflegekräfte ambulant	1.469	12,3	427	83,6
	Pflegekräfte stationär	2.508	12,1	740	86,6
	anderes Personal mit BewKo	473	10,0	127	82,5
	Gesamt	4.477	11,9	1.294	85,2
2011	Pflegekräfte ambulant	1.291	15,5	449	101,2
	Pflegekräfte stationär	2.206	13,9	696	84,4
	anderes Personal mit BewKo	364	13,7	114	76,7
	Gesamt	3.861	14,4	1.259	89,7
2012	Pflegekräfte ambulant	1.286	13,7	330	101,0
	Pflegekräfte stationär	2.010	13,6	535	111,3
	anderes Personal mit BewKo	328	12,2	119	78,3
	Gesamt	3.624	13,5	984	103,8
2013	Pflegekräfte ambulant	1.463	14,9	340	95,4
	Pflegekräfte stationär	2.083	14,7	633	94,9
	anderes Personal mit BewKo	335	12,4	122	74,5
	Gesamt	3.881	14,6	1.095	92,8
2014	Pflegekräfte ambulant	1.238	14,9	356	105,7
	Pflegekräfte stationär	1.835	15,4	533	104,2
	anderes Personal mit BewKo	369	11,2	102	81,5
	Gesamt	3.442	14,8	991	102,4
¹ Meldepflichtige und nicht-meldepflichtige Fälle mit abgeschlossener Arbeitsunfähigkeit ohne Bagatellfälle ² BewKo = Bewohnerkontakt					

6.7 Berufskrankheiten in der Altenpflege

Aus der Altenpflege wurden 2014 bei der BGW 4.571 Meldungen zu einer Berufskrankheit (BK)⁵⁵ erfasst. Davon waren 64,7 % (n=2.958) meldepflichtige Verdachtsanzeigen.

Knapp zwei Drittel der meldepflichtigen Anzeigen stammte aus der Gruppe der stationären Pflegekräfte, etwa ein Drittel aus der Gruppe der ambulanten Pflegekräfte und knapp 5 % aus der Gruppe „anderes Personal mit BewKo“.



Im Berichtsjahr 2014 war die Zahl der Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit um +7,8% gegenüber dem Vorjahr und um +16% gegenüber 2010 gestiegen. Dabei war der Anstieg im Beobachtungszeitraum in den Berufsgruppen unterschiedlich: am größten in der Gruppe der ambulant tätigen Pflegekräfte (+42,0%), am geringsten in der Gruppe der stationär tätigen Pflegekräfte (+5,2%). In der Gruppe „anderes Personal mit BewKo“ fand sich eine Zunahme um 37 Fälle (+34,6%).

Bei Aufschlüsselung der Verdachtsanzeigen nach Krankheitsgruppen zeigt sich, dass Hautkrankheiten den größten Anteil der Verdachtsanzeigen ausmachen (48%). Hier werden seit dem Jahr 2005 auch die Meldungen nach § 3 der Berufskrankheiten-Verordnung sowie die Hautarztberichte gezählt. Ein weiterer zahlenmäßiger Schwerpunkt findet sich bei den Erkrankungen aufgrund mechanischer Einwirkungen (40%). Die Anzeigen auf Verdacht einer Infektionskrankheit bilden die drittgrößte Gruppe (10%). In den beiden Gruppen der Pflegekräfte gab es bei Erkrankungen aufgrund mechanischer

⁵⁵ Eine weiterführende Erklärung findet sich im Glossar.

Einwirkungen eine Zunahme zwischen 2010 und 2014: bei ambulant Tätigen um +59% und bei stationär Tätigen um +19%. Bei anderem Personal mit BewKo kam es bei Erkrankungen aufgrund mechanischer Einwirkungen zu einer Verdopplung der angezeigten Meldungen (von 30 auf 74 Fälle).

Verdachtsanzeigen einer meldepflichtigen Berufskrankheit nach Krankheits- und Berufsgruppen Altenpflege 2010–2014								
Krankheitsgruppe	Berufsgruppe	2010	2011	2012	2013	2014	Gesamt 2014	Prozent an Gesamt 2014
chemische Einwirkungen durch Schwermetalle, aromatische Amine, Benzol	Pflegekräfte amb.	1	0	1	1	0	0	0%
	Pflegekräfte stat.	2	3	2	1	0		
	anderes Personal mit BewKo	0	0	1	0	0		
	Summe	3	3	4	2	0		
mechanische Einwirkungen durch Tragen schwerer Lasten, bei knienden Tätigkeiten (Erkrankungen der Sehnen, Wirbelsäule, Kniegelenke)	Pflegekräfte amb.	268	266	347	356	427	1.200	40%
	Pflegekräfte stat.	588	654	612	600	699		
	anderes Personal mit BewKo	30	19	32	46	74		
	Summe	886	939	991	1.002	1.200		
Infektions- krankheiten	Pflegekräfte amb.	40	42	45	42	53	283	10%
	Pflegekräfte stat.	201	134	216	127	221		
	anderes Personal mit BewKo	8	8	14	10	9		
	Summe	249	184	275	179	283		
anorganische Stäube (Asbest) und exogen- allergische Stoffe	Pflegekräfte amb.	0	2	0	0	0	0	0%
	Pflegekräfte stat.	1	2	1	1	0		
	anderes Personal mit BewKo	0	1	0	0	0		
	Summe	1	5	1	1	0		
obstruktive Atemwegs- erkrankungen	Pflegekräfte amb.	3	6	5	12	10	21	< 1%
	Pflegekräfte stat.	16	14	14	16	8		
	anderes Personal mit BewKo	1	0	1	1	3		
	Summe	20	20	20	29	21		
Hautkrankheiten	Pflegekräfte amb.	347	357	403	468	452	1.406	48%
	Pflegekräfte stat.	919	930	1.061	954	901		
	anderes Personal mit BewKo	68	61	58	66	53		
	Summe	1.334	1.348	1.522	1.488	1.406		
sonstige Berufskrankheiten	Pflegekräfte amb.	15	15	15	14	15	48	2%
	Pflegekräfte stat.	39	38	36	24	28		
	anderes Personal mit BewKo		5	1	4	5		
	Summe	54	58	52	42	48		
Gesamt		2.547	2.557	2.865	2.743	2.958	2.958	100%

6.7.1 Infektionskrankheiten

Aus der Gruppe der Krankheiten die durch Infektionserreger oder Parasiten verursacht werden, sind für die Beschäftigten in der Altenpflege die von Mensch auf Mensch übertragbaren Infektionskrankheiten von Bedeutung. Nach der Berufskrankheiten-Verordnung handelt es sich um eine beruflich erworbene Infektionskrankheit (BK Nr. 3101), wenn der Versicherte im Gesundheitsdienst, in der Wohlfahrtspflege oder in einem Laboratorium tätig war und damit einem besonderen Infektionsrisiko ausgesetzt war.

Die Scabies-Fälle machten den größten Anteil der Meldungen aus (jährlich knapp 50% der Meldungen, mit Ausnahme im Jahr 2013). Allerdings werden durch Scabies-Infektionen keine nachhaltigen Gesundheitsschäden verursacht.

Das Berufskrankheiten-Geschehen in der Altenpflege wurde auch in 2014 von den „klassischen“ Erregern von Infektionskrankheiten geprägt in Form des Tuberkel-Bazillus und der Hepatitis-Viren (mit 28% beziehungsweise 10% im Jahr 2014). Erkrankungen durch methicillin (oder oxacillin)-resistente Staphylococcusaureus-Stämme (MRSA/ORSA) hatten einen Anteil von 8%.

Von stationär tätigen Pflegekräften stammte die Mehrzahl der Anzeigen (87% der Scabies-, 74% der Tuberkulose- und 67% der Hepatitis-Anzeigen). Bei MRSA sah das Verhältnis etwas anders aus: Hier stammten 55% der Anzeigen von stationär und 45% von ambulant tätigen Pflegekräften. Aus der Gruppe „anderes Personal mit BewKo“ gab es nur einzelne Anzeigen auf Verdacht einer Infektionskrankheit.

Verdachtsanzeigen einer meldepflichtigen Berufskrankheit Nr. 3101 nach Krankheits- und Berufsgruppen Altenpflege 2010–2014						
Krankheitsgruppe	Berufsgruppe	2010	2011	2012	2013	2014
Latente und akute Tbc-Infektion	Pflegekräfte ambulant	15	9	7	15	20
	Pflegekräfte stationär	24	16	43	48	59
	anderes Personal mit BewKo	2	3	7	2	1
	Summe	41	28	57	65	80
	% an Gesamt BK-3101	16%	15%	21%	36%	28%
Hepatitis A bis E	Pflegekräfte ambulant	11	10	8	7	7
	Pflegekräfte stationär	40	12	28	14	19
	anderes Personal mit BewKo	3	2	1	0	2
	Summe	54	24	37	21	28
	% an Gesamt BK-3101	22%	13%	13%	12%	10%
HIV/Aids	Pflegekräfte ambulant	0	1	0	2	0
	Pflegekräfte stationär	0	1	0	0	0
	anderes Personal mit BewKo	0	0	0	0	0
	Summe	0	2	0	2	0
	% an Gesamt BK-3101	0%	1%	0%	1%	0%
MRSA/ORSA	Pflegekräfte ambulant	7	5	11	10	9
	Pflegekräfte stationär	15	12	12	5	12
	anderes Personal mit BewKo	1	2	1	4	1
	Summe	23	19	24	19	22
	% an Gesamt BK-3101	9%	10%	9%	11%	8%
Scabies	Pflegekräfte ambulant	2	3	8	2	13
	Pflegekräfte stationär	118	79	121	45	116
	anderes Personal mit BewKo	2		4	2	4
	Summe	122	82	133	49	133
	% an Gesamt BK-3101	49%	45%	48%	27%	47%
Sonstige Infektionskrankheiten	Pflegekräfte ambulant	5	14	11	6	4
	Pflegekräfte stationär	4	14	12	15	15
	anderes Personal mit BewKo	0	1	1	2	1
	Summe	9	29	24	23	20
	% an Gesamt BK-3101	4%	16%	9%	13%	7%
Insgesamt		249	184	275	179	283

Für die Entwicklung der Verdachtsanzeigen auf Infektionskrankheiten zeigte sich in der Altenpflege über den Fünfjahreszeitraum kein eindeutiger Trend. Die Zahl der gemeldeten latenten und akuten Tbc-Infektionen hat gegenüber 2010 zugenommen (+39 Fälle). Dagegen ist die Zahl der Hepatitis-Infektionen zurückgegangen (-26 Fälle).

6.7.2 Versicherungsrechtliche Entscheidungen über Berufskrankheiten

Im Berichtsjahr 2014 wurde für 3.208 Beschäftigte der Altenpflege eine versicherungsrechtliche Entscheidung im Rahmen eines Berufskrankheiten-Feststellungsverfahrens getroffen. Gegenüber dem Vorjahr hat die Zahl der Feststellungsverfahren um +6,8% und gegenüber 2010 um +16,2% zugenommen.

Der Verdacht auf das Vorliegen einer Berufskrankheit wurde in 2014 in 44 % der Fälle bestätigt, in den vorangegangenen Jahren lag dieser Anteil bei 56 %. Dabei entfielen 66% der bestätigten BK-Fälle auf die Gruppe der stationär tätigen Pflegekräfte, 30 % auf die Gruppe der ambulant tätigen Pflegekräfte und 4 % auf anderes Personal mit BewKo. Bei knapp 86 % der bestätigten BK-Verdachtsanzeigen waren allerdings die besonderen versicherungsrechtlichen Voraussetzungen⁵⁶ nicht erfüllt. In 46 % der gemeldeten Fälle wurde der BK-Verdacht nicht bestätigt.

Versicherungsrechtliche Entscheidungen über Berufskrankheiten (BK) Altenpflege 2010–2014 nach Berufsgruppen						
Jahr	Berufsgruppe	Entschiedene Fälle	BK-Verdacht bestätigt			BK-Verdacht nicht bestätigt
			anerkannte BK		Versicherungsrechtliche Voraussetzungen nicht erfüllt	
			mit neuer Rente*	ohne Rente		
2010	Pflegekräfte ambulant	736	16	26	343	351
	Pflegekräfte stationär	1.907	43	149	895	820
	anderes Personal mit BewKo	118	5	6	67	40
	Gesamt	2.761	64	181	1.305	1.211
2011	Pflegekräfte ambulant	791	20	35	363	373
	Pflegekräfte stationär	2.029	38	150	977	864
	anderes Personal mit BewKo	120	1	10	70	39
	Gesamt	2.940	59	195	1.410	1.276

⁵⁶ Eine weiterführende Erklärung findet sich im Glossar.

Versicherungsrechtliche Entscheidungen über Berufskrankheiten (BK) Altenpflege 2010–2014 nach Berufsgruppen						
Jahr	Berufsgruppe	Entschiedene Fälle	BK-Verdacht bestätigt		Versicherungsrechtliche Voraussetzungen nicht erfüllt	BK-Verdacht nicht bestätigt
			anerkannte BK			
			mit neuer Rente*	ohne Rente		
2012	Pflegekräfte ambulant	844	19	14	408	403
	Pflegekräfte stationär	2.056	30	120	1.091	815
	anderes Personal mit BewKo	113	1	11	59	42
	Gesamt	3.013	50	145	1.558	1.260
2013	Pflegekräfte ambulant	974	19	24	462	469
	Pflegekräfte stationär	1.897	27	124	972	774
	anderes Personal mit BewKo	133	3	10	65	55
	Gesamt	3.004	49	158	1.499	1.298
2014	Pflegekräfte ambulant	1.013	17	41	458	497
	Pflegekräfte stationär	2.042	24	156	951	911
	anderes Personal mit BewKo	153	2	6	63	82
	Gesamt	3.208	43	203	1.472	1.490
* Fälle, bei denen in diesem Jahr erstmals eine Rente festgestellt wurde.						

6.8 Unfallgeschehen

In diesem Abschnitt wird auf das Unfallgeschehen im Berichtsjahr 2014 näher eingegangen. Die Auswertungen basieren auf einer Stichprobe von Versicherten aus der Altenpflege, die in 2014 einen Arbeits- oder Wegeunfall an die BGW gemeldet haben. Diese Stichprobe wird zunächst hinsichtlich der Verteilung der Merkmale Unfallart, Geschlecht und Alter beschrieben. Als Angaben zur Verletzung werden für die schwerste Verletzung jeweils der am schwersten betroffene Ort der Körperschädigung (sogenannter verletzter Körperteil) und die Art der Verletzung dokumentiert.

Die Stichprobe umfasst 20.344 Versicherte. Bei etwa drei Viertel der Unfälle handelt es sich um einen Arbeitsunfall, der sich bei der betrieblichen Tätigkeit ereignete. Ein Viertel der Unfälle ereigneten sich auf dem Weg zwischen Wohnung und Ort der versicherten Tätigkeit (Wegeunfall).

Meldepflichtige Unfälle nach Unfallart bei Versicherten¹ in der Altenpflege 2014

Unfallart	Pflegekräfte ambulant (n=7.323)	Pflegekräfte stationär (n=11.285)	anderes Personal mit BewKo (n=1.736)	Gesamt (n=20.344)
Arbeitsunfall²	75 %	74 %	69 %	74 %
Wegeunfall³	25 %	26 %	31 %	26 %

¹ Versicherte mit einem meldepflichtigen Arbeits- oder Wegeunfall im Bezugsjahr.

² Arbeitsunfall bei betrieblicher Tätigkeit, mit und ohne Beteiligung des Straßenverkehrs.

³ Wegeunfall mit und ohne Beteiligung des Straßenverkehrs.

Die Gruppen der ambulant und stationär tätigen Pflegekräfte setzen sich zu etwa 90% aus Frauen und zu etwa 10% aus Männern zusammen. In der Gruppe „anderes Personal mit BewKo“ lag der Anteil der Männer mit 18% etwas höher.

Meldepflichtige Unfälle nach Geschlecht Altenpflege 2014

	Pflegekräfte ambulant (n=7.323)	Pflegekräfte stationär (n=11.285)	anderes Personal mit BewKo (n=1.736)	Gesamt (n=20.344)
weiblich	89 %	88 %	82 %	88 %
männlich	10 %	12 %	18 %	12 %
unbekannt	<1 %	<1 %	>1 %	<1 %

Die Altersstruktur unterscheidet sich nur geringfügig in den drei Berufsgruppen: Zum Zeitpunkt des Unfalls waren 66% der ambulant tätigen Pflegekräfte zwischen 21 und 50 Jahre alt und 61% in den beiden anderen Gruppen. Der Anteil der über 50-Jährigen lag in allen drei Gruppen bei etwa 33%. Weniger als 5% waren jünger als 20 Jahre.

Meldepflichtige Unfälle von Versicherten¹ in der Altenpflege 2014 nach Alter

Altersklassen ² (in Jahren)	Pflegekräfte ambulant (n=7.323)	Pflegekräfte stationär (n=11.285)	Anderes Personal mit BewKo (n=1.736)	Gesamt (n=20.344)
	%	%	%	%
bis 20	2	5	4	4
21 bis 30	19	20	20	20
31 bis 40	19	17	16	17
41 bis 50	28	24	25	26
51 bis 60	27	28	30	28
über 60	5	6	5	5

¹ Versicherte mit einer Arbeits- oder Wegeunfallmeldung im Jahr 2012

² Alter zum Unfallzeitpunkt

6.8.1 Unfalldiagnose

6.8.1.1 Verletzter Körperteil

Im Rahmen der Unfallstatistik wird im Zusammenhang mit Arbeitsunfällen jeweils das am schwersten verletzte Körperteil sowie die Verletzungsart dokumentiert. 68 % aller Verletzungen betrafen die Extremitäten. Wesentliche Anteile hatten Verletzungen im Bereich der unteren Extremitäten (Füße, Fußknöchel und Kniegelenke) sowie der Hände, wobei Handverletzungen bei stationär tätigen Pflegekräften häufiger waren. Die Wirbelsäule war in etwa einem Viertel der Unfälle beteiligt.

Arbeitsunfälle nach verletztem Körperteil von Versicherten in der Altenpflege 2014				
Verletzter Körperteil	Pflegekräfte ambulant (n=7.323)	Pflegekräfte stationär (n=11.285)	anderes Personal mit BewKo (n=1.736)	Gesamt (n=20.344)
	%	%	%	%
gesamter Mensch	1	< 1	2	1
Kopf	5	5	6	5
Wirbelsäule	24	16	19	19
Rumpf (Brustkorb, Rücken)	4	4	4	4
Bauch, Bauchorgane, Becken	2	2	1	2
Schulter, Oberarm, Ellenbogen	9	9	9	9
Unterarm, Handgelenk	7	10	9	9
Hand	11	17	13	14
Hüfte, Oberschenkel, Kniescheibe	3	3	3	3
Kniegelenk, Unterschenkel	15	15	14	15
Knöchel, Fuß	19	17	19	18

6.8.1.2 Verletzungsart

Bei den meisten Unfällen in der Altenpflege handelte es sich um Zerrungen und Prellungen. In allen Gruppen hatten Zerrungen einen Anteil von etwa 40%, der Anteil der Prellungen lag bei etwa 30%.

Unfälle im Zusammenhang mit einer Zerreiung⁵⁷ von Haut oder Bändern lagen mit 12% an dritter Position. Bei etwa der Hälfte der Zerreißungen handelte es sich um eine oberflächliche Verletzung der Haut. In 11% der Unfälle lag eine Fraktur vor.

Schwere Verletzungen, wie die teilweise oder vollständige Zerreißung von Bändern oder das Eindringen von Fremdkörpern in tiefere Körperpartien, waren eher selten.

Arbeitsunfälle nach Art der Verletzung von Versicherten in der Altenpflege 2014				
Art der Verletzung	Pflegekräfte ambulant (n=7.323)	Pflegekräfte stationär (n=11.285)	anderes Personal mit BewKo (n=1.736)	Gesamt (n=20.344)
	%	%	%	%
Prellungen	29	32	27	31
Quetschungen	2	3	2	2
Zerrung, Verrenkung, Stauchung	42	39	39	40
Luxation (Ausrenkung)	<1	<1	<1	<1
Zerreißung	12	12	15	12
<i>davon:</i>				
Oberflchenverletzung (Haut)	6	7	9	6
teilweise Zerreißung (von Bändern)	2	2	2	2
vollständige Zerreißung (Abriss, Ruptur)	3	2	2	3
Eindringen von Fremdkörpern	<1	<1	<1	<1
geschlossene Fraktur	12	10	13	11
offene Fraktur	<1	<1	<1	<1
sonstige Einwirkungen (Verbrennung, Schock psychischer Art)	2	3	3	3

⁵⁷ Eine weiterführende Erklärung findet sich im Glossar.

6.8.2 Unfallhergang

Zur Auswertung des Unfallhergangs wird wegen der grossen Anzahl der zu verschlüsselnden Merkmale nur eine kleine Stichprobe aus den Unfallmeldungen berücksichtigt. Aus dem Gesamt der meldepflichtigen Unfälle eines Berichtsjahrs werden 7 % der Fälle nach bestimmten Kriterien für die Auswertung des Unfallhergangs ausgewählt. Anhand dieser 7%-Stichprobe wird nachfolgend das Unfallgeschehen in der Altenpflege für das Berichtsjahr 2014 beschrieben. Unfälle mit Todesfolge sind in dieser Stichprobe nicht enthalten, diese werden in einem gesonderten Abschnitt beschrieben. Die 7%-Stichprobe bestand im Berichtsjahr 2014 aus 1.342 Versicherten. Bei den Unfällen handelte es sich in 74 % um Arbeitsunfälle und in 26 % um Wegeunfälle. 88 % der Versicherungsfälle betrafen Frauen und 12 % Männer. Zwei Drittel der Versicherten waren zum Zeitpunkt des Unfalls unter 50 Jahre alt, wobei der Anteil der unter 20-Jährigen nur sehr klein war.

In den folgenden Tabellen wird auf eine Unterscheidung nach Arbeits- und Wegeunfällen verzichtet. Als Datenbasis werden die tatsächlichen Fallzahlen anstelle einer Hochrechnung verwendet. Der Unfallhergang wird anhand von sechs Merkmalen beschrieben:

- Arbeitsplatz
- Arbeitsumgebung
- spezifische Tätigkeit
- Abweichung
- Gegenstand der Abweichung
- Kontakt

6.8.2.1 Arbeitsplatz und Arbeitsumgebung

Die Unfälle ereigneten sich bei stationär tätigen Pflegekräften und bei anderem Personal mit BewKo bei 69% beziehungsweise 55% am jeweiligen Arbeitsplatz oder innerhalb der gewöhnlichen örtlichen Einheit des Arbeitsortes. Dagegen ereignete sich bei ambulant tätigen Pflegekräften die Mehrheit der Unfälle (60%) an vorübergehenden oder mobilen Arbeitsplätzen.

Unfälle nach Arbeitsplatz in der Altenpflege – 7%-Stichprobe 2014				
Arbeitsplatz	Pflegekräfte ambulant (n=484)	Pflegekräfte stationär (n=744)	anderes Personal mit BewKo (n=114)	Gesamt (n=1.342)
	%	%	%	%
gewöhnlicher Arbeitsplatz oder innerhalb der gewöhnlichen örtlichen Einheit des Arbeitsortes	39	69	55	57
vorübergehender oder mobiler Arbeitsplatz oder Reise im Auftrag des Arbeitgebers	60	31	45	43

Die Unfälle ereigneten sich bei 69% der stationär tätigen Pflegekräfte in einer Einrichtung des Gesundheitswesens. Bei ambulant tätigen Pflegekräften und anderem Personal mit BewKo ereignete sich mehr als die Hälfte der Unfälle auf öffentlichen Straßen und Plätzen und an anderen Orten, zum Beispiel in der Wohnung des Betreuten, und nur etwa ein Drittel der Unfälle in einer Einrichtung. Bei anderem Personal mit BewKo ereignete sich fast ein Fünftel der Unfälle in Büro-/Praxisräumen.

Unfälle nach Arbeitsumgebung in der Altenpflege – 7%-Stichprobe 2014				
Arbeitsumgebung	Pflegekräfte ambulant (n=484)	Pflegekräfte stationär (n=744)	anderes Personal mit BewKo (n=114)	Gesamt (n=1.342)
	%	%	%	%
industrieller Bereich (Werkstatt, Baustelle)	<1	<1	2	<1
Bereich für Dienstleistungstätigkeiten (Büro-/Praxisräume)	2	2	17	3
Einrichtung des Gesundheitswesens	38	70	46	56
öffentlicher Bereich (Straße, Plätze)	53	26	31	36
sonstige (u.a. Wohnung des Betreuten)	8	1	4	4

6.8.2.2 Spezifische Tätigkeit

Dieses Merkmal beschreibt die Tätigkeit, die der Verletzte zum Zeitpunkt des Unfalls ausübte. Fast die Hälfte der Unfälle (49 %) ereignete sich aus der Bewegung heraus. Im Wesentlichen (43 %) handelte es sich dabei um Unfälle, bei denen der Verletzte in Bewegung war, wie etwa beim Gehen, Hinauf- und Hinabsteigen. Ein Fünftel der Unfälle ereignete sich beim Autofahren (beim Steuern eines PKWs oder beim Mitfahren).

In 13 % der Unfälle führte die manuelle Handhabung von Gegenständen zu einem Schadensereignis. Hier sind es vor allem Tätigkeiten vor Ort, wie das Ergreifen oder Halten eines Gegenstandes (durchschnittlich in 9 % der Unfälle, bei anderem Personal mit BewKo in 13 % der Unfälle).

Bei stationär tätigen Pflegekräften ereigneten sich 14 % der Unfälle beim manuellen Transport, wovon die Hälfte der Unfälle beim Transport einer Person passierte, also zum Beispiel beim Bewegen eines Bewohners im Bett oder beim Umsetzen in einen Stuhl. Nur wenige Unfälle (2 %) passierten bei Arbeiten mit Handwerkzeugen.

Eine besondere Konstellation stellt die Beschreibung eines Zustandes dar, in dem der Verletzte allein durch seine Anwesenheit zu Schaden kommt, ohne selbst aktiv eine Aktion auszuführen. Diese Konstellation lag durchschnittlich in 4 % der Unfälle vor.

Unfälle nach spezifischer Tätigkeit in der Altenpflege – 7%-Stichprobe 2014								
Spezifische Tätigkeit	Pflegekräfte ambulant (n=484)		Pflegekräfte stationär (n=744)		anderes Personal mit BewKo (n=114)		Gesamt (n=1.342)	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Bedienung einer Maschine	1	<1	0	0	0	0	1	<1
Arbeiten mit Handwerkzeugen	5	1	18	2	5	4	28	2
<i>darunter:</i>								
Arbeiten mit manuellen (nicht kraftbetriebenen) Handwerkzeugen	2	<1	13	2	4	4	19	1
Arbeiten mit motorisierten (kraftbetriebenen) Handwerkzeugen	1	<1	2	<1	1	<1	4	<1
Führen, Mitfahren (Transport-, Fördermittel)	144	30	118	16	22	19	284	21
<i>darunter:</i>								
Steuern eines Kraftfahrzeuges	113	23	78	10	13	11	204	15
Steuern eines nicht kraftbetriebenen Fahrzeugs/Transportmittels	24	5	34	5	9	8	67	5
manuelle Handhabung	48	10	114	15	15	13	177	13
<i>darunter:</i>								
etwas in die Hand nehmen, ergreifen, halten	33	7	79	11	14	12	126	9
binden, auf-/zumachen	1	<1	4	<1	0	0	5	<1
schrauben/-drehen	1	<1	6	<1	1	<1	8	<1
befestigen auf, aufhängen, hochheben	1	<1	1	<1	0	0	2	<1
öffnen/schließen	1	<1	5	<1	0	0	6	<1
ausgießen/einfüllen	1	<1						
Transport von Hand	25	5	106	14	6	5	137	10
<i>darunter:</i>								
Transport eines Gegenstandes (vertikal)	7	1	27	4	1	<1	35	3
Transport eines Gegenstandes (horizontal)	3	<1	23	3	2	2	28	2
Tragen einer Last durch eine Person	15	3	52	7	3	3	70	5
Bewegung	244	50	348	47	60	53	652	49
<i>darunter:</i>								
gehen, laufen, hinauf-, hinabsteigen	227	47	295	40	53	46	575	43
hinein-, herausgehen	4	<1	15	2	1	<1	20	1
springen, losstürzen	0	0	2	<1	0	0	2	<1
aufstehen, sich hinsetzen	4	<1	4	<1	1	<1	9	<1
Bewegung auf der Stelle (sich an-, ausziehen)	4	<1	10	1	0	0	14	1
Anwesenheit (ohne eigene Aktion)	14	3	39	5	6	5	59	4
sonstige (ohne nähere Angaben)	3	<1	1	<1	0	0	4	<1

6.8.2.3 Abweichung

Die dem Unfall vorausgehenden Umstände sind ein weiteres Merkmal zur Beschreibung des Unfallhergangs. Diese können durch verschiedene Abweichungen vom normalen Bewegungsablauf⁵⁸ ausgelöst werden. In der Mehrzahl der Unfälle steht das Unfallereignis mit einer aktiven Beteiligung des Unfallopfers in Verbindung. Entweder kann das Unfallereignis durch den Verlust der Kontrolle über eine aktiv gesteuerte Aktion ausgelöst sein (52%) oder aber durch eine Körperbewegung, die mit mehr oder weniger körperlicher Anstrengung zu einer inneren oder äußeren Verletzung geführt hat (38%).

In der Gruppe der ambulant tätigen Pflegekräfte war dem Unfall am häufigsten der Verlust der Kontrolle über ein Werkzeug oder eine Maschine vorausgegangen (32%), wobei es sich in 130 von 155 Fällen (84%) um einen Unfall beim Führen eines PKW handelte. Ein Stolpern oder Ausgleiten im Zusammenhang mit einem Sturz ging in durchschnittlich 28% der Fälle dem Unfall voraus.

Umstände, die ohne körperliche Anstrengung zu einer äußeren Verletzung führten, wie zum Beispiel durch Treten auf einen Gegenstand oder eine unkoordinierte Bewegung, waren in 17% an den Unfällen beteiligt. Bewegungen, die in Kombination mit körperlichen Belastungen zu einer inneren Verletzung führten, wie zum Beispiel Heben, Tragen, Vorbeugen oder Umdrehen, waren bei stationär tätigen Pflegekräften in 25% der Unfälle beteiligt, dagegen bei ambulant tätigen Pflegekräften nur in 15% der Unfälle. Ein Materialschaden, in Form von übergelaufenen Flüssigkeiten oder abgebrochenen Gegenständen, war nur selten am Unfallgeschehen in der Altenpflege beteiligt.

In jeweils 6% der Unfälle waren schreckhafte Situationen am Unfallgeschehen beteiligt. Bei anderem Personal mit BewKo gingen 9 von 13 Unfällen (70%) auf eine Bedrohung oder einen körperlichen Angriff durch eine dritte Person zurück; in den beiden anderen Gruppen war der Anteil geringer.

⁵⁸ Eine weiterführende Erklärung findet sich im Glossar.

Unfälle nach Abweichung (Umstände, die dem Unfall vorausgingen) in der Altenpflege – 7%-Stichprobe 2014								
Abweichung (letztes vom normalen Ablauf abweichende Ereignis, das zum Unfall führte)	Pflegekräfte ambulant (n=484)		Pflegekräfte stationär (n=744)		anderes Personal mit BewKo (n=114)		Gesamt (n=1.342)	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Materialschaden (Überlaufen, Umkippen von festen, flüssigen, gas- oder staubförmigen Stoffen, Brechen, Reißen, Abrutschen von Gegenständen)	10	2	35	5	2	2	47	4
Verlust der Kontrolle <i>darunter:</i> über Maschine, Werkzeug, Transportmittel über eigenen Körper (Absturz, Stolpern)	312	64	334	45	57	50	703	52
	142	29	129	17	25	22	296	22
	157	32	192	26	31	27	380	28
Körperbewegung <i>darunter:</i> ohne körperliche Anstrengung, aber mit äußerer Verletzung (Hinknien, auf Gegenstand treten, unkoordinierte Bewegung) mit körperlicher Anstrengung und innerer Verletzung (beim Heben, Tragen, Schieben, Ziehen)	137	28	326	44	42	37	505	38
	65	13	141	19	23	20	229	17
	72	15	185	25	19	17	276	21
körperliche Gewalt, Schreck, Überraschung	22	5	48	6	13	11	83	6
sonstige/ohne nähere Angaben	3	<1	1	<1	0	0	4	<1

6.8.2.4 Gegenstand der Abweichung

Präzisiert wird die Abweichung durch den Gegenstand, der am Unfallgeschehen beteiligt ist. Teile von Arbeitsbereichen, die aufgrund ihrer räumlichen Gegebenheiten Einfluss auf das Unfallgeschehen nehmen, waren in durchschnittlich 44% aller Unfälle beteiligt. Auslöser für die meisten Unfälle dieser Art war die Bodenbeschaffenheit (34%). So war ein rutschiger Untergrund infolge von Regen, Schnee oder Glatteis für die Mehrzahl dieser Unfälle in der Gruppe der stationär und ambulant tätigen Pflegekräfte verantwortlich (84% bzw. 66%). Treppenstufen oder Türen waren an 10% der Unfälle beteiligt, bei ambulant tätigen Pflegekräften lag dieser Anteil bei 15%.

Fahrzeuge und Fahrräder waren in durchschnittlich 20% der Unfälle beteiligt; bei ambulant tätigen Pflegekräften kamen diese Unfälle häufiger vor (27%). Gegenstände aus dem Küchen-, Reinigungs- oder Bürobereich waren in 7% beteiligt. In 22% der Unfälle waren Menschen oder Tiere als Auslöser am Unfallgeschehen beteiligt. Menschen waren bei ambulant tätigen Pflegekräften an 61 von 73 Unfällen beteiligt, bei stationären Pflegekräften an 188 von 194 Unfällen und bei anderem Personal mit BewKo an 21 von 27 Unfällen. Insgesamt 21 Unfälle wurden durch Haustiere, Insekten oder andere Tiere verursacht.

Unfälle nach Gegenstand der Abweichung in der Altenpflege – 7%-Stichprobe 2014								
Gegenstand der Abweichung	Pflegekräfte ambulant (n=484)		Pflegekräfte stationär (n=744)		anderes Personal mit BewKo (n=114)		Gesamt (n=1.342)	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
bauliche Einrichtungen	220	45	319	43	48	42	587	44
<i>darunter:</i>								
Bodenoberflächen (Fußboden)	145	30	268	36	38	33	451	34
Treppen, Leitern, Türen, Fenster, Gerüste	75	15	50	7	10	9	135	10
Förder-, Transport- und Lagereinrichtungen	6	1	11	1	1	<1	18	1
Maschinen/kraftbetriebene Werkzeuge	4	<1	1	<1	2	2	7	<1
Bestandteile von Maschinen, Erzeugnisse, Materialien, Gegenstände	1	<1	5	<1	0	0	6	<1
handgeführte, nicht kraftbetriebene Werkzeuge								
(Messer, Hammer, Schraubenzieher)	3	<1	12	2	4	4	19	1
Fahrzeuge (PKW, Fahrräder)	130	27	115	15	21	18	266	20
Menschen, Tiere	73	15	194	26	27	24	294	22
Haushaltsgegenstände, Büroeinrichtungen	30	6	61	8	7	6	98	7
weitere Gegenstände (gefährliche Substanzen, Abfälle, Feuer)	17	4	26	3	4	4	47	4

6.8.2.5 Kontakt

Mit dem Merkmal Kontakt wird beschrieben, auf welche Art und Weise das Opfer vom verletzenden Gegenstand (physisch oder psychisch) geschädigt wurde. Dokumentiert wird hierbei nur derjenige Kontakt, der zur schwerwiegendsten Verletzung führte. Systematisch lassen sich vier Gruppen von Verletzungen unterscheiden:

- durch nicht mechanische Einflüsse
- durch mechanische Einflüsse
- durch Überlastung des Körpers oder der Sinne oder durch psychische Überlastung
- durch Übergriffe von Menschen oder Tieren

Auf mechanische Einwirkung von außen lassen sich 60% der Unfälle von Versicherten aus der Altenpflege 2014 zurückführen. Die Entstehung des Unfalls kann sich hierbei aus der Bewegung des Verletzten selbst oder aber durch eine Einwirkung von außen entwickeln. Zur ersten Gruppe gehören Stolperunfälle, vor allem auf vertikaler Ebene, die bei etwa einem Viertel der Unfälle beteiligt sind. Das Prallen gegen einen Gegenstand auf horizontaler Ebene war in 6% der Unfälle Auslöser für die Verletzung. Auf eine mechanische

Einwirkung sind auch die Unfälle zurückzuführen, bei denen der Beschäftigte von einem sich bewegenden Gegenstand getroffen wurde (17%) oder sich an einem spitzen oder scharfen Gegenstand⁵⁹ verletzte (7%).

In der Gruppe der ambulanten Pflegekräfte kam es häufiger als in den beiden anderen Gruppen zu Unfällen durch Hinfallen (28% vs. 21%) und auch durch sich bewegende Gegenstände (24% vs. 12%), wobei unter Letzterem auch Zusammenstöße mit anderen Personen oder Fahrzeugen erfasst werden.

Ein Drittel der Unfälle war auf eine akute körperliche Überlastung des Bewegungsapparates zurückzuführen. Bei der Mehrzahl dieser Unfälle war es eine extreme Bewegung, die zu einer Schädigung an Muskeln, Gelenken oder Organen führte (31%). Auf Übergriffe durch Menschen in Form von Schlägen oder Tritten oder Tierbisse gingen 6% der Unfälle zurück.

Unfälle nach dem Kontakt in der Altenpflege – 7%-Stichprobe 2014								
Kontakt	Pflegekräfte ambulant (n=484)		Pflegekräfte stationär (n=744)		anderes Personal mit BewKo (n=114)		Gesamt (n=1.342)	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
nicht mechanische Einflüsse von außen (gefährliche Stoffe über Haut/Augen, durch Inhalation, Kontakt mit brennenden Gegenständen)	3	<1	15	2	2	2	20	1
mechanische Einflüsse <i>darunter:</i>	335	69	411	55	65	57	811	60
vertikale Bewegung (hinfallen, abstürzen)	136	28	154	21	23	20	313	23
horizontale Bewegung (gegen etwas prallen)	24	5	46	6	11	10	81	6
getroffen werden von einem scharfen Gegenstand	118	24	91	12	15	13	224	17
Kontakt mit scharfem, spitzem oder rauem Gegenstand	23	5	58	8	8	7	89	7
eingeklemmt, (ein-)gequetscht, begraben, verschüttet unter festen Materialien	12	2	36	5	2	2	50	4
akute körperliche und seelische Überlastung <i>darunter:</i>	121	25	271	36	34	30	426	32
körperliche Überlastung des Bewegungsapparates	119	25	263	35	33	29	415	31
Übergriffe/Angriffe durch Menschen/Tiere (Schlag, Tritt, Stoß, Biss)	23	5	46	6	11	10	80	6
sonstige, keine nähere Angabe	2	<1	1	<1	2	2	5	<1

⁵⁹ Nadelstichverletzungen sind in dieser Auswertung in der Regel nicht enthalten.

6.9 Tödliche Unfälle

Zwischen 2010 und 2014 waren in der Altenpflege 61 Unfälle mit Todesfolge zu verzeichnen. In 30 Fällen waren ambulant tätige Pflegekräfte, in 25 Fällen stationär tätige Pflegekräfte und in sechs Fällen anderes Personal mit Bewohnerkontakt betroffen.

Verteilung der Unfälle mit Todesfolge nach Unfallart in der Altenpflege 2010–2014							
Jahr	Versicherte		Arbeitsunfall		Wegeunfall		Gesamt
	Berufsgruppe	Anzahl	kein StVU*	im StV**	kein StVU*	im StV**	
2010	Pflegekräfte ambulant	7		4		3	10
	Pflegekräfte stationär	1				1	
	anderes Personal mit BewKo	2		1		1	
2011	Pflegekräfte ambulant	10		3		5	13
	Pflegekräfte stationär	3	1		1	3	
	anderes Personal mit BewKo	0					
2012	Pflegekräfte ambulant	3		1		2	17
	Pflegekräfte stationär	14	1		1	12	
	anderes Personal mit BewKo	0					
2013	Pflegekräfte ambulant	4	1			3	12
	Pflegekräfte stationär	5				5	
	anderes Personal mit BewKo	3	1			2	
2014	Pflegekräfte ambulant	6		1	1	4	9
	Pflegekräfte stationär	2				2	
	anderes Personal mit BewKo	1				1	
Gesamt	Pflegekräfte ambulant	30	2	9	2	17	61
	Pflegekräfte stationär	25	1		1	23	
	anderes Personal mit BewKo	6	1	1		4	
	GESAMT	61	4	10	3	44	
* Straßenverkehrsunfall; ** Straßenverkehr							

Es lassen sich zwei Kategorien von Unfällen voneinander trennen: Zum einen sind dies Unfälle ohne Beteiligung des Straßenverkehrs. In diese Kategorie fielen in dem Fünfjahreszeitraum sieben Unfälle mit tödlichen Folgen: vier Arbeitsunfälle bei der betrieblichen Tätigkeit und drei Wegeunfälle. Bei der zweiten Kategorie handelt es sich um Unfälle mit Beteiligung des Straßenverkehrs. In die Kategorie tödlicher Straßenverkehrsunfälle fielen 54 Fälle. Dabei handelte es sich in 44 Fällen um Wegeunfälle und in 10 Fällen um einen Verkehrsunfall, der sich auf dem Dienstweg ereignete.

An den 61 tödlichen Unfällen waren in 51 Fällen Frauen beteiligt, der prozentuale Anteil entspricht dem in der Gesamtstichprobe. Bei Berücksichtigung des Alters zeigt sich, dass 22 der Versicherten mit einem tödlichen Unfall unter 30 Jahre alt waren. Dieser Anteil ist höher als der in der Gesamtstichprobe (36% vs. 24%). In 49 von 61 Fällen betrafen die Verletzungen den Kopf oder den gesamten Körper (80%) und in 5 Fällen die Halswirbelsäule.

6.10 Leistungsausgaben

In diesem Abschnitt werden summarisch alle Ausgaben dargestellt, die bei der BGW zwischen 2010 und 2014 für Entschädigungsleistungen⁶⁰ für Versicherte der Altenpflege angefallen sind.

In 2014 handelte es sich um 77.723 Versicherte aus den drei Berufsgruppen, die Entschädigungsleistungen erhalten haben, davon waren 34% ambulant tätige Pflegekräfte, 58% stationär tätige Pflegekräfte und 9% anderes Personal mit Bewohnerkontakt.

Für die 77.723 Versicherungsfälle beliefen sich die Gesamtausgaben in 2014 auf 80,8 Millionen Euro; das waren +4,4% mehr gegenüber dem Vorjahr und 25,5% mehr als in 2010. Von den knapp 81 Millionen Euro entfielen 57,8 Millionen Euro auf Leistungen für die medizinische Heilbehandlung, 17,8 Millionen auf Renten, Beihilfen und andere Abfindungen und 3,9 Millionen Euro auf Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben.

⁶⁰ Eine weiterführende Erklärung findet sich im Glossar.

Die Aufwendungen für medizinische Heilbehandlung, zur Teilhabe am Arbeitsleben und für Renten sind innerhalb der drei Gruppen unterschiedlich verteilt. Bei ambulant tätigen Pflegekräften wurden etwa 75 % der Leistungsausgaben für medizinische Heilbehandlung aufgewendet, knapp 20 % für Rentenzahlungen und etwa 4 % für Maßnahmen zur Teilhabe am Arbeitsleben. Bei stationär tätigen Pflegekräften waren die Ausgaben ähnlich verteilt (knapp 70 % für medizinische Heilbehandlung, 23 % für Rentenzahlungen und 6 % zur Teilhabe am Arbeitsleben). Bei anderem Personal mit BewKo lag der Anteil der Leistungsausgaben für Renten und Beihilfen etwas höher (33 %) und der Anteil für Aufwendungen zur medizinischen Heilbehandlung etwas niedriger (62 %).

Für die Gruppe der ambulant tätigen Pflegekräfte beliefen sich die Ausgaben für 2014 auf 30,3 Millionen Euro. Im Vergleich zum Vorjahr war das eine Zunahme von +5,9 % und im Vergleich zu 2010 von +33,5 % mehr.

Leistungsfälle und Leistungsausgaben ¹ nach verschiedenen Kostenarten für ambulant tätige Pflegekräfte in der Altenpflege 2010–2014									
Leistungsausgaben									
	Leistungs- fälle gesamt [*]	Gesamtkosten		Heilbehandlung inkl. medizinische Rehabilitation		Teilhabe am Arbeitsleben ²		Renten, Beihilfen	
		Mio.€	%	Mio.€	in % an Gesamt	Mio.€	in % an Gesamt	Mio.€	in % an Gesamt
2010	21.321	23,7	100	17,5	77	0,9	4	4,0	18
2011	23.019	25,0	100	19,0	77	1,1	5	4,5	18
2012	23.062	25,8	100	19,0	74	1,0	4	5,3	21
2013	25.720	28,6	100	21,8	76	1,1	4	5,2	18
2014	26.169	30,3	100	22,7	75	1,3	4	5,8	19
¹ Differenzen an Gesamtkosten sind durch Feststellungskosten bedingt.									
² Alle Leistungsfälle (Arbeits- und Wegeunfälle sowie Berufskrankheiten), die in dem jeweiligen Jahr Kosten verursacht haben.									

Für die Gruppe der stationär tätigen Pflegekräfte beliefen sich die Ausgaben für 2014 auf 42,8 Millionen Euro. Im Vergleich zum Vorjahr war das eine Zunahme von +2,9% und im Vergleich zu 2010 von +21,6%.

Leistungsfälle und Leistungsausgaben ¹ nach verschiedenen Kostenarten für stationär tätige Pflegekräfte in der Altenpflege 2010–2014									
Leistungsausgaben (in Mio. €)									
	Leistungs- fälle gesamt*	Gesamtkosten		Heilbehandlung inkl. medizinische Rehabilitation		Teilhabe am Arbeitsleben ²		Renten, Beihilfen	
		Mio. €	in %	Mio. €	in % an Gesamt	Mio. €	in % an Gesamt	Mio. €	in % an Gesamt
2010	39.324	35,2	100	24,0	68	2,4	7	8,1	23
2011	42.189	38,9	100	26,8	69	2,4	6	8,9	23
2012	42.805	39,3	100	26,8	68	2,4	6	9,2	23
2013	43.758	41,6	100	28,3	68	2,6	6	9,9	24
2014	44.845	42,8	100	30,1	70	2,3	5	9,6	23

¹ Differenzen an Gesamtkosten sind durch Feststellungskosten bedingt.

² Alle Leistungsfälle (Arbeits- und Wegeunfälle sowie Berufskrankheiten), die in dem jeweiligen Jahr Kosten verursacht haben.

Für die Gruppe „anderes Personal mit Bewohnerkontakt“ beliefen sich die Ausgaben für 2014 auf 7,7 Millionen Euro. Im Vergleich zum Vorjahr war das eine Zunahme von +5,5% und im Vergleich zu 2010 von +18,5%.

Leistungsfälle und Leistungsausgaben ¹ nach verschiedenen Kostenarten für anderes Personal mit Bewohnerkontakt in der Altenpflege 2010–2014									
Leistungsausgaben									
	Leistungs- fälle gesamt*	Gesamtkosten		Heilbehandlung inkl. medizinische Rehabilitation		Teilhabe am Arbeitsleben ²		Renten, Beihilfen	
		Mio. €	in %	Mio. €	in % an Gesamt	Tsd. €	in % an Gesamt	Mio. €	in % an Gesamt
2010	5.819	6,5	100	3,8	58,9	336	5,2	2,3	34,8
2011	6.136	6,7	100	4,2	62,6	271	4,1	2,1	32,0
2012	6.025	3,4	100	3,9	60,8	225	3,5	2,2	33,9
2013	6.559	7,3	100	4,5	61,8	337	4,6	2,3	32,2
2014	6.709	7,7	100	4,9	63,9	396	5,1	2,3	29,8

¹ Differenzen an Gesamtkosten sind durch Feststellungskosten bedingt.

² Alle Leistungsfälle (Arbeits- und Wegeunfälle sowie Berufskrankheiten), die in dem jeweiligen Jahr Kosten verursacht haben.

7 Anhang

Die Berufe, die in der Altenpflege vorkommen, wurden danach unterteilt, ob aufgrund der Tätigkeit ein körperlicher Kontakt zu Bewohnern eher wahrscheinlich ist oder nicht. Die Berufe, für die ein körperlicher Kontakt zu Bewohnern eher unwahrscheinlich ist, wurden aus den vorliegenden Auswertungen ausgeschlossen. Die Berufe, für die aufgrund der Tätigkeit ein körperlicher Kontakt zu Bewohnern eher wahrscheinlich ist, wurden in drei Gruppen eingeteilt:

- Personal mit pflegerischen Tätigkeiten im ambulanten Bereich (Pflegekräfte ambulant oder ambulant tätige Pflegekräfte)
- Personal mit pflegerischen Tätigkeiten im stationären Bereich (Pflegekräfte stationär oder stationär tätige Pflegekräfte)
- anderes Personal mit Bewohnerkontakt

In der folgenden Übersicht sind die einzelnen Berufe aufgelistet, die für die Beschreibung der Ergebnisse zu Berufsgruppen zusammengefasst wurden.

Gruppierung der Berufe in der Altenpflege	
Berufsgruppen	Berufe
ambulant oder stationär tätige Pflegekräfte	Personal mit pflegerischem und/oder medizinischem Kontakt wie Krankenschwester, Krankenpfleger, Pflegehelferinnen, Pflegehelfer, Hebammen, Entbindungspfleger, sonstige Krankenhilfefachkräfte, Altenpflegekräfte, Altenpflegehelfer, Altenpflegehelferinnen, sonstige Altenpflegekräfte, Haus-/Familienpfleger und -pflegerinnen, Sanitäterinnen und Sanitäter
anderes Personal mit Bewohnerkontakt	Ärztinnen, Ärzte, Zahnärztinnen, Zahnärzte, Ärzte und Ärztinnen aus anderen Fachdisziplinen, Apothekerinnen, Apotheker, Psychologinnen, Psychologen, Sozialarbeiterinnen, Sozialarbeiter, Geistliche, Seelsorger, Diätassistentinnen, Diätassistenten, Zahnarzthelferinnen, Zahnarzthelfer, Masseurinnen, Masseur, Krankengymnasten und -gymnastinnen, Ergotherapeuten und -therapeutinnen, andere Physiotherapeuten und -therapeutinnen, Arzthelferinnen, Arzthelfer, Heilpraktikerinnen, Heilpraktiker, medizinische Bademeister und -meisterinnen, Logopäden, Logopädinnen, andere medizinische Fachberufe

8 Glossar

7%-Stichprobe

Für die Auswertung des Unfallgeschehens werden aus dem Gesamt der meldepflichtigen Unfälle eines Meldejahres 7% der Fälle ausgewählt. Diese sogenannte 7%-Stichprobe rekrutiert sich aus Versicherungsfällen, deren Geburtstag auf einen 10. oder 11. eines Monats fällt.

Arbeitsunfähigkeit

Arbeitsunfähig ist ein Versicherter, der infolge von Krankheit seine Arbeit überhaupt nicht oder nur mit der Gefahr, in absehbarer Zeit seinen Zustand zu verschlechtern, fortsetzen kann.

Arbeitsunfälle

Ein **Arbeitsunfall** ist ein Unfall, den ein Beschäftigter bei der Ausübung seiner beruflichen Tätigkeit innerhalb und außerhalb der Arbeitsstätte erleidet. Zu den Arbeitsunfällen zählen auch Unfälle, die sich auf dem Weg zwischen Wohnung und dem Ort der versicherten Tätigkeit ereignen (**Wegeunfälle**).

Arbeitsunfälle werden bei der BGW je nach Schweregrad in drei Kategorien unterteilt:

- *Bagatellfälle*: Die Verletzung bewirkt keine längeren Arbeitsunfähigkeits- oder Behandlungszeiten.
- *„Mittelschwere Unfälle“*: Es wird mit kürzeren Arbeitsunfähigkeitszeiten (unter 6 Wochen) und Behandlungszeiten gerechnet. Die Verletzungen heilen folgenlos aus.
- *Schwere Unfälle*: Es wird mit längeren Arbeitsunfähigkeits- und Behandlungszeiten sowie mit eventuell bleibenden Körperschäden gerechnet.
Aufgrund des Verletzungsgrades ist eine besonders qualifizierte Bearbeitung insbesondere in der Heilverfahrenssteuerung erforderlich.

Arbeitsunfallstatistik

Als Arbeitsunfallstatistik werden die Daten bezeichnet, die bei den meldepflichtigen Unfällen für den Unfallhergang zusätzlich über eine Stichprobe dokumentiert werden, die sogenannte 7-v.-H.-Statistik.

Ausgleichsabgabe

Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, welche über mindestens 20 Arbeitsplätze verfügen und die vorgeschriebene Anzahl von Menschen mit Schwerbehinderungen nicht beschäftigen, das heißt die sogenannte Pflichtquote von 5% nicht erfüllen, sind verpflichtet, für jeden unbesetzten Pflichtarbeitsplatz eine Ausgleichsabgabe zu entrichten.

Die Höhe der Ausgleichsabgabe wird in Abhängigkeit von einer jahresdurchschnittlichen Beschäftigungsquote festgesetzt.

Berufskrankheiten (BK)

Berufskrankheiten sind Krankheiten, die in der sogenannten Berufskrankheiten-Liste (BK-Liste), der Anlage 1 zur Berufskrankheitenverordnung (BKV), aufgeführt sind. Die BK-Liste enthält ausschließlich Krankheiten, die nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft durch besondere Einwirkungen verursacht sind und denen bestimmte Personengruppen durch ihre Arbeit in erheblich höherem Grade als die übrige Bevölkerung ausgesetzt sind.

Damit eine Erkrankung als Berufskrankheit anerkannt werden kann, muss zwischen versicherter Tätigkeit und schädigender Einwirkung sowie zwischen dieser Einwirkung und der Erkrankung ein rechtlich wesentlicher ursächlicher Zusammenhang bestehen. Bei einigen Krankheiten müssen zusätzlich zu diesem Kausalzusammenhang und den jeweiligen medizinischen Merkmalen noch besondere versicherungsrechtliche Voraussetzungen erfüllt sein. Beispielsweise müssen Hauterkrankungen schwer oder wiederholt rückfällig sein und zur Unterlassung der gefährdenden Tätigkeit geführt haben. Sind diese zusätzlichen Merkmale nicht erfüllt, kann die Krankheit nicht als Berufskrankheit im Sinne der gesetzlichen Unfallversicherung anerkannt werden. Allerdings ist der Verdacht auf das Vorliegen einer beruflich verursachten Hauterkrankung auch dann anzuzeigen, wenn die gefährdende Tätigkeit noch nicht aufgegeben wurde.

Berufskrankheiten (BK)-Quote

Die Berufskrankheiten-Quote wird als Maßstab für den Vergleich von Berufskrankheiten verwendet. Zur Berechnung der branchenspezifischen Quote werden die absoluten BK-Zahlen in der jeweiligen Branche zur Zahl der Vollarbeiter ins Verhältnis gesetzt.

Berufskrankheiten – Rente (neue BK-Rente)

Wird das Vorliegen einer Berufskrankheit (BK) anerkannt und ist die Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) rentenberechtigend beziehungsweise der Erkrankte an den Folgen der BK verstorben, so wird diese in der Regel schwere Erkrankung als **neue BK-Rente** bezeichnet. Die neuen BK-Renten sind eine Teilmenge der anerkannten BK'en.

Berufskrankheiten – Verdachtsanzeige (BK-Anzeige)

Eine Meldepflicht gibt es für Ärztinnen, Ärzte, Unternehmerinnen und Unternehmer, darüber hinaus gehen Meldungen von anderen Sozialversicherungsträgern und von den Versicherten selbst bei den UV-Trägern ein.

War die Versicherte oder der Versicherte einer BK-spezifischen Einwirkung in seinem Arbeitsleben ausgesetzt und ist aus dieser Einwirkung eine Erkrankung im Sinne der jeweiligen BK (vergl. BK-Liste) entstanden, so handelt es sich um eine **anerkannte Berufskrankheit (BK)**.

Bei einigen Berufskrankheiten (BK'en) werden an die Anerkennung neben den Voraussetzungen, die unter „Berufskrankheiten“ beschrieben werden, auch noch besondere zusätzliche Voraussetzungen geknüpft. Dies ist vor allem die Forderung nach Aufgabe sämtlicher gefährdender Tätigkeiten. Da die BK erst nach Vorliegen der besonderen Voraussetzungen anerkannt werden kann, sich aber der BK-Verdacht bestätigt hat, werden diese Fälle auch unter der Bezeichnung „**bestätigter BK-Verdacht**“ geführt. Die anerkannten BK'en sind eine Teilmenge der Fälle mit bestätigtem BK-Verdacht. Für Fragestellungen der Prävention kommt dieser Gruppe eine große Bedeutung zu.

Besondere versicherungsrechtliche Voraussetzungen

Neben der Krankheit als solche müssen manchmal noch **besondere Voraussetzungen** erfüllt sein, so zum Beispiel die Unterlassung aller gefährdenden Tätigkeiten und die wiederholte Rückfälligkeit oder Schwere der Hauterkrankung.

Fehlt für die Anerkennung einer Krankheit als Berufskrankheit nur noch das Unterlassen aller gefährdenden Tätigkeiten, so hat die Berufsgenossenschaft eine Feststellung "dem Grunde nach" zu treffen, das heißt sie teilt der Versicherten oder dem Versicherten verbindlich mit, dass die übrigen Voraussetzungen vorliegen. Es können jedoch in diesen Fällen gegebenenfalls im Rahmen des §3 der Berufskrankheitenverordnung Leistungen zur Individualprävention beziehungsweise medizinische Rehabilitation erbracht werden.

Dienstwegeunfall

Als ein Dienstwege- oder Betriebswegeunfall wird ein Unfall bezeichnet, der sich auf all jenen Wegen ereignet, die eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer im direkten Auftrag des Unternehmers oder der Unternehmerin erledigt, zum Beispiel zwischen Betrieb und Außenarbeitsplatz, oder auf einer mit der Arbeit verbundenen Dienstreise.

Entschädigungsleistungen

Bei den Entschädigungsleistungen handelt es sich um Heilbehandlungen inklusive Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (berufliche Rehabilitation), am Leben in der Gemeinschaft sowie Pflege, Geldleistungen wie Renten, Beihilfen und andere Abfindungen.

Infektionskrankheiten (BK Nr. 3101)

Unter der Nr. 3101 der Anlage zur Berufskrankheitenverordnung (BKV) sind Krankheiten erfasst, die von Mensch zu Mensch übertragbar sind. Gemeint sind **Infektionskrankheiten**, wenn die Versicherte oder der Versicherte im Gesundheitsdienst, in der Wohlfahrtspflege oder in einem Laboratorium tätig oder durch eine andere Tätigkeit der Infektionsgefahr in ähnlichem Maße besonders ausgesetzt war.

Kontakt

Mit dem Verschlüsselungsmerkmal **Kontakt** wird beschrieben, wie die oder der Verletzte vom verletzenden Gegenstand geschädigt wurde. Bei mehreren Möglichkeiten wird immer der Kontakt geschlüsselt, der zur schwerwiegendsten Verletzung führte.

Meldepflichtiger Unfall

Ein meldepflichtiger Unfall ist ein Arbeits- oder Wegeunfall, der zu einer Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen oder zum Tod führt.

Meldewege

Die Unfallversicherungsträger erhalten in der Regel über eine Unfallanzeige der Unternehmerin oder des Unternehmers oder durch den Bericht des Durchgangsarztes oder der -ärztin Kenntnis über Arbeitsunfälle.

Die Durchgangsarztin oder der Durchgangsarzt (von den Berufsgenossenschaften besonders ermächtigter Arzt oder ermächtigte Ärztin) muss unverzüglich dem zuständigen Unfallversicherungsträger (UV-Träger) den Durchgangsarztbericht erstatten. Dieser erreicht meistens als erste Information den UV-Träger. Aufgrund dieses Berichtes werden die wesentlichen Daten zu einem Versicherungsfall datentechnisch erfasst (Angaben zur Versicherten oder zum Versicherten, zur Arbeitsstätte, zur Diagnose und zum Unfallhergang).

Bei Berufskrankheiten erfolgt die Meldung an den UV-Träger in der Regel durch die Unternehmerin oder den Unternehmer in Form einer BK-Anzeige oder über den behandelnden Arzt oder der behandelnden Ärztin. Sie sind verpflichtet, bei begründetem Verdacht des Vorliegens einer Berufskrankheit diese dem UV-Träger anzuzeigen. Die wesentlichen Daten zu einer möglichen Berufskrankheit (Versichertendaten, BK-Ziffer nach der Berufskrankheitenverordnung, Arbeitsstätte) werden ebenfalls erfasst und datentechnisch abgelegt.

Postexpositionsprophylaxe (PEP)

Als **Postexpositionsprophylaxe (PEP)** bezeichnet man Maßnahmen nach möglichem Kontakt mit Erregern einer Infektionserkrankung, um deren Ausbruch zu verhindern oder deren Verlauf zumindest abzumildern. Bei den Maßnahmen kann es sich um Blutentnahmen zur Bestimmung des Antikörperstatus (beim Beschäftigten oder beim Indexpatienten) handeln oder um eine medikamentöse Behandlung (aktive oder passive Impfung).

Schnitt- und Stichverletzung

Enthalten sind Arbeitsunfälle mit einer oberflächlichen Verletzung an der Hand, für die die Kostenübernahme für die Postexpositionsprophylaxe von HIV oder Hepatitis angemeldet wurde.

Tödliche Unfälle

Als tödliche Unfälle werden diejenigen Fälle gezählt, bei denen sich der Unfall im Berichtsjahr ereignet hat und der Tod innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall eingetreten ist.

Unfallquote

Wird als Maßstab für den Vergleich von Arbeitsunfällen verwendet. Zur Berechnung der branchenspezifischen Unfallquote werden die absoluten Arbeitsunfallzahlen in dieser Branche zur Zahl der Vollarbeiter ins Verhältnis gesetzt. Bei den Wegeunfällen gilt als Bezugsgröße die Anzahl der Versicherungsverhältnisse. Diese Zahl wird für einzelne Berufsgruppen mit geringerer Zahl von versicherten Wegen entsprechend dem tatsächlichen Risiko gewichtet (sogenannte „gewichtete Versicherungsverhältnisse“).

Unfallrente (neue)

Eine neue Unfallrente ist ein Arbeits- oder Wegeunfall mit so schweren Folgen, dass es im Berichtsjahr erstmals zu einer Entschädigung in Form einer Rente beziehungsweise Abfindung oder zur Zahlung von Sterbegeld gekommen ist.

Unfallstatistik

Abweichung

Ein Kriterium zur Beschreibung des Unfallherganges sind die dem Unfall vorausgehenden Umstände. Diese können durch verschiedene Abweichungen vom normalen Bewegungsablauf ausgelöst werden.

Hier werden vier Unfallmuster unterschieden:

- *Die Abweichung liegt nicht im Einflussbereich des Unfallopfers, sondern es handelt sich um Materialprobleme (Explosion, Emission von Stoffen oder Brechen von Gegenständen).*
- *Die Person verliert die Kontrolle über eine Maschine, ein Handwerkzeug beziehungsweise einen Gegenstand oder ein Transportmittel, das geführt wird. Diesem Unfallmuster wird auch der Verlust der Kontrolle über den eigenen Körper zugeordnet (Stolpern oder Ausgleiten).*
- *Der Unfallhergang lässt sich allein auf die Körperbewegung als solche zurückführen. Entsprechend dem Ausmaß der körperlichen Anstrengung werden zwei Verletzungsarten unterschieden: Bei *Bewegungsunfällen ohne größere körperliche Anstrengung* stehen äußere Verletzungen (Abschürfungen der Haut oder Prellungen) im Vordergrund. Bei *Bewegungsunfällen mit schwerer körperlicher Belastung* rücken dagegen innere Verletzungen in den Vordergrund, wie Zerrungen, die durch eine unachtsame Bewegung oder aber auch durch das Heben, Ziehen oder Tragen eines schweren Gegenstandes hervorgerufen wurden.*
- *Die verletzte Person selbst, eine andere Person oder ein Tier sind Auslöser des Unfallgeschehens. Das Unfallopfer war hierbei also körperlicher Gewalt ausgesetzt, hat sich selbst in eine Gefahrensituation begeben oder hat eine traumatische Situation erlebt.*

Versicherungsverhältnis

Ein **Versicherungsverhältnis** ist jedes nach Sozialgesetzbuch VII (SGB VII) I begründete Versicherungsverhältnis, wobei bei einer Person Mehrfachversicherung vorliegen kann, zum Beispiel als abhängig Beschäftigter, daneben als ehrenamtlich tätige Person und zeitweilig zusätzlich als Blutspender oder -spenderin.

Für die Berechnung der Wegeunfallquote werden nach der unterschiedlichen Zahl der zurückgelegten Wege bei verschiedenartigen Versicherungsverhältnissen, gewichtete Versicherungsverhältnisse als Bezugsgröße herangezogen (entnommen der DGUV Geschäfts- und Rechnungsergebnisse 2013).

Vollarbeiter

Der Vollarbeiter ist eine statistische Rechengröße und dient zur Berechnung der **Unfallquote**. Ein Vollarbeiter entspricht der durchschnittlich von einer vollbeschäftigten Person im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich tatsächlich geleisteten Arbeitsstundenzahl pro Jahr. Die Größe spiegelt damit die Expositionszeit gegenüber Arbeitsunfällen wider.

Zur Beurteilung des durchschnittlichen Unfallrisikos werden die Arbeitsunfälle auf je 1.000 Vollarbeiter bezogen. Das Ergebnis dieser Rechnung wird als **Unfallquote** bezeichnet.

Wegeunfälle

Zu den Arbeitsunfällen zählen die Unfälle, die sich auf dem Weg zwischen Wohnung und dem Ort der beruflichen Tätigkeit ereignen (Wegeunfälle).

Zerreißen

Hierunter wurden die Verletzungen statistisch geführt, die durch direkte oder indirekte Gewalteinwirkung Weichteil- und/oder Gelenkverletzungen in Form von Teileinrissen (z.B. Teileinriss des inneren Meniskus) oder vollständigen Abrissen (z.B. die vollständige Ablösung des Meniskus von der Anhaftung oder kompletter Achillessehnenriss) eingetreten sind.

9 Quellen und Literatur

Agurzky, B., Krolow, S., Hentschker, C., & Mennicken, R.: Pflegeheim Rating Report 2013. Ruhiges Fahrwasser erreicht. Hannover 2013

Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.): Themenreport „Pflege 2030“. Was ist zu erwarten – was ist zu tun? Gütersloh 2012

Quelle: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-2CD73847-AC425594/bst/xcms_bst_dms_36923_39057_2.pdf

Bundesagentur für Arbeit (BA): Der Arbeitsmarkt in Deutschland – Altenpflege. Arbeitsmarktberichterstattung März 2015. Nürnberg 2015

Quelle: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Branchen-Berufe/generische-Publikationen/Altenpflege-2014.pdf>

Bundesagentur für Arbeit (BA): Der Arbeitsmarkt in Deutschland. Arbeitsmarktberichterstattung Dezember 2014. Fachkräfteengpassanalyse Dezember 2014. Nürnberg 2014

Quelle: <http://www.statistik.arbeitsagentur.de/Statistischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Fachkraeftebedarf-Stellen/Fachkraefte/BA-FK-Engpassanalyse-2014-12.pdf>

Bundesagentur für Arbeit (BA): Analyse der gemeldeten Arbeitsstellen nach Berufen (Engpassanalyse) Mai 2010

Quelle: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistischer-Content/Statistische-Analysen/Analytikreports/Zentrale-Analytikreports/Monatliche-Analytikreports/Generische-Publikationen/Analyse-gemeldetes-Stellenangebot/Report-Engpassanalyse-KldB-2010-201505.pdf>

Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2015. Bonn 2015

Quelle: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/bibb_datenreport_2015_vorversion.pdf

Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)/Zöller, M.: Gesundheitsfachberufe im Überblick. Neues Serviceangebot des BIBB. Wissenschaftliche Diskussionspapiere Heft 153. Bonn 2014

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ): Zwischenbericht zur Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege (2012-2015). Kurzfassung. Berlin 2015

Quelle: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Zwischenbericht-zur-Ausbildungs-und-Qualifizierungsoffensive-Altenpflege-Kurzfassung.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ): Daten zum demografischen Wandel in Deutschland. Bevölkerungsentwicklung und -struktur, Geburten, Lebenserwartung und Pflege. o.O., o.J.

Quelle: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung3/Pdf-Anlagen/daten-zum-demografischen-wandel-praesentation.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>

Bundesministerium für Gesundheit (BMG): Daten des Gesundheitswesens 2013. Berlin 2013

Quelle: http://www.bmg.bund.de/fileadmin/dateien/Publikationen/Gesundheit/Broschueren/Daten_des_Gesundheitswesens_2013.pdf

Pflegestatistiken

Statistisches Bundesamt (destatis): Pflegestatistik 2013. Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung. Deutschlandergebnisse. Wiesbaden März 2015

Quelle: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Gesundheit/Pflege/PflegeDeutschlandergebnisse5224001139004.pdf?__blob=publicationFile

Statistisches Bundesamt (destatis): Pflegestatistik 2011. Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung. Deutschlandergebnisse. Wiesbaden Januar 2013

Quelle: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Gesundheit/Pflege/PflegeDeutschlandergebnisse5224001119004.pdf?__blob=publicationFile

Statistisches Bundesamt (destatis): Pflegestatistik 2009. Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung. Deutschlandergebnisse. Wiesbaden Januar 2013

Quelle: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Gesundheit/Pflege/PflegeDeutschlandergebnisse5224001099004.pdf?__blob=publicationFile

Statistisches Bundesamt (destatis): Pflegestatistik 2007. Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung. Deutschlandergebnisse. Wiesbaden 2008

Quelle: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Gesundheit/Pflege/PflegeDeutschlandergebnisse5224001079004.pdf?__blob=publicationFile

Statistisches Bundesamt (destatis): Bildung und Kultur. Berufliche Schulen. Schuljahr 2013/14. Fachserie 11, Reihe 2. Wiesbaden 2014

Quelle: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Schulen/BeruflicheSchulen2110200147004.pdf?__blob=publicationFile

Stiftung Zentrum für Qualität in der Pflege (ZQP): Häusliche Pflege. Daten und Fakten. Berlin 2010a

Quelle: <http://www.zqp.de/upload/content.000/id00044/attachment00.pdf>

Stiftung Zentrum für Qualität in der Pflege (ZQP): Repräsentative Umfrage: Bereitschaft zur Pflege von Familienangehörigen geht zurück. Pressemitteilung vom 23.09.2010

Kontakt – Ihre BGW-Standorte

Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW)

Hauptverwaltung
Pappelallee 33/35/37 · 22089 Hamburg
Tel.: (040) 202 07 - 0
Fax: (040) 202 07 - 24 95
www.bgw-online.de

Ihre BGW-Kundenzentren

Berlin · Spichernstraße 2–3 · 10777 Berlin

Bezirksstelle Tel.: (030) 896 85 - 37 01 Fax: - 37 99
Bezirksverwaltung Tel.: (030) 896 85 - 0 Fax: - 36 25
schu.ber.z* Tel.: (030) 896 85 - 36 96 Fax: - 36 24

Bochum · Universitätsstraße 78 · 44789 Bochum

Bezirksstelle Tel.: (0234) 30 78 - 64 01 Fax: - 64 19
Bezirksverwaltung Tel.: (0234) 30 78 - 0 Fax: - 62 49
schu.ber.z* Tel.: (0234) 30 78 - 64 70 Fax: - 63 79
studio78 Tel.: (0234) 30 78 - 64 78 Fax: - 63 99

Delmenhorst · Fischstraße 31 · 27749 Delmenhorst

Bezirksstelle Tel.: (04221) 913 - 42 41 Fax: - 42 39
Bezirksverwaltung Tel.: (04221) 913 - 0 Fax: - 42 25
schu.ber.z* Tel.: (04221) 913 - 41 60 Fax: - 42 33

Dresden · Gret-Palucca-Straße 1 a · 01069 Dresden

Bezirksverwaltung Tel.: (0351) 86 47 - 0 Fax: - 56 25
schu.ber.z* Tel.: (0351) 86 47 - 57 01 Fax: - 57 11
Bezirksstelle Tel.: (0351) 86 47 - 57 71 Fax: - 57 77
Königsbrücker Landstraße 2 b · Haus 2
01109 Dresden
BGW Akademie Tel.: (0351) 288 89 - 61 10 Fax: - 61 40
Königsbrücker Landstraße 4 b · Haus 8
01109 Dresden

Hamburg · Schäferkampsallee 24 · 20357 Hamburg

Bezirksstelle Tel.: (040) 41 25 - 29 01 Fax: - 29 97
Bezirksverwaltung Tel.: (040) 41 25 - 0 Fax: - 29 99
schu.ber.z* Tel.: (040) 73 06 - 34 61 Fax: - 34 03
Bergedorfer Straße 10 · 21033 Hamburg
BGW Akademie Tel.: (040) 202 07 - 28 90 Fax: - 28 95
Pappelallee 33/35/37 · 22089 Hamburg

Hannover · Anderter Straße 137 · 30559 Hannover

Außenstelle von Magdeburg
Bezirksstelle Tel.: (0511) 563 59 99 - 47 81 Fax: - 47 89

Karlsruhe · Philipp-Reis-Straße 3 · 76137 Karlsruhe

Bezirksstelle Tel.: (0721) 97 20 - 55 55 Fax: - 55 76
Bezirksverwaltung Tel.: (0721) 97 20 - 0 Fax: - 55 73
schu.ber.z* Tel.: (0721) 97 20 - 55 27 Fax: - 55 77

Köln · Bonner Straße 337 · 50968 Köln

Bezirksstelle Tel.: (0221) 37 72 - 53 56 Fax: - 53 59
Bezirksverwaltung Tel.: (0221) 37 72 - 0 Fax: - 51 01
schu.ber.z* Tel.: (0221) 37 72 - 53 00 Fax: - 51 15

Magdeburg · Keplerstraße 12 · 39104 Magdeburg

Bezirksstelle Tel.: (0391) 60 90 - 79 20 Fax: - 79 22
Bezirksverwaltung Tel.: (0391) 60 90 - 5 Fax: - 78 25

Mainz · Göttelmannstraße 3 · 55130 Mainz

Bezirksstelle Tel.: (06131) 808 - 39 02 Fax: - 39 97
Bezirksverwaltung Tel.: (06131) 808 - 0 Fax: - 39 98
schu.ber.z* Tel.: (06131) 808 - 39 77 Fax: - 39 92

München · Helmholtzstraße 2 · 80636 München

Bezirksstelle Tel.: (089) 350 96 - 46 00 Fax: - 46 28
Bezirksverwaltung Tel.: (089) 350 96 - 0 Fax: - 46 86
schu.ber.z* Tel.: (089) 350 96 - 45 01 Fax: - 45 07

Würzburg · Röntgenring 2 · 97070 Würzburg

Bezirksstelle Tel.: (0931) 35 75 - 59 51 Fax: - 59 24
Bezirksverwaltung Tel.: (0931) 35 75 - 0 Fax: - 58 25
schu.ber.z* Tel.: (0931) 35 75 - 58 55 Fax: - 59 94

*schu.ber.z = Schulungs- und Beratungszentrum

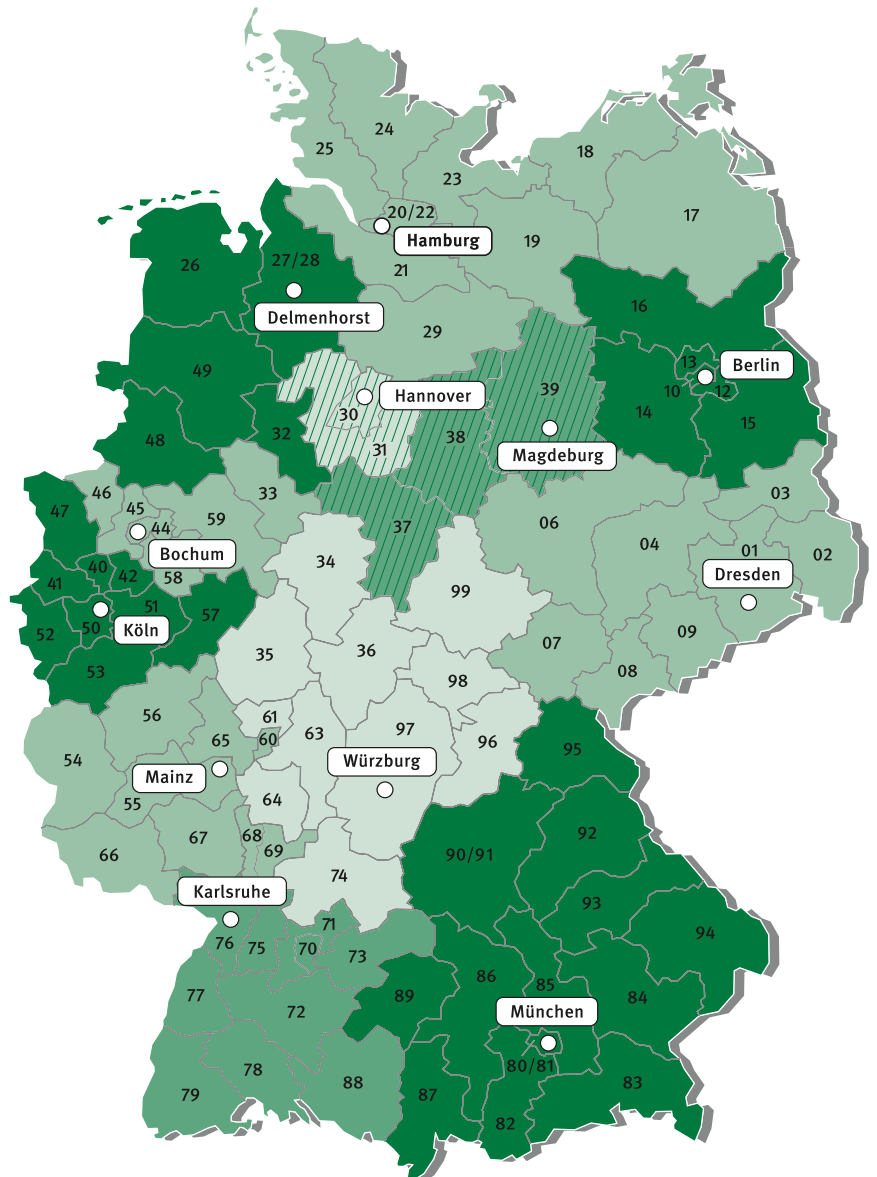
So finden Sie Ihr zuständiges Kundenzentrum

Auf der Karte sind die Städte verzeichnet, in denen die BGW mit einem Standort vertreten ist. Die farbliche Kennung zeigt, für welche Region ein Standort zuständig ist.

Jede Region ist in Bezirke unterteilt, deren Nummer den ersten beiden Ziffern der dazugehörigen Postleitzahl entspricht.

Ein Vergleich mit Ihrer eigenen Postleitzahl zeigt, welches Kundenzentrum der BGW für Sie zuständig ist.

Auskünfte zur Prävention erhalten Sie bei der Bezirksstelle, Fragen zu Rehabilitation und Entschädigung beantwortet die Bezirksverwaltung Ihres Kundenzentrums.



Beratung und Angebote

BGW-Beratungsangebote

Tel.: (040) 202 07 - 48 62

Fax: (040) 202 07 - 48 53

E-Mail: gesundheitsmanagement@bgw-online.de

Medienbestellungen

Tel.: (040) 202 07 - 48 46

Fax: (040) 202 07 - 48 12

E-Mail: medienangebote@bgw-online.de

Diese Übersicht wird bei jedem Nachdruck aktualisiert. Sollte es kurzfristige Änderungen geben, finden Sie diese hier:



[www.bgw-online.de/
kundenzentren](http://www.bgw-online.de/kundenzentren)



Versicherungs- und Beitragsfragen

Tel.: (040) 202 07 - 11 90

E-Mail: beitraege-versicherungen@bgw-online.de

